

Inhaltsverzeichnis

1. Roland Tichy	
2. Ludwig-Erhard-Stiftung	
3. Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft	
4. Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung	
5. Mont Pelerin Society	
6. Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	
7. Wolfgang Clement	
8. Alternative für Deutschland (AfD)	
9. Friedrich Merz	
10. Vernunftkraft	
11. Kerntechnik Deutschland	
12. Daimler	
13. Deutsche Post-Stiftung	
14. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit	
15. Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft	

Roland Tichy

Der Journalist **Roland Tichy** (11. November 1955 in Bad Reichenhall), der die Kommentar- und Analyseplattform [Tychis Einblick](#) betreibt, hat sich vom wirtschaftsliberalen zum national-liberalen Publizisten entwickelt und gilt als einer der hartnäckigsten Klimaleugner.^[1] Im Interview mit der Lobbyorganisation Kerntechnik Deutschland e.V stellt Tichy als „Experte“ bedauernd fest, dass Unternehmen der Solar- und Windradindustrie nicht als „Geschäftemacher und Subventionsjäger“ gelten, sondern als Innovatoren, Pioniere und Weltverbesserer.^[2]

Als langjähriger Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), ehem. Vorstandsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), ehem. Kuratoriumsmitglied der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) und Mitglied der [Mont Pelerin Society](#) war er lange Zeit einer der führenden Strippenzieher wirtschaftsliberaler Netzwerke. Seine politischen Vorstellungen bringt er auf seiner Plattform und in einer Vielzahl von Medien zur Geltung. So schreibt er regelmäßig Kommentare in Zeitungen (z. B. in "Bild am Sonntag" die Wirtschaftskolumne) und ist bei vielen Diskussionsrunden und Talkshows in Rundfunk und Fernsehen präsent.^[3] Tichy unterhielt enge Beziehungen zur [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), einer Lobbyorganisation der Arbeitgeber. Im Februar 2013 hat die "Wirtschaftswoche" (damaliger Chefredakteur: Roland Tichy) gemeinsam mit der INSM die Sonderausgabe "Wie gerecht ist Deutschland?" herausgegeben. [Wolfgang Clement](#), der Vorsitzende des Kuratoriums der INSM, wurde von Tichy 2014 mit dem "Ludwig-Erhard-Preis" für Wirtschaftspublizistik der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) ausgezeichnet.^[4]

Seit einigen Jahren vertritt Tichy zunehmend rechtskonservative Positionen. So beteiligte er sich im Frühjahr 2017 an einer von der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#) getragenen Kampagne, die Margot Käßmann als Rassistin verleumdete.^[5] Dabei wurde ein Zitat von Käßmann durch Weglassen verfälscht. Laut „Handelsblatt“ hat es der frühere CDU-Politiker [Friedrich Merz](#) 2018 abgelehnt, den von der Stiftung vergebenen Ludwig-Erhard-Preis anzunehmen, weil er nicht mit dem Stiftungsvorsitzenden Tichy auf einer Bühne auftreten wollte.^[6] Vier Mitglieder der Jury seien ausgetreten und hätten Tichy aufgefordert, die Arbeit in der Stiftung besser von seiner publizistischen Tätigkeit zu trennen. Tichy sitzt gemeinsam mit Hans-Georg Maaßen (CDU), dem ehem. Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes, im Vorstand der [Stiftung Meinung & Freiheit e.V.](#),. Gegen Maaßen hat der Bundesvorstand der CDU ein Parteiausschlussverfahren eingeleitet, weil dieser immer wieder Sprache aus dem Milieu der Antisemiten und Verschwörungsideologen bis hin zu völkischen Ausdrucksweisen gebrauchte.^[7]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Tichys Einblick	3
2 Leugnung einer Bedrohung durch Reichsbürger	3
3 Leugnung des menschengemachten Klimawandels	4
4 Nicht belegte Verschwörungsvorwürfe gegen Bundesregierung und Fachzeitschrift W&V	4
5 Karriere	4
6 Verbindungen und Netzwerke	5

7 Weiterführende Informationen	5
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	5
9 Einzelnachweise	5

Tichys Einblick

Auf der von Tichy betriebenen Kommentar- und Analyseplattform "Tichys Einblick" polarisieren Tichy und seine Gastautoren mit eurokritischen, rechtskonservativen und den Klimaschutz diffamierenden Artikeln.^{[8][9]} Der „Spiegel“ bezeichnete „Tichys Einblick“ als Plattform für „Salonhetzer“, die mit Verachtung und Hass gegen Kanzlerin Merkel agitieren.^[10] Die ZEIT schreibt, Tichy sei ein wirtschaftsliberaler Demokrat, doch begegne man auf seinem Internetforum Menschen, bei denen eine menschenfreundliche Haltung nicht mehr zweifelsfrei zu erkennen sei.^[11] Tichy mache sich zum Bauchredner von Menschen, die nur die totale Kapitulation abweichender Meinungen akzeptieren und in der Selbstbewaffnung gegen Migranten eine Problemlösung sehen. Die Süddeutsche Zeitung kommentierte: "Wer in Tichys Einblick liest, dem fällt sehr schnell auf: Auf Präzision wird wenig Wert gelegt, stattdessen dienen - schlampige - Einzelbeobachtungen als Untergrund für pauschalisierende Urteile und zur Pflege von Ressentiments."^[12] Laut einem Bericht von MEEDIA vom 23.05.2022 ist Georg Gafron nicht mehr Autor bei „Tichys Einblick“, weil die Redaktion des rechtskonservativen Mediums einen seiner Texte eigenmächtig geändert haben soll.^[13] Positive Passagen über Annalena Bärbock seien wohl ins Negative verkehrt worden.

Claudia Roth (Grüne) hatte im Oktober 2019 in einem Interview mit der "Augsburger Allgemeinen" zu Tichys Einblick folgendes geäußert: „Wir müssen die Stichwortgeber benennen, all diese neurechten Plattformen, deren Geschäftsmodell auf Hetze und Falschbehauptungen beruht - von Roland Tichy über Henryk M. Broder bis hin zu eindeutig rechtsradikalen Blogs“. Die Klage Tichys gegen diese Äußerung wies das Landgericht Stuttgart im Februar 2020 zurück.^[14]

Als Print-Magazin erscheint Tichys Einblick bei der Münchner Finanzen Verlag GmbH^[15], die mit 12,50 % an der Tichys Einblick GmbH beteiligt ist.^[16] Der Finanzen Verlag ist Ende 2022 von der Börsenmedia AG übernommen worden.^{[17][18]} Tichys Einblick soll von den Verkäufern mit den Geschäftsführern Frank-B. Werner und Dieter Fischer fortgeführt werden.

Leugnung einer Bedrohung durch Reichsbürger

In der Razzia gegen Reichsbürger im Dezember 2022 sieht Tichy eine bloße Inszenierung von Innenministerin Faeser: „Es ist mit Blick auf die vermeintlichen Revolutionäre schwer zu übersehen, dass es sich hier um ein Drehbuch handelt, bei dem eine Ministerin den Staatsapparat einsetzt und Polizisten als Komparsen missbraucht für eine alberne, durchschaubare, allenfalls für ZDF und ARD filmreife Inszenierung. Der Verdacht liegt auf der Hand, dass dies gezielt war auf den Tag, an dem die Ampel vor genau einem Jahr die Regierungsgewalt übernahm und seither in kürzester Zeit eine katastrophale Bilanz vorgelegt hat.“^[19] Den Kommentar in der FAZ zur Aktion gegen die Reichsbürger bezeichnet er als eine Form des Akklamationsjournalismus und des Meutenkommentars: „Das Neue Deutschland hätte es nicht hübscher schreiben können, aber nicht einmal die medialen und politischen Machthaber der DDR haben sich eine solche intellektuelle Blöße gegeben und uns in solch einen Abgrund von publizistischem Unrat blicken lassen. Die einstmals klugen Köpfe jedenfalls haben sich einspannen lassen in eine Kindergarten-Inszenierung, die sofort durchschaubar ist.“

Leugnung des menschengemachten Klimawandels

Unter den Journalisten gilt Tichy mit "Tichys Einblick" als einer der hartnäckigsten Leugner des Klimawandels. ^{[20][21]} Eine besondere Abneigung hegt er gegen die Windenergienutzung. Vernunftkraft, der Dachverband von Anti-Windkraft-Initiativen, verlinkt mehrfach zur Kolumne von Tichy, der auch als Medienberater für große Unternehmen - wie für die Daimler AG - arbeitete. ^{[22][23][24]} Beim [Johannisberger Energiegipfel](#) von Vernunftkraft vom 27.02.2016 wirkte er als Moderator mit. Tichy wird auf der Webseite des [Kerntechnik Deutschland](#) e.V. unter „Expertenmeinung“ neben Mitarbeitern von Kern- und Kohlekraftwerken aufgeführt. ^[25] Einer dieser Experten ist Frank Hennig, der viele Jahre in Kohlekraftwerken (VEAG/Vattenfall/LEAG) beschäftigt war. Er ist Autor des Buchs „Dunkelflaute - oder warum die Energie sich nicht wenden lässt“ ^[26] und schreibt die Serie „ABC des Energiewende- und Grünsprech“ online auf „Tichys Einblick“ sowie im Magazin „Tichys Einblick“. Hennig tritt als Referent bei Vernunftkraft auf. ^[27] Autor der Kolumne „Klima-Durchblick“ ist der bekannte Klimafaktenleugner [Fritz Vahrenholt](#). ^{[28][29][30]}

Nicht belegte Verschwörungsvorwürfe gegen Bundesregierung und Fachzeitschrift W&V

Aus einem Interview mit dem Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) geht hervor, dass Tichy an eine Verschwörung von „Linken“ und regierungsnahen Werbeagenturen glaubt, die aus dem Hochhaus der „Süddeutschen Zeitung“ gesteuert werden. ^{[31][32]} Die Regierung von Angela Merkel fördere „bestimmte Werbeagenturen, die dann gewissermaßen als Lohn für die fetten Aufträge politische Gegner niederkämpfen“. Koordiniert werde das von der Marketing-Fachzeitschrift W&V, die zum Süddeutschen Verlag gehört. Tichy erklärt oder belegt seine Vorwürfe nicht.

Karriere

- 09/2015 - 01/2017 Herausgeber der Xing News ^{[33][34]}
- 2014 - 11/2020 Vorstandsvorsitzender der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- 2007 - 2014 Chefredakteur der "Wirtschaftswoche"
- 2005 - 2007 Chefkolumnist und später Stellv. Chefredakteur des "Handelsblatts"
- 2002 - 2004 Chefredakteur des Magazins "Euro"
- 1999 - 2002 Chefredakteur der Zeitschrift "Die Telebörse"
- 1996 - 1997 Leiter der Abteilung "Corporate Issues Mangement" bei [Daimler](#)
- 1991 - 1996 Stellv. Chefredakteur des Wirtschaftsmagazins "Capital", dann Chefredakteur des Unternehmermagazins "Impulse"
- 1990/91 Mitglied des Beraterstabs des Rundfunkbeauftragten der Neuen Länder (Rudolf Mühlfenzl)
- 1985 -1990 Bonner Korrespondent für die "Wirtschaftswoche"
- 1983 - 1985 Mitarbeiter im Planungsstab des Bundeskanzleramtes
- 1981 - 1983 Wissenschaftlicher Assistent am Volkswirtschaftlichen Institut der Ludwig-Maximilians-Universität in München
- 1976 - 1981 Studium der Volkswirtschaftslehre, Politik und Kommunikationswirtschaft, Dipl.-Volkswirt
- 1976 - 1980 Deutsche Journalistenschule München

Quelle: ^{[35][36][37]}

Verbindungen und Netzwerke

- Stiftung Meinung und Freiheit e.V., Vorsitzender (Stellv. Vorsitzende sind Hans-Georg Maaßen, ehem. Präsident des Bundesverfassungsschutzes, und Alexander Mitsch, Gründungsvorsitzender der WerteUnion)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied, bis 11/2020 Vorsitzender des Vorstands
- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), ehem. Mitglied des Vorstands
- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Mitglied des Kuratoriums
- [Deutsche Post-Stiftung](#), ehem. Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats^[38]. Die [Deutsche Post-Stiftung](#) ist alleinige Gesellschafterin des [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA)
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- [Mont Pelerin Society](#), Mitglied

Weiterführende Informationen

- [Roland Tichy gibt Leitung der Ludwig-Erhard-Stiftung auf](#), SPIEGEL ONLINE 24.09.2020
- [Roland Tichy Der Bauchredner](#), ZEIT ONLINE 16.02.2017

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Klimaschutz Es könnte ungemütlich werden](#), cicero.de vom 09.07.2019, abgerufen am 18.04.2020
2. ↑ [Politik und Gesellschaft](#), kern.de vom Mai 2015, abgerufen am 18.04.2020
3. ↑ [Auszug auf der Webseite der Ludwig-Erhard-Stiftung](#), abgerufen am 18.04.2020
4. ↑ [Ludwig-Erhard-Preis](#), Pressemeldung der INSM vom 17.10.2014, Website INSM, abgerufen am 18.04.2020
5. ↑ [AfD, Broder und Tichy verleumden Margot Käßmann als Rassistin](#), uebermedien.de vom 29.05.2017, abgerufen am 18.04.2020
6. ↑ [Eklat in der Ludwig-Erhard-Stiftung](#), handelsblatt.com vom 16.07.2018, abgerufen am 24.08.2020
7. ↑ [Umstrittener Ex-Verfassungsschutzpräsident](#), spiegel.de vom 13.02.2023, abgerufen am 04.05.2023
8. ↑ [Was Xing über Tichys Einblicke sagt](#), wuv.de vom 26.02.2017 abgerufen am 18.04.2020
9. ↑ [Klimaschutz: Heuchelei entlarvt im Spiegel des Narren](#), tichyseinblick.de vom 07.06.2017, abgerufen am 18.04.2020
10. ↑ [Was Xing über Tichys Einblicke sagt](#), wuv.de vom 26.02.2017, abgerufen am 18.04.2020
11. ↑ [Der Bauchredner](#), ZEIT ONLINE vom 16.02.2017, abgerufen am 18.04.2020
12. ↑ [Eklat um Preisvergabe](#), sueddeutsche.de vom 16.06.2018, abgerufen am 13.10.2022
13. ↑ [Vorwurf der Manipulation gegen „Tichys Einblick“](#), meedia.de vom 23.05.2022, abgerufen am 21.02.2024
14. ↑ [Roland Tichy scheitert mit Klage gegen Claudia Roth](#), zeit.de vom 21.02.2020, abgerufen am 21.05.2020

15. ↑ [Schande für den Journalismus](#), sueddeutsche.de vom 01.10.2020, abgerufen am 17.01.2023
16. ↑ Eintrag von Tichys Einblick GmbH beim Amtsgericht Frankfurt am Main vom 20.02.2020
17. ↑ [Übernahme bei Finanztiteln: Börsenmedia AG kauft Verlag](#), merkur.de vom 29.11.2021, abgerufen am 17.01.2023
18. ↑ [Verschmelzungsvertrag vom 08.08.2022
19. ↑ [„Staatsstreich“](#), tichyseinblick.de vom 08.12.2022, abgerufen am 17.01.2023
20. ↑ [Es könnte ungemütlich werden](#), cicero.de vom 09.07.2019, abgerufen am 18.04.2020
21. ↑ [Konservatives Zerwürfnis](#), djv.de vom 16.07.2018, abgerufen am 18.04.2020
22. ↑ [Roland Tichy](#), premium-speakers.com, abgerufen am 18.04.2020
23. ↑ [Der deutsche Don Quijote gewinnt meist](#), tagesspiegel.de vom 14.06.2019, abgerufen am 18.04.2020
24. ↑ [Profil](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 18.04.2020
25. ↑ [Expertenmeinung](#), kern.de, abgerufen am 18.04.2020
26. ↑ [Frank Hennig – Dunkelflaute](#), abgerufen am 13.07.2023
27. ↑ [Seelenschänder vor Gericht](#), vernunftkraft.de vom 04.11.2017, abgerufen am 18.04.2020
28. ↑ [Klima-Durchblick](#), tichyseinblick.de, abgerufen am 21.02.2024
29. ↑ [Klimafaktenleugner](#), deutschlandfunk.de vom 11.10.2020
30. ↑ [Vahrenholt im Faktencheck](#), energiewende.de vom 15.10.2023, abgerufen am 20.02.2024
31. ↑ [Frank Zimmer: Tichys Durchblick](#), 23.01.2017, schmalbart.de, Link funktioniert nicht! abgerufen am 29.04.2020
32. ↑ [Wörtliches Transkript des Interviews mit dem RBB-Mitarbeiter Jörg Wagner](#), 21.01.2017, www.wagner.tv, abgerufen am 18.04.2020
33. ↑ <https://www.pressebox.de/pressemitteilung/xing-ag/XING-baut-eigene-News-Redaktion-auf-Roland-Tichy-wird-Herausgeber-Jennifer-Lachman-Chefredakteurin/boxid/758378>, pressebox.de vom 30.09.2015, abgerufen am 18.04.2020
34. ↑ [Roland Tichy arbeitet nicht mehr für Xing](#), 09.01.2017, gruenderszene.de, abgerufen am 18.04.2020
35. ↑ <https://www.tichyseinblick.de/autoren/roland-tichy/>, tichyseinblick.de, abgerufen am 18.04.2020
36. ↑ [Profil auf Tichys Einblick](#), abgerufen am 18.04.2020
37. ↑ [Profil bei London Speaker Bureau](#), abgerufen am 18.04.2020
38. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat](#), deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 23.03.2019

Ludwig-Erhard-Stiftung

Die **Ludwig-Erhard-Stiftung** ist ein einflussreiches marktliberales Netzwerk, zu dem Unternehmer/Manager, Vertreter von Wirtschaftsverbänden, Politiker - ganz überwiegend aus CDU und FDP - und wirtschaftsliberale Professoren gehören. Nach eigenen Angaben hat sie die Aufgabe, freiheitliche Grundsätze in Politik und Wirtschaft zu fördern und die Marktwirtschaft im Sinne von Ludwig Erhard zu stärken. Die Stiftung ist personell mit wirtschaftsnahen Netzwerken und Denkfabriken verbunden, mit denen sie auch gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Hierzu gehört der Lobbyverband [Wirtschaftsrat der CDU](#), dessen Präsidiumsmitglied [Roland Koch](#) Vorstandsvorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung ist. Die Veranstaltungen der Stiftung

Ludwig-Erhard-Stiftung

Rechtsfor e.V.
m

Tätigkeits Wirtschaftsnahes Netzwerk zur
bereich Verbreitung marktliberaler Ideen

Gründung 1967

sdatum

Hauptsitz Bonn

Lobbybür

o

Lobbybür

o EU

bieten den Mitgliedern aus der Wirtschaft die Möglichkeit, ihre interessengeleiteten wirtschaftspolitischen Vorstellungen Spitzenpolitikern und Vorstandsmitgliedern der Deutschen Bundesbank in persönlichen Gesprächen zu vermitteln und Kontakte zu knüpfen. Häufiger Referent ist [Lars P. Feld](#), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirat des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Berater von Bundesfinanzminister Lindner (FDP).

Ludwig-Erhard-Stiftung

Webadres www.ludwig-erhard-stiftung.de
se

Die Stiftung, die lange Zeit keine Einzelheiten ihrer Finanzierung offenlegte, wurde bereits in den 70er und 80er Jahren von staatlichen Stellen finanziell gefördert. Die damalige Bundesregierung hielt es für geboten, die Arbeit der Stiftung "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" mit öffentlichen Mitteln zu unterstützen.^[1] Das bedeutet, dass die Stiftung damals aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung gefördert worden ist.

Zu den Mitgliedern der Stiftung gehört auch Bettina Stark-Watzinger (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung, deren Ministerium die Gründung des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft seit 2023 mit einer Anschubfinanzierung von ca. 800 Tsd. Euro über eine Laufzeit von zwei Jahren unterstützt.^{[2][3][4]} Für 2023 wurden die Zuwendungen im Lobbyregister mit 390.001 bis 400.000 Euro angegeben.^[5]

Inhaltsverzeichnis

1 Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung	8
2 Aktivitäten	8
3 Personelle Verflechtungen	9
3.1 CDU und nahestehende Institutionen	9
3.2 Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken	9
3.3 Sonstige	10
4 Organisationsstruktur und Personal	10
4.1 Vorstand und Geschäftsführung	10
4.2 Mitglieder	11
5 Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft	13
6 Kooperationen	13
6.1 "Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken	13
6.2 Wirtschaftsrat der CDU	14
6.3 Konrad-Adenauer-Stiftung	14
6.4 Friedrich-Naumann-Stiftung	14
6.5 Die Familienunternehmer	14
6.6 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	15
7 Finanzen	15
8 Zitate von Müller-Armack	15
9 Weiterführende Informationen	15
10 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
11 Einzelnachweise	16

Ludwig Erhard und die Soziale Marktwirtschaft aus der Sicht der Ludwig-Erhard-Stiftung

Ludwig Erhard (geboren 1897 in Fürth, gestorben 1977 in Bonn) gilt als Begründer der Sozialen Marktwirtschaft und des Mottos „Wohlstand für alle“. Am 20. September 1949 wurde Erhard als Wirtschaftsminister im ersten Bundeskabinett unter Bundeskanzler Adenauer vereidigt. Am 16. Oktober 1963 wurde er zum Bundeskanzler gewählt; am 1. Dezember 1966 trat Erhard von diesem Amt zurück.

Die Stiftung vertritt dezidiert wirtschaftsliberale Positionen. Nach ihrer Auffassung hat Wirtschaftspolitik in der Sozialen Marktwirtschaft im Sinne Ludwig Erhards die Aufgabe, Wettbewerb zum Ordnungsprinzip zu erheben und nachhaltig abzusichern.^[6] Lenkende Eingriffe mit gesamtwirtschaftlichem Maximierungsanspruch und administrativen Lösungsversprechen für Einzelprobleme gehörten nicht in den Werkzeugkasten eines Wirtschaftspolitikers, der sich auf Ludwig Erhard berufen will. Das soziale Element der Sozialen Marktwirtschaft liege nicht in der Umverteilung von Einkommen oder Vermögen zur Korrektur politisch unerwünschter Ergebnisse des marktwirtschaftlichen Produktions- und Verteilungsprozesses, sondern in der ordnungspolitisch abgesicherten Bindung der Freiheit an die Verantwortung im Rahmen des Leistungswettbewerbs.

Mit dieser Sichtweise nimmt der Vorstandsvorsitzende Roland Koch die Klimapolitik der Bundesregierung als „Dirigismus“ und „Bevormundung“ wahr; statt die zum Einsatz kommende Technologie zur beabsichtigten Reduktion des CO₂-Ausstoßes der Kreativität freier Unternehmen zu überlassen, mache die Politik kleinteilige Vorgaben.^[7]

Aktivitäten

Mit Publikationen, Vorträgen und Symposien soll in der Öffentlichkeit und bei Entscheidern in Politik, öffentlichen Behörden und Verbänden Verständnis für die Soziale Marktwirtschaft geweckt werden. Die Stiftung gibt die Vierteljahresschrift [Orientierungen zu Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik](#), das Jugendmagazin [Im Klartext](#) sowie Schriftenreihen heraus und unterhält ein Dokumentationszentrum über Ludwig Erhard. Zu den Veranstaltungen gehören: [Berliner Kaminesgespräche](#), [Bonner Wettbewerbsgespräche](#), [Frankfurter Gespräche](#), [Kolloquien](#) mit nahestehenden Organisationen sowie [Seminare](#) zur Lehrerfortbildung.

Unter [Standpunkt](#) werden Stellungnahmen zu aktuellen politischen Themen veröffentlicht. Die Überschriften der letzten drei Kommentare (Stand: 10/2023) lauten: „Gesellschaftspolitische Steuerungssillusionen klimapolitischer Akteure“, „Wider die Schönredner und falsche Propheten im ÖNPV“ und „Klimasünder, Etikettenschwindler und ökologische Geisterfahrer - Eine verkehrspolitische, ökonomische und ökologische Streitschrift“.^[8] Außerdem werden [Kommentare des Vorsitzenden Roland Koch](#) publiziert.

Jährlich wird der Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik (Preisträger) sowie der Ludwig-Erhard-Förderpreis für Wirtschaftspublizistik (Förderpreisträger) vergeben. Das Preisgeld soll jeweils 10.000 Euro betragen. Die Bundesregierung förderte den Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik von 1979 bis 1981 und 1984 bis 1987 mit jährlichen Zuschüssen zwischen 25.300 DM und 52.664 DM.^[9] Ob der Preis weiterhin mit Bundesmitteln gefördert wird, ist nicht bekannt. Die Stiftung veröffentlicht weder einen Jahresabschluss noch einen Geschäftsbericht.

Mitglieder der Jury des Ludwig-Erhard-Preises für Wirtschaftspublizistik sind:

- Thomas Mayer (Vorsitzender), Gründungsdirektor des Flossbach von Storch Research Institute, Mitglied des Kuratoriums von [Prometheus](#), Autor des [Mises Institute](#) USA, Klimaskeptiker^[10]
- Katharina Reiche, Vorstandsvorsitzende der Westenergie AG, Vorsitzende des Nationalen Wasserstoffrats, ehem. CDU-Politikerin
- Wolfgang Reitzle, Journalist, ehem. Intendant des Hessischen Rundfunks, ehem. Mitglied des Kuratoriums der [Johanna-Quandt-Stiftung](#)
- Nikolaus Risch, Mitglied des Vorstands der Heinz Nixdorf Stiftung, ehem. Präsident der Universität Paderborn
- Theresia Theurl, ehem. Professorin für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster, Geschäftsführende Direktorin des Instituts für Genossenschaftswesen
- Roland Koch (qua Amt), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)

Die Preisträger sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören: Wolfgang Reitzle (2021), Dan McCrum (2020), Ulf Poschardt (2019), Zanny Minton Beddoes (2018), Marc Beise (2017) und Gerhard Schröder (2016). Die Preisverleihung 2020/21 fand in der Hessischen Landesvertretung in Berlin statt.

Personelle Verflechtungen

Mitglieder des Netzwerks kommen u.a. aus den folgenden Organisationen:

CDU und nahestehende Institutionen

- [CDU](#) ([Friedrich Merz](#): Vorsitzender; [Carsten Linnemann](#): Generalsekretär; Jens Spahn: Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion)
- [Wirtschaftsrat der CDU](#) (Roland Koch: Mitglied des Präsidiums; [Lars P. Feld](#): Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats; [Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats; Bettina Würth: Vizepräsidentin und Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen"; Christoph Werner: Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter"; Godelieve Quisthoudt-Rowohl: Mitglied; [Justus Haucap](#): Leiter des Think Tanks "Deregulierung" [Friedrich Merz](#): ehem. Vizepräsident);
- [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) ([Carsten Linnemann](#): ehem. Vorsitzender)
- Konrad-Adenauer-Stiftung ([Friedrich Merz](#): Mitglied des Vorstands; [Carsten Linnemann](#): Ständiger Gast im Vorstand; Paul Kirchhof und Sara Rösner: Mitglied des Kuratoriums)

Wirtschaftsverbände, Lobbyorganisationen, wirtschaftsnahe Institute, Stiftungen und Denkfabriken

- [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (Steffen Kampeter: Hauptgeschäftsführer)
- [Die Familienunternehmer - ASU](#) (Sarna Röser: Mitglied des Bundesvorstands und des Strategischen Beirats; Patrick Adenauer und [Frank Schäffler](#): Mitglied des Strategischen Beirats)
- [Stiftung Familienunternehmen](#) (Detlef W. Prinz: Mitglied des Kuratoriums; Hans-Werner Sinn: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats)
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) ([Siegmar Mosdorf](#): Stellv. Vorsitzender)
- Wirtschaftsverband [Deutsches Aktieninstitut](#) (Joachim Nagel und Frank Engels: Mitglied des Präsidiums)
- [Institut der deutschen Wirtschaft](#) ([Michael Hüther](#): Direktor)

- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (Florian Gerster, [Oswald Metzger](#) und Randolph Rodenstock: Botschafter)
- [Stiftung Marktwirtschaft](#) (Jens Weidmann: Vorsitzender des Kuratoriums; [Lars P. Feld](#): Sprecher „Kronberger Kreis“; [Justus Haucap](#): Mitglied „Kronberger Kreis“)
- [Walter Eucken Institut](#) ([Lars P. Feld](#): Leiter)
- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) (Jens Weidmann, Heike Göbel, Renate Köcher, Holger Steltzner: Mitglieder des Kuratoriums)
- [Prometheus](#) ([Frank Schäffler](#): Gründer und Geschäftsführer; Thomas Mayer: Vorsitzender des Kuratoriums)
- [ECONWATCH](#) ([Justus Haucap](#): Präsident; [Lars P. Feld](#): Mitglied des Kuratoriums)
- [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#) (Jens Weidmann, Heike Göbel, Renate Köcher, Holger Steltzner: Mitglieder des Kuratoriums)
- [Atlantik-Brücke](#) ([Michael Hüther](#): Stellv. Vorsitzender des Vorstands)
- [Trilaterale Kommission](#) (Jens Spahn: Vorsitzender der deutschen Gruppe)

Sonstige

- Deutsche Bundesbank (Joachim Nagel: Präsident, Burkhard Balz: Mitglied des Vorstands)
- Europäische Investitionsbank (Werner Hoyer: Präsident)
- Bundeskartellamt (Andreas Mundt: Präsident)
- [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (Veronika Grimm: Mitglied)
- [FAZIT-STIFTUNG](#) (Jens Weidmann: Mitglied des Kuratoriums)
- Tichys Einblick ([Roland Tichy](#): Herausgeber; [Oswald Metzger](#): Hauptstadtcorrespondent)
- Institut für Demoskopie Allensbach (Renate Köcher: Geschäftsführerin)
- Zentrum Liberale Moderne (Ralf Fücks: geschäftsführender Gesellschafter)

(Stand: Oktober 2023)

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Geschäftsführung

Vorsitzender des Vorstands:

[Roland Koch](#), Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#) und Direktor des [Frankfurt Competence Center for German and Global Regulation](#) (FCCR), betätigt sich als Anwalt in seiner eigenen Kanzlei in Frankfurt am Main und als Lobbyist. Koch war hessischer Ministerpräsident und Vorstandsvorsitzender der Bilfinger SE.

Laut [Lobbyregister](#) vertritt Koch die Interessen der Vodafone GmbH und der Dussmann Stiftung & Co. KG als Mitglied des Aufsichtsrats sowie des [Wirtschaftsrat der CDU](#) als Präsidiumsmitglied. Seine Tätigkeit bei Vodafone beschreibt er im Lobbyregister wie folgt: „allgemeines Interesse an unternehmerfreundlicher und technologieoffener Regulierung im Bereich der Kommunikationsindustrie, sowie bei den Digitalisierungsprojekten.“ (Stand: 27.03.2023)

Stellvertretende Vorsitzende:

- **Ulrich Blum**, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Geschäftsführender Gesellschafter der Deutschen Lithiuminstitut GmbH (ITEL), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Oskar-Patzelt-Stiftung, zu deren Zielen die Förderung der Netzwerkbildung im Mittelstand gehört^[11] Blum ist ein ehemaliger Unterstützer der [Alternative für Deutschland](#)^[12]
- Godelieve Quisthoudt-Rowohl ([CDU](#)), Mitglied im [Wirtschaftsrat der CDU](#), war bis 2019 Abgeordnete des Europäischen Parlaments
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung
- Joachim Seeler, ehem. Hamburger [SPD](#)-Politiker, Unternehmer und Manager, Partner und geschäftsführender Gesellschafter der Investmentfirma HSP Hamburg Invest
- Linda Teuteberg, Mitglied des Deutschen Bundestags ([FDP](#)), ehem. Generalsekretärin der FDP, Mitglied des Beirats "Politik & Public Affairs" der [Quadriga Hochschule](#) und Mitglied des Beirats von ProSiebenSat.1^[13]
- Nicolas Heinen (Schatzmeister), Executive Vice President Group Strategy im Vorstandsstab der Deutschen Börse AG in Frankfurt

Geschäftsführer: Patrick Opdenhövel, ehem. CDU-Politiker (Frühere Positionen: Staatssekretär im Ministerium der Finanzen des Landes NRW, Büroleiter des Hessischen Ministerpräsidenten [Roland Koch](#))

Wissenschaftlicher Leiter: Stefan Kolev, der auch Leiter des Ludwig-Erhard-Forums für Wirtschaft und Gesellschaft ist.

Mitglieder

Die [hier](#) abrufbaren Mitglieder^[14] sind zu einem großen Teil Unternehmer/Manager, aktuelle und ehemalige Vertreter von Wirtschaftsverbänden, dem Wirtschaftsflügel der CDU und der FDP nahestehende Personen sowie markliberale Professoren und Journalisten.

Prominente Mitglieder sind:

- **Jens Spahn**, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, ehem. Bundesminister für Gesundheit, Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- **Friedrich Merz**, Bundesvorsitzender der CDU, ehem. Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- **Otto Fricke** (FDP), ehem. Partner der Lobbyorganisation [CNC Communications & Network Consulting](#)
- Bettina Stark-Watzinger (FDP), Bundesministerin für Bildung und Forschung, Mitglied der Lobbyorganisation [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)
- **Frank Schäffler**, FDP-Politiker, Gründer von [Prometheus](#), Mitglied des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- **Carsten Linnemann**, Vorsitzender der CDU-Programmkommission, ehem. Vorsitzender der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#)
- **Theo Waigel** (CSU), ehem. Bundesfinanzminister, Ehrenvorsitzender des Beirats der [Deutsche Vermögensberatung](#)

- [Lars P. Feld](#), Leiter des [Walter Eucken Institut](#), Berater von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied der [Mont Pelerin Society](#)
- Volker Wieland, Stiftungsprofessor für Monetäre Ökonomie und Geschäftsführender Direktor des Institute for Monetary and Financial Stability (IFMS) an der Goethe-Universität Frankfurt
- Luise Hölscher, Staatssekretärin im Bundesministerium der Finanzen, 2003-2004 Fachreferentin für Wirtschaft und Steuern beim [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Michael Hüther](#), Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), Stellv. Vorsitzender des Industriebeirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- [Justus Haucap](#), Mitglied des Kronberger Kreises der [Stiftung Marktwirtschaft](#) , Präsident von [ECONWATCH](#), Leiter des Think-Tanks Deregulierung des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums von [Prometheus](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Bundesverband mittelständische Wirtschaft](#)
- Hans-Werner Sinn, ehem. Präsident des ifo Institut für Wirtschaftsforschung, Vorsitzender des Ordnungspolitischen Ausschusses des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der [Stiftung Familienunternehmen](#)
- Veronika Grimm, Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR)
- Joachim Nagel, Präsident der Deutschen Bundesbank, Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Burkhard Balz, Mitglied des Vorstands der Deutschen Bundesbank, ehem. CDU-Politiker
- Jens Weidmann, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Vorsitzender des Kuratoriums der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#) und der [FAZIT-STIFTUNG](#), Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Commerzbank](#), ehem. Präsidiumsmitglied [Deutsches Aktieninstitut](#)
- Christoph Werner, Vorsitzender der dm-Geschäftsführung, Vorsitzender des Beirats "Handel und Konsumgüter" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Bettina Würth, Beirats-Vorsitzende der Würth-Gruppe, Vorsitzende des Beirats "Familienunternehmen" im [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Christoph Brand, Partner bei der deutschen Niederlassung der Investmentbank [Goldman Sachs](#) in Frankfurt am Main und stellv. Vorsitzender des Familienrates der Fa. Miele & Cie.
- Sarna Röser, Zementrohr- und Betonwerke Karl Röser & Sohn GmbH, Bundesvorsitzende des Wirtschaftsverbands DIE JUNGEN UNTERNEHMER und Mitglied mehrerer Leitungsgremien des Verbands [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Kuratoriums der Könrad-Adenauer-Stiftung
- Ralf Fücks, geschäftsführender Gesellschafter der Denkfabrik Liberale Moderne
- Andreas Mundt (FDP), Präsident des Bundeskartellamts
- Horst von Buttlar, Chefredakteur der WirtschaftsWoche
- Heike Göbel, verantwortliche Redakteurin für Wirtschaftspolitik der FAZ, Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Roland Tichy](#), rechtspopulistischer Medienunternehmer

(Stand: Dezember 2023)

Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft

Im August 2022 hat die Stiftung das [Ludwig-Erhard-Forum für Wirtschaft und Gesellschaft](#) mit Sitz in Berlin gegründet.^[15] Das Forum soll die Gedanken Ludwig Erhards und deren Übertragung auf moderne Herausforderungen direkt in die Bundeshauptstadt vermitteln. Es sieht sich als Plattform des nationalen und internationalen Diskurses zwischen Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Das Forum gibt periodische Schriften heraus, veröffentlicht Monographien, veranstaltet Workshops und Konferenzen. Es sollen auch Netzwerke mit vergleichbaren internationalen Forschungsstellen und Thinktanks geschaffen werden. Die Gründung des Forums soll auch durch eine Anschubfinanzierung des Bundes in Höhe von 800 Tsd. Euro möglich werden.

Leiter des Forums ist Stefan Kolev, Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Zwickau und Vertrauensdozent der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), der sich in einer Vielzahl neoliberaler Netzwerke und Denkfabriken betätigt. So ist er Gründungsmitglied des Netzwerks [NOUS](#), Beiratsmitglied der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Affiliated Fellow des [Walter Eucken Institut](#) und Mitglied des globalen Elitenetzwerks [Mont Pelerin Society](#).^{[16][17]} Weiterhin ist er Mitglied des Kuratoriums des [Humboldt Forums Wirtschaft](#) und Autor des ÖkonomenBlogs der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM).^[18] Kolev trat als Redner bei der 75. Jahrestagung der [Mont Pelerin Society](#) vom 4.-8. Oktober 2022 in Oslo auf und war Mitglied des "Programme Committee" dieser Veranstaltung.^[19] Auch bei der [Jahrestagung 2023](#), die vom [Cato Institute](#) und [Stand Together](#) gesponsert wurde, gehörte er zu den Referenten.

Mitglieder des Kuratoriums sind:

- [Nils Goldschmidt](#) (Vorsitzender), Professor an der Uni Siegen, Vorsitzender der [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- Veronika Grimm, Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR)
- Jens Weidmann, Professor an der Frankfurt School of Finance & Management, ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied des Aufsichtsrats der Commerzbank
- Harold James, Wirtschaftshistoriker an der Princeton University
- Inga Michler, Wirtschaftsreporterin und Moderatorin der Welt-Gruppe

Quelle: ^[20]

Kooperationen

"Frankfurter Gespräche" mit Repräsentanten von Banken

Die „Frankfurter Gespräche“ sind Diskussionsveranstaltungen in Kooperation mit Banken zu geld- und wirtschaftspolitischen Themen in Frankfurt, die bei der Landwirtschaftlichen Rentenbank, der Deutschen Bank und der Bundesbank stattfanden.^[21] Ein Beispiel ist die Veranstaltung vom 06.11. 2023: „Globalisierung: Wie tragfähig sind die internationalen Netzwerke?“ mit den folgenden Diskussionsteilnehmern^[22]

- Burkhard Balz, Mitglied der Ludwig Erhard-Stiftung, Mitglied des Bundesbank-Vorstands, ehem. CDU-Politiker

- Roland Koch, Vorstandsvorsitzender der Ludwig Erhard Stiftung, Präsidiumsmitglied des [Wirtschaftsrat der CDU](#)
- Ralf Fücks, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, Geschäftsführender Gesellschafter des Zentrums Liberale Moderne, ehem. Grünen-Politiker
- Steffen Kampeter, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung, Hauptgeschäftsführer des [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#), ehem. CDU-Politiker
- Fritzi Köhler-Geib, Chefvolkswirtin der KfW Bankengruppe

Die Veranstaltung findet in der Hessischen Hauptverwaltung der Bundesbank statt.

Wirtschaftsrat der CDU

2018 gaben der [Wirtschaftsrat der CDU](#) und die Stiftung bekannt, dass sie in Zukunft enger zusammenarbeiten werden.^[23] In diesem Zusammenhang wurde die gemeinsame Veranstaltungsreihe „Europa-Forum“ ins Leben gerufen. 2023 fand die Ludwig-Erhard-Lecture 2023 in Kooperation mit der Stiftung statt.^[24] Zu den Aktivitäten des Vorsitzenden Koch im Wirtschaftsrat der CDU gehört z. B. die maßgebliche Beteiligung an der Erarbeitung eines Positionspapiers im „Thinktank Deregulierung“.^[25]

Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Ludwig-Erhard-Stiftung veranstaltet gemeinsam mit der Konrad-Adenauer-Stiftung ein jährliches Kolloquium in Berlin.^[26] Beide Organisationen führen mehrtägige Seminare durch, bei denen Konzeption und Politik der Sozialen Marktwirtschaft mit jungen Menschen unterschiedlicher Nationalitäten erörtert werden.^[27]

Friedrich-Naumann-Stiftung

Am 27.06.2023 fand eine Veranstaltung von Ludwig-Erhard-Stiftung und Friedrich-Naumann-Stiftung im Forum Factory zum Thema „1948: Start für eine Ordnung des Wettbewerbs“ statt.^[28]

Die Familienunternehmer

Mit dem Gutachten [Der Eigentumsbegriff in den Parteiprogrammen zur Bundestagswahl 2021: Eine ökonomische Analyse](#) im Auftrag der Stiftung und des Verbandes [Die Familienunternehmer - ASU](#) mischten sich die beiden Organisationen in den Bundestagswahlkampf 2021 ein. Die Studie kommt zum Ergebnis, dass Hauptkonfliktlinien die Fragen der Einführung einer Vermögensteuer und der steuerlichen Behandlung von Kapitalerträgen sind. Mit Blick auf die Umwelt- und Klimapolitik verwies Roland Koch in einer Presseerklärung auf fundamentale Unterschiede zwischen den Plänen der Parteien: „Wer Verbrennungsmotoren verbietet, um den CO2-Ausstoß zu senken, entwertet sowohl Sachkapital als auch geistiges Eigentum. Installiert der Staat hingegen ein System von handelbaren Zertifikaten für den CO2-Ausstoß, werden im Gegenteil neue Eigentumsrechte geschaffen, und der Marktmechanismus wird genutzt, um die effizienteste Technik zur Vermeidung von CO2 zu finden.“^[29]

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Am 24. September 2015 fand die Veranstaltung „Reform der Erbschaftsteuer – Der Gesetzentwurf des Bundesfinanzministeriums in der Kritik“ statt. Veranstalter waren die Ludwig-Erhard-Stiftung, die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), die [Deutsche Stiftung Eigentum](#), die [Stiftung Familienunternehmen](#) und die Friedrich-Naumann-Stiftung.^[30]

Finanzen

Bis zum erstmaligen Eintrag der Stiftung in das Lobbyregister am 9. April 2024 war die Finanzierung der Stiftung intransparent.^[31] Der nach § 15 der [Satzung](#) aufzustellende Jahresabschluss und Geschäftsbericht wurden nicht veröffentlicht. Auf der Webseite fehlten folgende Angaben: Höhe des Etats, Höhe der Beiträge und Spenden, Namen von Großspendern. Laut der Antwort der Bundesregierung auf eine Parlamentarischen Anfrage der Fraktion Die Grünen aus dem Jahr 1987 erhielt die Stiftung jahrelang erhebliche Zuschüsse aus Bundesmitteln zu einzelnen Projekten, weil die Bundesregierung es für notwendig hielt, die Arbeit der Stiftung "im Interesse freiheitlicher Grundsätze in Wirtschaft und Politik" zu unterstützen.^[32] Die Anfrage wurde vom damaligen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium von Wartenberg (CDU) beantwortet, der später zum [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) als Hauptgeschäftsführer wechselte. Es blieb unklar, in welchem Umfang die Stiftung weiterhin Bundeszuschüsse erhielt.

Seit April 2024 ist beim Lobbyregister der [Jahresabschluss zum 31. Dezember 2022](#) abrufbar, in dem die Tätigkeit und Finanzierung der Stiftung detailliert beschrieben wird.

Zitate von Müller-Armack

Müller-Armack hat als Staatssekretär von Ludwig Erhard die Soziale Marktwirtschaft konzipiert. Die folgenden Zitate stammen aus seinem Werk „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“^[33]

Zu **Marktwirtschaft und soziale Gerechtigkeit:**

"Es war ein folgenschwerer Fehler des wirtschaftlichen Liberalismus, die marktwirtschaftliche Verteilung schon schlechthin als sozial und politisch befriedigend anzusehen und damit die Frage der zweckmäßigen technischen Austauschform mit der Frage des sozial und staatlich Erwünschten zu verquicken"

Zu **Mindestlöhnen:**

"Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindesthöhe zu normieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohns hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden"

Weiterführende Informationen

- [Wohlstand für Alle - Fördern, Fordern, Freiheit - Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung 2023](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de, bunestag, abgerufen am 25.08.2022
2. ↑ [Ludwig Erhards Stimme in Berlin - Archiv](#), ludwig-erhard.de vom 26.08.2022, abgerufen am 25.04.2024
3. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.04.2024
4. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
5. ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), abgerufen am 25.04.2024
6. ↑ [Aufgabe der Stiftung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.04.2024
7. ↑ [Die Soziale Marktwirtschaft muss nicht neu erfunden werden](#), in: [Wohlstand für Alle. Sonderveröffentlichung der Ludwig-Erhard-Stiftung](#), holderstock-media.1cloud.com, abgerufen am 24.04.2024
8. ↑ [Standpunkt](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
9. ↑ [Antwort der Bundesregierung vom 09.12.1987 auf eine Parlamentarische Anfrage](#), dserver.de, bunestag, abgerufen am 25.08.2022
10. ↑ [Warum wir uns auf den Kampf gegen den Klimawandel versteifen](#), welt.de vom 30.08.2020, abgerufen am 26.08.2022
11. ↑ [Ziele der Oskar-Patzelt-Stiftung](#), mittelstandspreis.com, abgerufen am 25.08.2022
12. ↑ [Personal der AfD in Thüringen](#), taz.de vom 07.05.2013, abgerufen am 13.12.2020
13. ↑ [Teuteberg in Beirat von ProSiebenSat.1 Media berufen](#), politik-kommunikation.de vom 08.02.2022, abgerufen am 25.08.2022
14. ↑ [Mitgliederversammlung](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
15. ↑ [Pressemitteilung 23.08.2022](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.08.2022
16. ↑ [Profil](#), fh-zwickau, abgerufen am 27.08.2022
17. ↑ [Profil](#), stefan-kolev.de, abgerufen am 28.08.2022
18. ↑ [Umweltschutz durch Kreativität](#), insm-oekonomenblog.de vom 15.02.2022, abgerufen am 27.08.2022
19. ↑ [Speakers](#), mpsoslo.org, abgerufen am 27.08.2022
20. ↑ [Neues Kuratorium für das Ludwig-Erhard-Forum](#), ludwig-erhard.de vom 07.09.2023, abgerufen am 26.10.2023
21. ↑ [Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 25.10.2023
22. ↑ [Podiumsdiskussion im Rahmen der Frankfurter Gespräche](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 24.10.2023
23. ↑ [Wirtschaftsrat und CDU arbeiten künftig enger zusammen](#), wirtschaftsrat.nsf vom 28.11.2018, abgerufen am 16.03.2021
24. ↑ [Ludwig-Erhard-Lecture 2023 mit Lars P. Feld](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 23.12.2023
25. ↑ [Wirtschaftsrat fordert im Handelsblatt breiten Bürokratieabbau](#), wirtschaftsrat.de vom 28.03.2022, abgerufen am 29.12.2023
26. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023

27. ↑ [Seminare](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 27.10.2023
28. ↑ [Veranstaltungen](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 26.10.2023
29. ↑ [Pressemitteilung](#), ludwig-erhard.de vom 23.08.2021, abgerufen am 25.12.2023
30. ↑ [\[Reform der Erbschaftsteuer\]](#), ludwig-erhard.de, abgerufen am 01.01.2024
31. ↑ [Bericht über die Erstellung des Jahresabschlusses vom 31. Dezember 2022](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 25.04.2024
32. ↑ [Kleine Anfrage](#), bundestag.de vom 09.12.1987, abgerufen am 11.07.2021
33. ↑ Zitiert nach: [Thomas Strobl: Soziale Marktwirtschaft Ökonomie als Instrument, nicht als Selbstzweck](#), FAZ 11. April 2009, Website FAZ, abgerufen am 19.9.2011

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Verbreitung neoliberaler Ideen
Gründungsdatum	23. Januar 1953
Hauptsitz	Tübingen
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.asm-ev.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	17
2 Alexander Rüstow	18
3 Organisationsstruktur und Personal	18
3.1 Vorstand	18
3.2 Beirat	19
4 Kooperationen	19
5 Förderer	20
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	20
7 Einzelnachweise	20

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft e.V. (ASM), ein eingetragener Verein mit Sitz in Tübingen, wurde 1953 als eine Vereinigung von Wissenschaftlern, Unternehmern, Verbänden und Privatpersonen gegründet.^[1] Nach eigenen Angaben setzt sich die ASM für den Schutz und die Förderung des

Privateigentums, die Entscheidungsfreiheit des Unternehmers und den Leistungswettbewerb als Grundlage einer gerechten Gesellschaft ein. Die Soziale Marktwirtschaft wolle die Freiheit auf dem Markt mit dem sozialen Ausgleich verbinden. Doch erst die marktwirtschaftliche Leistung mache sozialen Fortschritt möglich. Der einzelne Mensch werde nicht allein gelassen, doch dürfe ihm die individuelle Verantwortung nicht abgenommen werden. Die ASB organisiert Veranstaltungen, erstellt Publikationen (Schriftenreihe „Marktwirtschaftliche Reformpolitik“) und verleiht die „Alexander Rüstow-Plakette“.

Im Rahmen der wirtschaftlichen Ausbildung der jungen Generation verfolgt die ASM das Projekt "Soziale Marktwirtschaft im Unterricht". Dabei sollen auch der Gedanke einer Weiterentwicklung von Regeln im Sinne des neoliberalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) didaktisiert werden.^[2]

Alexander Rüstow

Alexander Rüstow (geboren 1885 in Wiesbaden, gestorben 1963 in Heidelberg) war bis 1962 Vorsitzender und danach Ehrenvorsitzender der ASM. Er war ein aufgeklärter und differenziert denkender Wirtschaftsliberaler, der den Markt zwar als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung, nicht jedoch als Allheilmittel betrachtete:

„Der schwerste Fehler des Liberalismus liegt in seinem Pseudouniversalismus, seiner Blindheit für die Rahmenbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen, die seine Geltung begrenzen“.^[3]

Aus der Erkenntnis heraus, dass die Wohltaten des Marktes nur bei funktionierendem Wettbewerb entstehen können, forderte Rüstow eine konsequente Wettbewerbspolitik mit striktem Kartellverbot, Fusionskontrolle und Entflechtungsmöglichkeiten. Er ging sogar so weit, die Sozialisierung von Unternehmen zu empfehlen, deren Monopolstellung unvermeidlich ist: „Sozialisierung aller Wirtschaftszweige, die wie insbesondere der Schienenverkehr und die public utilities, aus natürlichen, technischen oder sonstigen Gründen eine unvermeidliche Monopolstellung haben (Sozialisierung der Rüstungsindustrie dürfte sich auch noch aus anderen als wirtschaftlichen Gründen empfehlen). Solange doch noch ausnahmsweise private Monopole, insbesondere Trusts, bestehen: scharfe Staatsaufsicht mit Preisgenehmigung und Lieferzwang“.^[4]

Solche Positionen werden von den heutigen Repräsentanten der ASM nicht mehr vertreten. Diese unterscheiden sich in ihrer Marktgläubigkeit und dem Motto „mehr Markt – weniger Staat“ nicht von den anderen neoliberalen Netzwerken, mit denen sich die ASM auch personell überschneidet.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

(Stand: August 2023)

- [Nils Goldschmidt](#) (Vorsitzender), Professor für Kontextuale Ökonomik und ökonomische Bildung an der Universität Siegen mit Verbindungen zu den folgenden Organisationen:
 - [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow
 - Görres-Gesellschaft: Vorstandsmitglied
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#) Siegen (ZÖBIS), Mitglied des Kuratoriums
 - Katholische Sozialwissenschaftliche Zentralstelle, Verantwortlicher des Projekts Ordnungsethik
 - [NOUS](#): Mitglied
 - Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft der Konrad Adenauer Stiftung, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Ratio Institute](#): Associate Fellow

- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): ehem. Mitglied
- Rolf Hasse (Stellv. Vorsitzender), emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Promotionskolleg Soziale Marktwirtschaft der Konrad Adenauer Stiftung
- [Karen Horn](#) (Stellv. Vorsitzende), Publizistin, ist u. a. Mitglied/Funktionsträger der folgenden Organisationen^[5]:
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Walter Eucken Institut](#): Stellv. Vorsitzende des Kuratoriums
 - [NOUS](#): Co-Vorstandsvorsitzende und Koordinatorin des Trägervereins
 - Herbert Giersch Stiftung: Vorstandsmitglied und operative Geschäftsführerin
 - Friedrich Naumann Stiftung: Vertrauensdozentin
 - [Institut der deutschen Wirtschaft](#): Fellow
 - [Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit](#) (IZA): Gründungsmitglied der Policy Fellows
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#): bis 7/2015 Vorsitzende des Vorstands
- Taiga Brahm. Professur für Ökonomische Bildung und Wirtschaftsdidaktik an der Eberhard Karls Universität Tübingen
- Claus Dierksmeier, Professur für Globalisierungs- und Wirtschaftsethik an der Eberhard Karls Universität Tübingen, Direktor des Weltethos-Institut, Tübingen

Beirat

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören u.a. (Stand: August 2023):

- [Lars P. Feld](#)
 - [Walter Eucken Institut](#), Leiter
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), Sprecher "Kronberger Kreis"
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
 - [NOUS](#), Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#), Mitglied
 - [Ratio Institute](#): Associate Fellow
- [Michael Wohlgemuth](#)
 - [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
 - [Mont Pelerin Society](#): Mitglied
 - [Ratio Institute](#): Associate Researcher
 - Konrad-Adenauer-Stiftung: Mitglied des Ordnungspolitischen Beirats und Kollegprofessor des Promotionskollegs "Soziale Marktwirtschaft"
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#) Siegen: Mitglied des Kuratoriums

Kooperationen

Die ASM kooperiert mit den folgenden Organisationen:

- [Hanns Martin Schleyer-Stiftung](#)
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [NOUS](#)
- Promotionskolleg "Soziale Marktwirtschaft" der [Konrad-Adenauer-Stiftung](#)
- [Walter Eucken Institut](#)

- Weltethos-Institut
- [Zentrum für ökonomische Bildung](#) Siegen (ZÖBiS)

Förderer

Die ASM wird von der Heinz Nixdorf Stiftung gefördert.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [ASM/Aufgabe](#), Website ASM, abgerufen am 29.9.2011
2. ↑ [Soziale Marktwirtschaft im Unterricht](#), [Webseite ASM](#), abgerufen am 20.08.2019
3. ↑ Alexander Rüstow: Die Defizite des Liberalismus, in: Alexander Rüstow: Die Religion der Marktwirtschaft, Walter Eucken Archiv Reihe Zweite Aufklärung, Bd. 4, 3. Aufl., Berlin 2009, S. 40
4. ↑ Rüstow: Der dritte Weg, in: Religion der Marktwirtschaft, S. 55
5. ↑ [Karen Horn](#), karenhorn.de, abgerufen am 22.08.2023

Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung

Die **Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung** setzt sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung im Sinne des marktradikalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) ein. Zu diesem Zweck vergibt sie alle zwei Jahre den Internationalen Preis der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung sowie den Publizistikpreis der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung. Die Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung ist nicht identisch mit der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), die mit der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#) kooperiert.

Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung



Rechtsform Stiftung

Tätigkeitsbereich Förderung marktradikaler Vorstellungen im Sinne von [Friedrich August von Hayek](#)

Gründungsdatum 1999

Hauptsitz Freiburg

Lobbybüro EU

Webadresse www.hayek-stiftung.de

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	21
2 Gremien der Stiftung	22
2.1 Vorstand der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung	22
2.2 Kuratorium der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung (Auswahl)	23
3 Preise der Stiftung	24
4 Kooperationen	24
4.1 Centrum für Europäische Politik/Stiftung Ordnungspolitik	24
4.2 Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft	25
4.3 Stiftung Marktwirtschaft	25
5 Weiterführende Informationen	25
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	25
7 Einzelnachweise	25

Kurzdarstellung und Geschichte

Die Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung wurde im Mai 1999 zum 100. Geburtstag des marktradikalen Vordenkers [Friedrich August von Hayek](#) ins Leben gerufen. Zu den Gründern gehören [Lüder Gerken](#) (Vorsitzender des [Centrums für Europäische Politik](#)), Ex-Bundespräsident [Roman Herzog](#) und die Württembergische Versicherung (1999 zur [Wüstenrot & Württembergische](#)-Gruppe fusioniert) als Stifter. Diese hat die Stiftung mit einem Kapitalstock ausgestattet und stiftet die Preise, die verliehen werden. Der langjährige Vorstandsvorsitzende der Wüstenrot & Württembergische AG, [Alexander Erdland](#), ist Mitglied des Kuratoriums der Stiftung. Erdland war auch Präsident des [Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft](#) (GDV), der einflussreichen Versicherungs-Lobbyorganisation. Im Kuratorium sitzen Lobbyisten und Mitglieder wirtschaftsnaher Netzwerke.

Laut ihrer [Broschüre](#) hat der Schutz der Freiheit, den es nur in einer Marktwirtschaft gibt, unbedingtes Ziel und damit auch Handlungsbeschränkung aller Politik zu sein. Damit wird der Politik letztlich die Berechtigung abgesprochen, in den freien Markt einzugreifen. Unter dem Stichwort "Demokratie" wird in der Broschüre auch der Einfluss von Verbänden, die Sonderinteressen vertreten, angeprangert. Die Politiker seien vielfach wehrlos, weil sie auf diese Interessengruppen angewiesen seien, um eine Mehrheit für ihre Politik zu erhalten. Dabei wird die Stiftung selbst durch eine Sonderinteressen vertretende Versicherung gefördert.

Gremien der Stiftung

Vorstand der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung

Name	Verbindungen
	• Stiftung Ordnungspolitik, Vorsitzender des Vorstands • Centrum für Europäische Politik (CEP), Vorsitzender
Lüder Gerken	• Walter Eucken Institut, ehem. Direktor • Stiftung Marktwirtschaft, ehem. Vorstand • Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM), ehem. Kurator

(Stand: August 2023) Quelle: ^[1]

Kuratorium der Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung (Auswahl)

Name	Verbindungen
Jens Weidmann (Vorsitzender)	• Deutsche Bundesbank, ehem. Präsident • Commerzbank, designierter Vorsitzender des Aufsichtsrats • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des Kuratoriums • FAZIT-Stiftung Gemeinnützige Verlagsgesellschaft mbH, Mitglied des Kuratoriums • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • Institute for Monetary and Financial Stability (IMFS), Distinguished Fellow
Leszek Balcerowicz	• Polnische Nationalbank, ehem. Präsident • Mitglied mehrerer wirtschaftsnaher Netzwerke und Denkfabriken
Heinrich Otto Deichmann	• Deichmann SE, Geschäftsführer • Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied des Stiftungsrats
Alexander Erdland	• Wüstenrot & Württembergische AG, 2006-2016 Vorstandsvorsitzender • Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft (GDV), 2012-2017 Präsident
Udo di Fabio	• 1999-2011 Richter am Bundesverfassungsgericht • Stiftung Familienunternehmen, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
Lüder Gerken	• Vorstand der Hayek Stiftung
Heike Göbel	• FAZ, Redakteurin für Wirtschaftspolitik • Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft, Mitglied • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied
Werner Hoyer	• Europäische Investitionsbank, Präsident • Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied • ehem. FDP-Politiker
Otmar Issing	• Center for Financial Studies (CFS), Ehrenpräsident • Mitglied mehrerer wirtschaftsnaher Netzwerke und Denkfabriken
Renate Köcher	• Institut für Demoskopie Allensbach, Geschäftsführerin • Mitglied des Aufsichtsrats mehrerer Unternehmen und Kuratoriumsmitglied mehrerer Stiftungen

Nicola Leibinger-
Kammüller

- TRUMPF GmbH + Co. KG, Vorsitzende der Geschäftsführung
- [Stiftung Familienunternehmen](#), Mitglied des Kuratoriums

Ludger Schuknecht

- Asian Infrastructure Investment Bank (AIIB), Vizepräsident
- [Bundesministerium der Finanzen](#), bis 2018 Abteilungsleiter
- OECD, Stellv. Generalsekretär

Jürgen Stark

- [Europäische Zentralbank](#) (EZB), ehem. Direktoriumsmitglied
- [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), Botschafter
- [Wirtschaftsforum der FDP](#), Mitglied

Holger Steltzner

- Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), ehem. Herausgeber
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied

(Stand: Januar 2023) Quelle: ^[2]

Preise der Stiftung

Alle zwei Jahre vergibt die Stiftung einen internationalen Preis und einen Publizistik-Preis. Die Preise werden Persönlichkeiten verliehen, "die sich durch beispielhafte und außergewöhnliche Leistungen bei der Errichtung, Stärkung oder sonstigen Förderung einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Deutschland, in Europa oder in anderen Teilender Welt ausgezeichnet haben".

Preisträger 2005: Mario Monti (international) und [Karen Horn](#) (Publizistik)

Preisträger 2007: Mikulàs Dzurinda (international) und Horst Siebert (Publizistik)

Preisträger 2009: Václav Klaus (international) und Paul Kirchhof (Publizistik)

Preisträger 2011: [Leszek Balcerowicz](#) (international) und Hans D. Barbier (Publizistik)

Preisträger 2013: Sauli Niinistö (international) und Dorothea Siems (Publizistik)

Preisträger 2015: [Jens Weidmann](#) (international), [Udo di Fabio](#) (Publizistik) und [Roman Herzog](#) (Ehrenpreis)

Preisträger 2017: Joachim Gauck (international) und Heike Göbel (Publizistik)

Preisträger 2019: Margrethe Vestager (international) und [Wolfgang Clement](#) (Publizistik)

Kooperationen

[Centrum für Europäische Politik](#)/[Stiftung Ordnungspolitik](#)

Partner der Stiftung ist das [Centrum für Europäische Politik](#), die Denkfabrik der [Stiftung Ordnungspolitik](#). Deren Stiftungsvorsitzender ([Lüder Gerken](#)) ist auch Vorsitzender der Hayek-Stiftung. Die Mitglieder des Kuratoriums der [Stiftung Ordnungspolitik](#) sind auch Kuratoriumsmitglieder der Hayek-Stiftung.

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Lüder Gerken, Vorstand der Hayek-Stiftung, ist ehemaliger Kurator der INSM. Jürgen Stark, Mitglied des Kuratoriums, ist Botschafter der INSM

Stiftung Marktwirtschaft

Lüdiger Gerken, Vorstand der Hayek-Stiftung, ist ehemaliger Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft

Weiterführende Informationen

- [Karl-Heinz Brodbeck: Die fragwürdigen Grundlagen des Neoliberalismus Wirtschaftsordnung und Markt in Hayeks Theorie der Regelselektion, 13. Oktober 2004](#)
- Christof Butterwegge, Bettina Lösch, Ralf Ptak: Kritik des Neoliberalismus, 2. Auflage, Wiesbaden 2008
- Alexander Rüstow: Die Religion der Marktwirtschaft, 3. Aufl., Berlin 2009
- Die Hayek Stiftung im [Wiki der Think Tank Netzwerk Initiative](#).

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Vorstand](#) Webseite Hayek-Stiftung, abgerufen am 22.08.2023
2. ↑ [Kuratorium](#), hayek-stiftung.de, abgerufen am 16.01.2023

Mont Pelerin Society

Die **Mont Pelerin Society** (MPS) ist ein weltweit aktives neoliberales Elitenetzwerk. In ihrer Selbstbeschreibung identifiziert die Gesellschaft neben dem Rückgang des politischen Liberalismus mehrere Hauptprobleme gegen die sie sich einsetzt: Die Ausweitung des Wohlfahrtsstaates, die Macht von Gewerkschaften und Monopolen sowie ständige Inflationsgefahr.^[1]

Mont Pelerin Society

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	10. April 1947
Hauptsitz	Genf
Lobbybüro	

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	26
2 Einfluss der Mitglieder	26

3 Einfluss der deutschen Mitglieder auf lobbyrelevante Organisationen	27
3.1 Vernetzung der Mitglieder	27
3.2 Erheblicher Einfluss der Mitglieder	30
4 Internationale Vernetzung	30
5 Organisationsstruktur und Personal	31
5.1 Board of Directors	31
5.2 Frühere Präsidenten	31
5.3 Mitglieder	31
6 Finanzierung	32
7 Einzelnachweise	32

Kurzdarstellung und Geschichte

Die MPS wurde am 10. April 1947 im Schweizer Dorf Mont Pelerin gegründet. Dort diskutierten auf Einladung [Friedrich August von Hayeks](#) 36 liberale Intellektuelle, darunter Karl Popper, [Walter Eucken](#) und Ludwig von Mises, über die Zukunft des Liberalismus und der Marktwirtschaft. Sie erörterten das Konzept des Neoliberalismus und einigten sich auf diesen Namen.

Die MPS, die als Verein in den USA (Illinois) eingetragen ist, entwickelte sich in der Folge zum bedeutendsten neoliberalen Netzwerk der Welt ca. 700 Mitgliedern (Stand 2012).^[2] In der MPS finden sich unterschiedliche neoliberale und neokonservative Positionen: Vertreter des Anarchokapitalismus, der Chicago Law School, der Chicago School of Economics, der Entwicklungstheorie, der Freiburger Schule, der Humankapitaltheorie, der Libertarians, der London School of Economics, der Österreichischen Schule für Nationalökonomie, der Public Choice School, der Transaktionskostentheorie und anderer Schulen oder Theorien.^[3] Geteilte Ziele sind der möglichst freie Markt, freies Unternehmertum, weniger Staatsausgaben (insbesondere im sozialen Bereich) sowie weniger Einfluss für die Gewerkschaften. Das Staatsverständnis reicht von der Forderung nach Abschaffung des Staates bis zur Billigung marktkonformer Staatseingriffe. Gegner ist alles, was sozialistisch bzw. kollektivistisch verstanden wird, worunter u. a. der Keynesianismus, Feminismus, ökologische und soziale Bewegungen sowie die Theologie der Befreiung fallen^[4] Einige Mitglieder gehören zu den Leugnern des Klimawandels und unterstützen klimaskeptische Organisationen.

Insbesondere auf den Treffen, die mindestens einmal jährlich stattfinden, werden Meinungen ausgetauscht, Konzepte erörtert, "Seilschaften" gepflegt und neoliberale Denkfabriken vernetzt.

Einfluss der Mitglieder

Mitglieder der MPS hatten einflussreiche Positionen inne. Nach eigenen Angaben sind einige sogar Präsidenten oder Regierungschefs geworden, darunter Ludwig Erhard (Deutschland), Luigi Einaudi (Italien), Mart Laar (Estland), Ranil Wickremasinghe (Sri Lanka) und Vaclav Klaus (Tschechische Republik).^[2] Minister waren z.B. Sir Geoffrey Howe (britischer Schatzkanzler und Außenminister), Antonio Martino (italienischer Außen- und Verteidigungsminister), Ruth Richardson (neuseeländische Finanzministerin) und George Shultz (US-amerikanischer Arbeits-, Finanz- und Außenminister).

Eines der Mitglieder mit großem politischen Einfluss in Deutschland ist [Lars P. Feld](#), Leiter des marktradikalen [Walter Eucken Institut](#). Er ist u.a. Vorsitzender des [Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) und Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrats der CDU](#).

Einfluss der deutschen Mitglieder auf lobbyrelevante Organisationen

Vernetzung der Mitglieder

Die Mont Pelerin Society veröffentlicht auf ihrer Webseite kein Verzeichnis ihrer Mitglieder. Ein Verzeichnis der Mitglieder im Jahre 2010 findet sich auf DeSmogBlog^[5] Von den dort aufgeführten deutschen Mitglieder sind verstorben: Roland Baader, Ernst Heuss, Erich Hoppmann, Hermann May, Otto von Habsburg und Hans Willgerodt. Nach allgemein zugänglichen Informationen sind seit 2010 neu hinzugekommen: Peter Jungen^[6], Marc Oliver Hartwich^[7] und Jan Schnellenbach^[8] (diese Ergänzung ist möglicherweise nicht vollständig). Danach gab es 2015 die folgenden deutschen Mitglieder, deren Vernetzung mit lobbyrelevanten Organisationen angegeben ist:

- **Charles B. Blankart**
 - Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
 - Institut für Unternehmerische Freiheit, Mitglied des Vorstands
 - Open Europe Berlin, Mitglied des Kuratoriums
 - European Center for Public Choice, Mitglied des Vorstands
 - Institut Constant de Rebecque und Liberales Institut Zürich Mitglied des Akademischen Beirats
 - Die Familienunternehmer - ASU Mitglied des Strategischen Beirats Beirats
- Alfred Bosch, ehem. Geschäftsführer Walter Eucken Institut
- **Hardy Bouillon**
 - Public Partners, Inhaber
 - New Direction, Stellv. Direktor
 - Die Familienunternehmer - ASU, Mitglied des Strategischen Beirats
 - Institut für Unternehmerische Freiheit, Mitglied des Beirats
 - Liberales Institut Zürich, Mitglied des Beirats
 - Hayek Institut Wien, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - Friedrich-Naumann-Stiftung, Mitglied des Auswahlausschusses
- Meinolf Dierkes, ehem. Präsident Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)
- Barbara Dluhosch, Professorin an der Helmut Schmidt Universität, Mitglied der Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft
- **Detmar Doering**
 - Liberales Institut der Friedrich-Naumann-Stiftung, Leiter
 - Liberales Institut Zürich, Mitglied des Akademischen Beirats
 - Die Familienunternehmer - ASU, Mitglied des Strategischen Beirats
 - Institut für Unternehmerische Freiheit, Mitglied des Beirats
 - John Stuart Mill Institut, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- **Lars P. Feld**
 - Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Vorsitzender
 - Walter Eucken Institut, Leiter
 - Stiftung Marktwirtschaft, Sprecher "Kronberger Kreis"
 - Ludwig-Erhard-Stiftung, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - ECONWATCH, Mitglied des Kuratoriums
 - Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft, Mitglied des Beirats
 - Wirtschaftsrat der CDU, Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats
 - Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied

- [European Public Choice Society](#), ehem. Präsident
- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), bis 7/2015 Mitglied
- Wolfram Fischer, emeritierter Professor an der Freien Universität Berlin
- [Gerd Habermann](#)
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Vorstandsvorsitzender
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Strategischen Beirats
 - [Deutsche Stiftung Eigentum](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
- Walter Hamm, ehem. Mitglied "Kronberger Kreis" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)
- [Marc Oliver Hartwich](#)
 - [New Zealand Initiative](#), Direktor
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Fellow "Research Team"
 - [Atlas Network](#), Mitarbeiter^[9]
- Uwe Johannes, ehem. leitender Mitarbeiter der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- [Karen Horn](#)
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Vorstands
 - [Walter Eucken Institut](#), Stellv. Vorsitzende des Kuratoriums
 - [Open Europe Berlin](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), bis 7/2015 Mitglied des Vorstands
 - [Liberales Institut Zürich](#), Mitglied des Akademischen Beirats
 - [Die Familienunternehmer - ASU](#), Mitglied des Strategischen Beirats
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [John Stuart Mill Institut](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Council on Public Policy](#), Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich-Naumann-Stiftung](#), Vertrauensdozentin
- [Peter Jungen](#)
 - [Peter Jungen Holding GmbH](#), Geschäftsführer
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied des Kuratoriums
 - Europäische Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der Europäischen Volkspartei (EVP), Präsident
 - [European Enterprise Institute](#), Gründungspräsident
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Vorstands
 - [MENA-OECD Enterprise Financing Network](#), Mitglied
- Hartmut Kliemt, Professor für Philosophie und Ökonomik an der Frankfurt School of Finance and Management und bis 7/2015 Mitglied der [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)
- [Burkhard Koch](#)
 - [IQ International Consulting](#), Geschäftsführer
 - [German American Business Association \(GABA\)](#), Co-Chair Clean Tech Industry Group
- [Hanns Otto Lenel](#)
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
- [Wernhard Moeschel](#)
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des Vorstands
 - [Stiftung Marktwirtschaft](#), ehem. Mitglied "Kronberger Kreis"
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), ehem. Stiftungsrat
- [H. G. Monissen](#), emeritierter Professor für Volkswirtschaft
- [Isabel Muehlfehl](#)
 - ehem. Wirtschaftsjournalistin beim Bayerischen Rundfunk

- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- [Wolfgang Mueller](#)
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Vorstands
 - [Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#), Generalsekretär
- Markus Rothkopf
- [Holger Schmieding](#), Chef-Volkswirt der [Berenberg Bank](#)
- [Jan Schnellenbach](#)
 - Professor für VWL an der Brandenburgisch Technischen Universität Cottbus-Senftenberg
 - [Walter Eucken Institut](#), Affiliated Fellow
 - [Wilhelm-Röpke-Institut](#), Mitglied
- [Joachim Starbatty](#)
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats und ehem. Vorsitzender
 - [Open Europe Berlin](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
 - [Alternative für Deutschland](#), Europaabgeordneter und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- Manfred E. Streit
 - Max Planck Institut Ökonomik in Jena, Professor Emeritus
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- [Roland Tichy](#)
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Vorsitzender des Vorstands
 - [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), ehemaliges Vorstandmitglied
- Ulrich Van Lith, Leiter des Rhein-Ruhr-Instituts für Wirtschaftspolitik
- [Viktor Vanberg](#)
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied des Vorstands
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), ehem. Stiftungsrat
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [European Internet Forum](#), Mitglied
- [Roland Vaubel](#)
 - [Alternative für Deutschland](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Liberales Institut Zürich](#), Mitglied des Akademischen Beirats
 - [Institute of Economic Affairs](#), Mitglied des Beirats
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
- [Christian Watrin](#)
 - [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#), Mitglied des Beirats
 - [Institut für Wirtschaftspolitik](#), ehem. Direktor
- [Christoph Watrin](#), Direktor des Institut für Unternehmensrechnung und -besteuerung der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster
- [Erich Weede](#)
 - [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Stiftungsrat
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Gründungsmitglied
 - [Institut für Unternehmerische Freiheit](#), Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Walter Eucken Institut](#), Mitglied
- Patrick Welter, Wirtschaftskorrespondent der Frankfurter Allgemeinen Zeitung

- Ekkehard Wenger, Professor für Bank- und Kreditwirtschaft an der Universität Würzburg
- [Michael Wohlgemuth](#)
 - [Open Europe Berlin](#), Direktor
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), bis 7/2015 Stellv. Vorsitzender des Vorstands
 - [Jenaer Allianz](#), Sprecher
 - [Zentrum für ökonomische Bildung](#), Mitglied des Kuratoriums
 - [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
 - [Konrad-Adenauer-Stiftung](#), Mitglied des Ordnungspolitischen Beirats
- Artur Woll, emeritierter Professor für Volkswirtschaftslehre
- Michael Zöller
 - [Council on Public Policy](#), Vorsitzender
 - [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#), Mitglied
 - John Stuart Mill Institut, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats
 - [Walter-Raymond-Stiftung](#) der Arbeitgeber, Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats

Erheblicher Einfluss der Mitglieder

Es ist davon auszugehen, dass Mitglieder einen erheblichen Einfluss auf lobbyrelevante Organisationen (Denkfabriken, Stiftungen, Verbände, Beratungsgremien) haben, wenn sie Leiter einer Organisation sind oder mindestens drei Mitglieder in Gremien einer Organisation (Vorstand, Präsidium, Kuratorium, Stiftungsrat, Beirat) vertreten sind. Nach dieser Definition verfügten im Herbst 2015 Mitglieder der Mont Pelerin Society in folgenden Organisationen über einen erheblichen Einfluss:

- [Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft](#)/[Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (Partner: [Atlas Network](#))
- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)
- [Walter Eucken Institut](#) (Partner: [Atlas Network](#))
- [Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft](#)
- [Liberales Institut](#) der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) (Partner: [Atlas Network](#))
- [Die Familienunternehmer - ASU](#)
- John Stuart Mill Institut
- [Institut für Unternehmerische Freiheit](#) (Partner: [Atlas Network](#))
- [Open Europe Berlin](#) (Partner: [Atlas Network](#))

Internationale Vernetzung

Nach Angaben von DeSmogBlog hatte die MPS im Jahr 2010 fast 500 Mitglieder aus 52 Ländern mit dem Schwerpunkt USA und Großbritannien.^[10] 2012 war die Mitgliederzahl auf 699 gestiegen.^[2] Zu den einflussreichsten Mitgliedern gehört [Charles G. Koch](#), der US-Milliardär, der gemeinsam mit seinem Bruder David Millionen Dollar an Denkfabriken spendet, die den Umweltschutz bekämpfen und den Klimawandel leugnen. Ein Großteil der Mitglieder ist in Denkfabriken aktiv, bei denen es sich in Wirklichkeit vielfach schlicht um finanzstarke Lobby-Gruppen handelt. Eine davon ist die [Heritage Foundation](#) in Washington, die für niedrige Steuern kämpft, eine andere das von [Charles G. Koch](#) gegründete [Cato Institute](#), das sich im Auftrag seiner Finanziere gegen jedwede Form von Klima-Politik einsetzt.^[11] Weitere Mitglieder sind führende Repräsentanten der folgenden Organisationen:

- [Acton Institute](#)
- [Reason Foundation](#)

- [American Enterprise Institute](#)
- [Wall Street Journal](#)
- [Adam Smith Institute](#)
- [CIVITAS](#)
- [Institute of Economic Affairs](#)
- [Atlas Network](#) (frühere Bezeichnung: Atlas Economic Research Foundation)

Organisationsstruktur und Personal

Die MPS ist eine lose assoziierte Vereinigung von einflussreichen Personen ähnlicher ideologischer Ausrichtung, in der sämtliche Ämter ehrenamtlich ausgeführt werden. Sie verfügt über keine eigenen Büros oder Angestellte. Ihre Tätigkeit beschränkt sich auf die Veranstaltung von Seminaren und Kolloquien. Die Kontaktadresse lautet: The Mont Pelerin Society, c/o Probasco Distinguished Chair of Free Enterprise, The University of Tennessee at Chattanooga, 313 Fletcher Hall, Dept. 6106, 615 McCallie Avenue, Chattanooga.

Für eine Mitgliedschaft müssen die folgenden Bedingungen erfüllt sein: Empfehlung durch zwei Mitglieder, Abgabe eines Lebenslaufs, Erläuterung der Gründe für eine Mitgliedschaft, Teilnahme an mindestens einer Veranstaltung der Gesellschaft.^[12] Die Entscheidung über die Mitgliedschaft trifft der Vorstand („Board of Directors“).

Board of Directors

Das Leitungsgremium ist der "Board of Directors", der sich im Zeitraum 2018- 2020 wie folgt zusammensetzt:^[13]

- Präsident: John B. Taylor, ehemaliger Staatssekretär für auswärtiges im US-Finanzministerium, Stanford Professor und Senior Fellow des markliberalen Think-tanks Hoover Institution^[14]
- Vizepräsident: Peter J. Boettke, USA, Professor für Volkswirtschaft und Philosophie an der George Mason University und Direktor des F.A. Hayek Program for Advanced Study
- Generalsekretär: Eamonn Butler, Großbritannien
- Schatzmeister: J.R. Clark, USA
- Direktoren: Jeff Bennett, Nicolas Cachanosky, Gabriel Calzada, Inchul Kim, Dominique Lazanski, Benjamin Powell, Ruth Richardson und Pedro Schwartz Giron

Frühere Präsidenten

Die früheren Präsidenten sind [hier](#) abrufbar. Zu ihnen gehören die Deutschen Friedrich Lutz (1964-67), Günter Schmolders (1968-70), Herbert Giersch (1986-88) und Christian Watrin (2000-02)

Mitglieder

Die von Wikipedia erfassten Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein großer Teil der dort genannten Mitglieder - einige sogar seit Jahrzehnten - verstorben sind.

Finanzierung

Der Jahresbeitrag für aktive Mitglieder beträgt 100 \$.^[15] Die Gesellschaft wird außerdem von Stiftungen, Unternehmen und Personen finanziell unterstützt. Zu den Stiftungen gehören bzw. gehörten u.a.^[2]: William Volker Fund (bis 1965 aktiv), Reim Foundation, Earhart Foundation, Lilly Endowment, Roe Foundation, John M Olin Foundation, Scaife Family Charitable Trust, Pierre and Edith Goodrich Foundation und Garvey Foundation.

Einzelnachweise

- ↑ About the Montpelerin Society , Montpelerin.org, aufgerufen am 29.04.2020.
- ↑ ^{2,02,12,22,3} A SHORT HISTORY OF THE MONT PELERIN SOCIETY, montpelerin.org, abgerufen am 26.04.2020
- ↑ Bernhard Walpen: Mont Pèlerin Society, in: ABC zum Neoliberalismus, Hrsg. H.-J. Urban, Hamburg 2006, S. 159
- ↑ Walpen, Mont Pelerin Society, S. 159
- ↑ MONT PELERIN SOCIETY DIRECTORY -2010, Webseite abgerufen am 26.04. 2020
- ↑ Profil unter Experts bei Institute for New Economic Thinkings, abgerufen am 26.04.2020
- ↑ About me, Homepage, abgerufen am 26.04.2020
- ↑ Homepage, abgerufen am 26.04.2020
- ↑ Our People, Webseite Atlas Network, abgerufen am 26.04.2020
- ↑ Graham Readfearn Exclusive: Mont Pelerin Society Revealed As Home To Leading Pushers of Climate Change Denial, DeSmogBlog vom 14. Januar 2014, abgerufen am 26.04.2020
- ↑ Kapitalismus in der Krise Erinnerungen an alten Glanz, Süddeutsche Zeitung vom 24. November 2008, abgerufen am 26.04.2020
- ↑ Frequently Asked Questions, montpelerin.org, abgerufen am 26.04.2020
- ↑ "Board of Directors," Montpelerin.org, aufgerufen am 02.05.2020
- ↑ Hoover institution, Biography of John B. Taylor, hoover.org, aufgerufen am 26.04.2020
- ↑ Frequently Asked Questions, montpelerin.org, abgerufen am 26.04.2020

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft

Die **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)** ist eine markliberale Lobby-Organisation, die von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, finanziert wird.

Das operative Geschäft wird von der INSM GmbH betrieben, deren Muttergesellschaft die [Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH](#) ist.^[1]

Die INSM verfügt nach eigenen Angaben seit mehreren Jahren über einen Jahresetat von sieben Millionen Euro, die von Gesamtmetall zur Verfügung gestellt werden.^[2] Die

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)



Rechtsform	GmbH
Tätigkeitsbereich	Propagierung markliberaler Reformen
Gründungsdatum	2000
Hauptsitz	Georgenstraße 22, 10117 Berlin

Gesamtzahlungen summierten sich seit 2000 auf rund 100 Mio. Euro.^[3] Der Kuratoriumsvorsitzende der INSM, Stefan Wolf (CDU-Mitglied), ist Präsident von [Gesamtmetall](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlinger AG^[4] und Vorstandsmitglied des [Verbandes der Automobilindustrie](#) (VDA).

Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Lobbybüro

Lobbybüro EU

Webadresse insm.de

Die INSM platziert ihre politischen Botschaften bei Entscheidungsträger:innen und in der Bevölkerung und will u.a. erreichen, dass der Arbeitsmarkt, Sozial- und Tarifpolitik und das Bildungswesen stärker an den Bedürfnissen von Unternehmen und am Wettbewerb ausgerichtet werden. Das beinhaltet auch die Abschwächung von klimapolitischen Regulierungen. Die INSM greift seit einigen Jahren mit hohem finanziellen Aufwand über entsprechende Kampagnen in den Wahlkampf zugunsten wirtschaftsnaher Parteien ein und verändert dadurch die Erfolgchancen der Parteien im Wettbewerb um Wählerstimmen. So arbeitet bei der Agentur Commarco Communications ein maßgeschneidertes Team exklusiv für die INSM, das projektbezogen von Spezialisten aus der Commarco-Gruppe unterstützt wird.^[5]

Die polemischen Kampagnen der INSM werden auch in der wirtschaftsnahen Presselandschaft zum Teil kritisch gesehen. So heißt es 2021 in der "Wirtschaftswoche": "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß".^[6]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Entstehungsgeschichte	34
2 Eingeschaltete Agenturen	34
3 Ziele	35
4 Organisationsstruktur und Personal	36
4.1 Geschäftsführer	36
4.2 Prokurist	36
4.3 Kommunikationschef	36
4.4 Public Affairs	37
4.5 Lobbyist:innen	37
4.6 Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen	37
4.7 Beirat	37
4.8 Kuratorium	37
4.9 Botschafter	37
4.10 Wissenschaftliche Beratung	41
4.11 ÖkonomenBlog	41
4.12 Förderverein	41
5 Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit	42
5.1 Kampagnen	42
5.2 Aktivitäten zu Bundestagswahlen	43

5.3 Studien	44
5.4 Reformbarometer/Rankings/Monitore	44
5.5 Veranstaltungen	44
5.6 Fernsehen und Hörfunk	44
5.7 Medienkooperationen	45
5.8 Unterrichtsmaterialien und Bildung	45
5.9 Weitere mediale Mittel	45
6 Kritik an der INSM	45
6.1 Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz	45
6.2 Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin	46
6.3 Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz	46
6.4 Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD	47
6.5 Verhältnis zu den Medien	47
6.6 Eigene Außendarstellung der INSM	48
6.7 Schleichwerbung	48
6.8 Einschüchterung von Medien	49
6.9 Einwirkung auf Suchmaschinen	49
6.10 Falsche Darstellung von TTIP-Studien	49
6.11 Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"	49
7 Zitate	49
8 Weiterführende Informationen	50
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	50
10 Einzelnachweise	50

Entstehungsgeschichte

Die Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektroindustrie ([Gesamtmetall](#)), zu der auch die Automobilindustrie gehört, gründeten im Dezember 1999 die berolino.pr GmbH. Sie wurde mit dem Aufbau und der Leitung einer Reforminitiative betraut.^[7] Seit Herbst 2000 betreibt die GmbH ihre Kampagne unter der Bezeichnung „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH“ (INSM). Alleingesellschafterin von berolino.pr /INSM ist das Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, in der die publizistischen und PR-Aktivitäten des [Institut der deutschen Wirtschaft](#) gebündelt sind.^[8] 2007 firmiert die berolino.pr GmbH in INSM Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft GmbH um. 2010 wird der Sitz der Initiative von Köln nach Berlin verlegt.

Eingeschaltete Agenturen

Mit der Konzeptgestaltung wurde bis 2010 die Agentur für Kommunikation [Scholz & Friends](#) betraut, die seit 2011 zur [WPP Group](#) gehört. Scholz & Friends hat nach Analysen des Politikwissenschaftlers Rudolph Speth die INSM „erfunden“.^[9] Insgesamt arbeiteten bei Scholz & Friends an dem Projekt laut Speth rund 40 Personen unter Beteiligung der Disziplinen PR, Werbung, Internet und TV. Von 2010 bis 2015 wurde die INSM von der Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) betreut. Seit Januar 2015 ist [Blumerry](#) für Werbung und PR zuständig.^[10] Blumerry ist ein Tochterunternehmen der Holding [Commarco](#), die wiederum zur [WPP Group](#) gehört. Im August 2018 wechselte die Zuständigkeit für INSM innerhalb von Commarco zur [Commarco](#)

Campus Communications GmbH. Für PR und Werbung der INSM ist nun exklusiv ein eigenes Team zuständig. Erklärtes Ziel ist es, "auch unter den Vorzeichen einer immer dynamischeren Meinungsbildung im politischen Raum die volle Kommunikationswirkkraft über alle Disziplinen hinweg zu entfalten."^[11] ADVERB - Agentur für Verbandskommunikation unterstützt die INSM bei der digitalen Lobbyarbeit.^[12] Gemeinsam mit der INSM erarbeitet ADVERB eine Kanalstrategie für den Kurznachrichtendienst Twitter, um die Botschaften der INSM bei politischen und medialen Akteuren zu platzieren.

Ziele

Nach klassischem Verständnis ist die Soziale Marktwirtschaft eine ordnungspolitische Konzeption, die das Wettbewerbssystem mit der Idee der sozialen Gerechtigkeit und der sozialen Sicherheit verbindet. Nach ordoliberalen Vorstellungen ist eine Wettbewerbsordnung im Prinzip zwar bereits an sich sozial, doch ist sie dort zu begrenzen, wo sie sozial unerwünschte Ergebnisse zeitigt.^[13] Was als „sozial wirksam“ zu begründen ist und noch als ordnungskonform gelten kann, ist im Prinzip zu rechtfertigen.^[14] Der Markt wird hier nicht als unfehlbarer Automatismus verstanden, sondern als eine Regel mit Ausnahmen. Versagt der Markt ausnahmsweise, sollte der Staat eingreifen, um den „Wohlstand für alle“ zu sichern. Diese Ausnahme wurde dann in der Praxis der „Sozialen Marktwirtschaft“ recht großzügig ausgelegt. So soll der Staat dafür sorgen, dass durch Umverteilung und Korrektur der am Markt entstandenen Einkommen eine als gerecht empfundene Einkommens- und Vermögensverteilung sowie weitgehende Chancengleichheit und soziale Sicherheit breiter Schichten hergestellt wird.^[15] Hierzu gehören z. B. ein die eigenverantwortliche Daseinsfürsorge ergänzendes System der sozialen Sicherung, eine breite Streuung des Eigentums, Mitbestimmung sowie die Herstellung von Chancengleichheit im Bildungswesen. Nach Müller-Armack, der als Staatssekretär von Ludwig Erhard den Begriff "Soziale Marktwirtschaft" geprägt hat, sind dieser sogar „Minimallöhne“ (= Mindestlöhne) zugehörig.^[16]

Das Neue an der Neuen Sozialen Marktwirtschaft, die die INSM propagiert, besteht darin, dass die sozialen Bestandteile weitgehend eliminiert werden, da sie den Interessen der Arbeitgeber widersprechen. Der Staat soll sich aus dem wirtschaftlichen und sozialen Geschehen zurückziehen, d. h. auf soziale Korrekturen und Sicherungsmaßnahmen verzichten, auch wenn die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinanderklafft. Umschrieben wird dieser Grundgedanke auf der Website der INSM („Was will die INSM konkret“) als „konsequente und konsistente wettbewerbliche Ausrichtung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung“, „Beschränkung des Staates auf seine Kernkompetenzen“ sowie „Stärkung des Prinzips 'Hilfe durch Selbsthilfe'“. In ihren Kampagnen, Auftragsstudien und Unterrichtsmaterialien werden Privatisierungen, Deregulierungen, Steuersenkungen, der Abbau von Subventionen, eine Senkung der Arbeitskosten, die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (Abbau des Kündigungsschutzes, flexible Arbeitszeiten), mehr Eigenvorsorge im Gesundheitssystem und die kontinuierliche Erhöhung des Renteneintrittsalters gefordert. Mindestlöhne und die Finanztransaktionssteuer werden abgelehnt. Rechte der Arbeitnehmer:innen stellt die INSM ausschließlich als Hemmnis für die wirtschaftliche Entwicklung und die Schaffung von Arbeitsplätzen dar. Die gesetzliche Renten- und Pflegeversicherung wird problematisiert und stattdessen die Einführung von kapitalgedeckten Versicherungen gefordert, deren Probleme (hohe Verwaltungskosten, Risiken aufgrund von Finanzmarktkrisen, Unerschwinglichkeit für Niedrigverdiener) unerwähnt bleiben. Aus Sicht der Arbeitgeber:innen haben private kapitalgedeckte Versicherungen den Vorteil, dass sie allein durch die Arbeitnehmer:innen bezahlt werden, gesetzliche Versicherungen aber werden von den Arbeitgeber:innen mitfinanziert. In der Bildungspolitik wird mehr Wettbewerb und Effizienz gefordert, wozu Studiengebühren sowie die Auswahl der Studierenden durch die Hochschulen beitragen sollen.

Nach Recherchen des Journalisten Thomas Fricke kämpft die INSM seit Jahren

- gegen Vermögensteuern
- gegen höhere Erbschaftsteuern
- stattdessen für sinkende Steuern für Reiche und Unternehmen
- gegen den Mindestlohn
- gegen ein Aus für Verbrenner-Motoren
- gegen Hindernisse, die Leute auf Zeit oder mit Werkverträgen zu beschäftigen
- gegen das Lieferkettengesetz
- gegen Geld-Transfers für andere EU-Länder
- gegen Umverteilung (nach unten)
- gegen Rettungsschirme der Europäischen Zentralbank in Krisenzeiten
- und gegen gemeinschaftliche Finanzierung großer Projekte und Reformen in der EU.

Quelle: ^[17]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführer

- Thorsten Alsleben, zuvor Hauptgeschäftsführer der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) der CDU. Laut „Tagesspiegel“ soll er selbst dem Vorsitzenden Friedrich Merz zu reaktionär sein.^[18] Alsleben selbst bezeichnet sich auf Twitter als "Christlich.ordoliberal. Konservativer Modernisierer".^[19]

Ehemalige Geschäftsführer^[20]:

- Hubertus Pellengahr, ehem. Geschäftsführer des [Hauptverbandes des Deutschen Einzelhandels](#) (HDE)
- [Tasso Enzweiler](#), ehem. Chefreporter bei der "Financial Times Deutschland", wechselte nach seinem Ausscheiden bei der INSM als Managing Director zur PR-Agentur [Hering Schuppener](#), wurde danach Geschäftsführer bei [Ketchum Pleon](#) Deutschland und gründete 2013 die Managementberatung [Enzweiler & Partner](#)
- Dieter Rath, leitete zuvor die PR-Abteilung beim [BDI](#)
- Max Alexander Höfer, früherer Journalist bei Capital

Prokurist

Michael Burbach (Stand: 02/2023)^[21] ist gleichzeitig Prokurist des Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH^[22]

Kommunikationschef

Carl-Victor Wachs, Leiter Kommunikation und Presse, zuvor: Politikredakteur bei der "Bild"-Zeitung^[23]

Public Affairs

Cheflobbyist ist Stephan Einenckel, zuvor: Referent für Wirtschaftspolitik und politische Kontakte bei [Die Familienunternehmer - ASU](#)

Lobbyist:innen

Im deutschen Lobbyregister gibt die INSM an, (Stand: 09.08.2022) 1- 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[24] Die folgenden weiteren Lobbyisten werden namentlich genannt: Jörg Sautner, Florian Hennet, Johannes Eber

Referent für Volkswirtschaft und Grundsatzfragen

Philipp Despot, zuvor: wissenschaftlicher Mitarbeiter beim CDU-Bundestagsabgeordneten Tilman Kuban, Pressesprecher der Jungen Union, Kampagnenreferent bei der CDU

Beirat

Gesteuert und kontrolliert wird die INSM durch den Beirat, in dem sich neben Vertretern von Gesamtmetall auch Vertreter der anderen Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft finden.^[25] Hinzu kommen Experten für Demoskopie, die über Meinungs- und Stimmungstrends informieren.

- Vorsitzender ist Stefan Wolf
 - auch Kuratoriumsmitglied der INSM
 - Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#)

Kuratorium

Vorsitzender des Kuratoriums ist Stefan Wolf, Präsident des Arbeitgeberverbandes [Gesamtmetall](#), Vorstandsvorsitzender des Autozulieferers ElringKlingerAG, Vorstandsmitglied des [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA), Vizepräsident der [Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände](#) (VDA), Vorsitzender des Beirats der INSM

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[26]

Botschafter

Die Botschafter unterstützen die INSM dabei, in der Öffentlichkeit Meinungen zu platzieren und Meinungen zu verändern. Sie geben Interviews, schreiben Gastbeiträge und treten in Talkshows auf, meist ohne darauf hinzuweisen, dass ihre Äußerungen vorher mit der INSM koordiniert wurden.^[27] Stattdessen werden sie beispielsweise als "Experten für Steuerrecht" vorgestellt oder einfach mit ihrer beruflichen Funktion.

Nam

e

Rola

nd Unternehmensberater, Chairman der RiverRock European Capital Partners LLP, Mitbegründer des [Kon Berg vent für Deutschland](#)
er

- Chri
stop
h
Bur
man
n
Dom
iniqu
e
Döttl
ing
Flori
an
Gers
ter
Mart
in
Kan
negi
eßer
Otm
ar
Issin
g
Osw
ald
Metz
ger
Aren
d
Oetk
er
Walt
her
Otre
mba
Karl-
Hein
z
Paqu
é
Bern
d
Raff
elhü
- Inhaber des Stiftungslehrstuhls für innovatives Markenmanagement am Fachbereich
Wirtschaftswissenschaft der Universität Bremen (der Lehrstuhl wurde von
Markenartikelunternehmen wie Kraftfoods Deutschland und der Brauerei Beck & Co. gespendet)
- Chief People Officer bei Ibeo Automotive Systems GmbH, bis 2021 Geschäftsführende
Gesellschafterin der Döttling & Partner Beratungsgesellschaft
- Unternehmensberater, frühere Positionen: Vorsitzender des Bundesverbands Paket und
Expresslogistik, Präsident des Bundesverbands Briefdienste, Präsident der Bundesanstalt für Arbeit
(später umbenannt in Bundesagentur für Arbeit), seit 2020 Mitglied der FDP (ehem. SPD-Politiker)
- Ehrenpräsident des Arbeitgeberverbands [Gesamtmetall](#), Geschäftsführer Herbert Kannegiesser
GmbH, ehem. Vorsitzender des Kuratoriums der INSM
- Ehrenvorsitzender des [Center for Financial Studies](#), Mitglied des Kuratoriums und Preisträger der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#), ehem. Chefvolkswirt der [Europäischen Zentralbank](#) (EZB)
- Redakteur bei Tichys Einblick, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats der
[Die Familienunternehmer - ASU](#)
- Geschäftsführender Gesellschafter der Dr. Arend Oetker Holding, Vizepräsident des [Bundesverband
der Deutschen Industrie](#) (BDI), Präsidiumsmitglied des [Bundesvereinigung der Deutschen
Arbeitgeberverbände](#) (BDA), Präsident der [Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik](#), Mitglied der
CDU, unterzeichnete den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby zur Laufzeitverlängerung
deutscher Kernkraftwerke
- Ehem. Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien, unter anderem im
Bundeswirtschaftsministerium, Vorsitzender [Bundesverband Briefdienste](#)
- Inhaber des Lehrstuhls für internationale Wirtschaft der Uni Magdeburg, Vorstandsvorsitzender der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), Mitglied des Beirats der
Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#), ehem. Finanzminister von Sachsen-Anhalt
- Professor für Finanzwissenschaften an der Uni Freiburg, Direktor des [Forschungszentrum
Generationenverträge](#) (FZG), Mitglied des Aufsichtsrats der Union Investment Privatfonds GmbH,
Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (ehem. Vorsitzender der

[sche](#) Kommission Alterssicherung^[28]), Mitglied des Vorstands der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

[n](#)

Arnd

[t](#) Unternehmensberater, Gründer und Managing Partner von Rautenberg & Company Raut (Beratungsunternehmen für Finanzinvestoren), ehemaliger Strategiechef [Deutsche Telekom](#), Mitglied enbe des [Wirtschaftsforums der FDP](#)

[rg](#)

[Ran](#)

[dolf](#)

[Rod](#)

[enst](#)

[ock](#)

Krist

[ina](#) Publizistin und Kolumnistin bei der Tageszeitung "Die Welt", ehem. Bundesfamilienministerin (CDU), Schr Stellv. Leiterin der Denkfabrik [REPUBLIK21 e.V.](#)

[öder](#)

[Nikol](#)

[aus](#) Vorsitzender des Kuratoriums der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Ehrenmitglied des [Wirtschaftsrates der Sch](#) [CDU](#) und ehem. Vorstandsvorsitzender der [Altana](#) AG sowie ehem. Vorsitzender der [Altana weic](#) [Kulturstiftung](#) gGmbH und der [Herbert Quandt-Stiftung](#)

[kart](#)

[Jürg](#)

[en](#)

[Star](#)

[k](#)

Erwi

[n](#) Ehem. Vorsitzender der Geschäftsführung der IBM Deutschland, Initiator der [Initiative D21](#), Mitglied Stau des Aufsichtsrats der USU Software AG, Mitglied der SPD

[dt](#)

[Tho](#)

[mas](#) bis 8/2014 Direktor des [Hamburgisches WeltWirtschaftsinstitut \(HWWI\)](#), Mitglied des [Stra](#) Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-ubha](#) [Naumann-Stiftung](#), Mitglied des Beirats des [Institut für Unternehmerische Freiheit](#)

[ar](#)

(Stand: Oktober 2023) Quelle: ^[29]

Ehemalige Kuratoren und Botschafter

[Na](#)

[me](#)

[Arn](#) Jurist, Publizist und Historiker, unterstützt Stiftungen wie die FDP-nahe [Friedric](#) [ulf](#) [h-Naumann-Stiftung](#) sowie die [Konrad-Adenauer-Stiftung](#) und ist Mitglied des [Bari](#) Kuratoriums der Stiftung [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie](#)

[ng](#) [Gesellschaft](#)

[Mar](#)

[ie-](#)

Luis (siehe Förderverein)

e

Döt

t

Joh Staatssekretär a.D., Direktor des [Institut für Wirtschaftspolitik](#) an der Uni Köln,
ann Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des [Wirtschaftsrat der CDU](#), bis Ende am 3. März 2013
Eek 2010 Sprecher des "Kronberger Kreises" der [Stiftung Marktwirtschaft](#), Mitglied verstorben
hoff der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)

Mic

hae

I CSU-Politiker, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie 2005-2009

Glo

s

Pau ehem. Richter am Bundesverfassungsgericht, Preisträger der [Friedrich August](#)
I [von Hayek Stiftung](#), Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), setzt sich für eine
Kirc Steuerreform ein, die "vor allem Manager...sowie die Verwalter und Erben
hho großer Vermögen" entlastet^[30]
f

Ebe

rhar Präsident des Verwaltungsrates der Eberhard von Körber AG, Zürich,
d ehemaliger Co-Präsident des Club of Rome, ehemaliger Vorstandschef und
von Aufsichtsratsvorsitzender von [ABB](#), 1990-1998 Mitglied des Beraterkreises der
Kör Bundesregierung (Kanzlerrunde) unter Bundeskanzler [Helmut Kohl](#)
ber

ehem. Direktor des Instituts für Finanzwissenschaft der Uni Mainz, ehem.
Rolf Mitglied des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der](#)
Peff [gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) (SVR), Mitglied des [Wissenschaftlicher](#)
eko [Beirat beim Bundesministerium der Finanzen](#), des Wissenschaftlichen Beirats
ven der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) und des Beirats der [D](#)
[Z BANK AG](#)

Chri

stin

e

Sch

eel

ehem. Politikerin der Grünen, Mitglied des Expertenrates der [CNC](#)
[Communications & Network Consulting](#))

trat im Dezember
2004 aus der INSM aus
^[31], beteiligte sich
aber auch danach
noch an deren
Kampagnen^[32]

Lot CDU, ehem. BaWü-Ministerpräsident, ehem. Geschäftsführer der [Jenoptik](#),
har ehem. Deutschland-Chef und später Senior Advisor bei der Investmentbank [Me](#) am 18. März 2016
Spä [rrill Lynch](#), ehem. Vorsitzender des Aufsichtsrats der [Herrenknecht AG](#), beriet verstorben
th zuletzt vor allem mittelständische Unternehmen.^[33]

Ed

mu

nd

Stoi

ber

ehrenamtlicher Leiter einer EU-Arbeitsgruppe zum Bürokratieabbau, CSU, Ex-
Bayern-Ministerpräsident, CSU-Vorsitzender 1999-2007

verließ die INSM nach
deren Kritik an den
Agrarsubventionen

Hans Tietmeyer ehem. Präsident der Deutschen Bundesbank, Mitglied der Kuratoriums der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Friedrich August von Hayek Stiftung, der Stiftung Tietme Erhard-Stiftung). Bis Juli 2013 war Tietmeyer Kuratoriumsvorsitzender der INSM.^[34]

am 27. Dezember
2016 verstorben

Wissenschaftliche Beratung

Als wissenschaftlicher Berater fungiert das Institut der deutschen Wirtschaft, das als Muttergesellschaft der INSM wirtschaftspolitische Analysen und Konzepte aus der Sicht der Wirtschaft erarbeitet. Zwischen der INSM und dem Institut der deutschen Wirtschaft gibt es auch eine Vielzahl personeller Verflechtungen. In Medienfragen arbeitet die INSM mit diversen Meinungsforschungsinstituten - wie dem Institut für Demoskopie Allensbach^[35] - zusammen.

ÖkonomenBlog

Der ÖkonomenBlog ist ein Projekt der INSM. Die Autor:innen sind hier abrufbar. Zu ihnen gehören der Geschäftsführer der INSM, die INSM Redaktion, der Leiter des Institut der deutschen Wirtschaft, Botschafter der INSM sowie wirtschaftsfreundliche Wissenschaftler:innen (Professor:innen und Mitarbeitende von Instituten).

Förderverein

Der im Juni 2005 gegründete Förderverein Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (FINSM) e.V. ist am 22. Februar 2016 aufgelöst worden.^[36] Liquidator war Oswald Metzger (seit 2012 Vereinsvorstand).

Zu den Gründungsmitgliedern gehörten:

- Hans Tietmeyer (Vorstand bis 2014) war bis 2012 auch Vorsitzender des Kuratoriums, danach wurde er Botschafter (vgl. dortige Erläuterungen)
- Florian Gerster (ab 2009 Vorstand), SPD, Unternehmensberater und Lobbyist, Mitglied des Wirtschafts- und Zukunftsrats für Hessen, bis 2012 Präsident des Bundesverband Briefdienste, ehem. Vorsitzender der Bundesanstalt für Arbeit - heutige Bezeichnung Bundesagentur für Arbeit (wegen eines umstrittenen Auftrags an die Lobby- und PR-Agentur WMP Eurocom entlassen)
- Johanna Hey, Direktorin des Institut Finanzen und Steuern und des Instituts für Steuerrecht an der Uni Köln, ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen, Mitglied des Zentralen Beirats der Commerzbank, Mitglied der Lenkungsgruppe der "Kommission Steuergesetzbuch" der Stiftung Marktwirtschaft und Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Wirtschaftsrats der CDU. Sie hält die "Reichensteuer" für "verfassungsrechtlich hoch problematisch"^[37]
- Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, davor Präsident der Freien Universität Berlin, parteilos, gilt als CDU- und wirtschaftsnah^[38], Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Roman Herzog Institut, Vorsitzender des Aktionsrats Bildung der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw)
- Friedrich Merz, Jurist, Lobbyist, Aufsichts- und Beiratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, Mitarbeiter der Kanzlei Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP, ehemaliger Politiker und CDU-Finanzexperte, Präsidiumsmitglied des Wirtschaftsrats der CDU, Mitglied des Politischen Beirats der „Kommission Steuergesetzbuch“ der Stiftung Marktwirtschaft, Mitglied der Ludwig-Erhard-Stiftung
- Ulrike Nasse-Meyfarth, Olympiasiegerin im Hochsprung

- Dieter Rickert (Vorstand) "Head Hunter", wollte 2002 bis 2004 eine eigene Stiftung "Klarheit in der Politik" gründen, die 100 Millionen sammeln sollte, um für markliberale Reformen zu werben
- Hergard Rohwedder, Rechtsanwältin und Mitbegründerin der FDP-nahen Stiftung [Liberales Netzwerk](#)
- Max Schön, Mitglied des Aufsichtsrats der Max Schön AG und der British American Tobacco Germany (BAT), Präsident des Club of Rome Deutschland und Mitglied im Kuratorium der BAT-"Stiftung für Zukunftsfragen", von 2001 bis 2005 Präsident der Arbeitsgemeinschaft mittelständischer Unternehmen
- [Carl-Ludwig Thiele](#), Rechtsanwalt, FDP-Politiker, Mitglied des Vorstandes der [Deutschen Bundesbank](#), Kuratoriumsmitglied des [Institut Finanzen und Steuern](#), bis 30. April 2010 Mitglied des Aufsichtsrats der Signal Krankenversicherung a.G.

Quelle: ^[39]

Weitere Mitglieder waren:

- [Michael Hoffmann-Becking](#), Lehrbeauftragter für Aktien- und Konzernrecht an der Uni Bonn, Partner der Societät [Hengeler Mueller](#), Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#) und Gesellschafter der [FAZIT-STIFTUNG](#)
- [Marie-Luise Dött](#), umweltpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Bundesvorsitzende [Bund Katholischer Unternehmer](#), Mitglied der [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#)

Lobbystrategie Öffentlichkeitsarbeit

Bei der Öffentlichkeitsarbeit bedient sich die INSM einer Vielzahl von Medien, die aufeinander abgestimmt genutzt werden, um ihre Botschaften zu transportieren.

Bei wichtigen Kampagnen werden [PR-Agenturen](#) eingeschaltet - so im August 2012 die Agentur [Serviceplan Public Opinion](#) bei der "Energiewende-Kampagne" und zuvor beim "Projekt Vollbeschäftigung" und der "Mehrwertsteuerkampagne".

Eine weitere Rolle kommt den Reformbarometern/Rankings/Monitors, den Medienkooperationen und den Unterrichtsmaterialien für Schulen zu.

Kampagnen

Die INSM hat die folgenden Kampagnen organisiert^[40]:

- 12 Fakten zur Klimapolitik
- Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft
- Kampagne: Nachhaltige Rente
- Steuern senken - jetzt
- Gerecht durch Marktwirtschaft
- Rente muss gerecht bleiben
- Große Aufgaben
- Das Deutschland Prinzip
- Werkverträge und Zeitarbeit
- Chancen für alle
- Mindestlohn
- Generationengerechtigkeit
- Chance2020

- Gerechtigkeit
- Energiewende
- Wachstum
- Projekt Vollbeschäftigung
- Besser Sparen
- 16 Prozent auf alles

(Stand: August 2019)

Die INSM trat mit der Kampagne „Sozial ist, ...“ 2000 erstmals in der Öffentlichkeit auf. Seitdem verwendet sie den Slogan „Sozial ist, was Arbeit schafft“ immer wieder.^[41] Er wurde in den folgenden Jahren von CSU, CDU und, in leicht abgeänderter Form, FDP in deren jeweiligen Wahlprogrammen aufgegriffen.^[42] Der Satz „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ stammt von Alfred Hugenberg (1865–1951), dem Wirtschafts-, Landwirtschafts- und Ernährungsminister in Hitlers erstem Kabinett.^[43]

Klimapolitik

Die Kampagne 12 Fakten zur Klimapolitik^[44] richtet sich gegen die CO2-Steuer und zielt auf eine langsamere Energiewende ab, die vorallem der Industrie fossiler Energieträger zugute käme. Im Zuge mehrerer Kampagnen bezog die INSM bereits seit Jahren Stellung gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz und die Förderung von Ökostrom.^[45]

Mindestlohn

Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft und deren Tochtergesellschaft INSM vom Februar 2021 kommt zu dem Ergebnis, „ein politischer Mindestlohn“ beschneide die Tarifautonomie und sei abzulehnen^[46]. In Unterrichtsmaterialien, die die INSM bereitstellt finden sich wissenschaftlich umstrittene Aussagen wie: „In der Realität hat der Mindestlohn nur eine Folge: dass noch mehr Menschen arbeitslos werden“.^[47] 2013 schickte die INSM Bundestagsabgeordneten und weiteren Menschen im politischen Bereich Voodoo-Puppen, die laut INSM „für den Wähler an sich“ stehen sollten. Mit in dem Paket befanden sich beschriftete Nadeln mit Themenfeldern, die der INSM zufolge „schmerzhafte Auswirkungen“ auf Entscheidungen der Wähler:innen hätten: Frauenquote, Erbschaftsteuer, Vermögensteuer, Energiesubventionen, Zuschussrente und Mindestlohn.^[48]

Rente

In unterschiedlichen Kampagnen wird das Thema Rente seit Anfang der 2000er von der INSM immerwieder aufgegriffen. Es wird eine Kürzung der gesetzlichen Rente gefordert und eine private Altersvorsorge für Bürger:innen nahegelegt. Auch wird die Senkung der Lohnnebenkosten gefordert; der durch Arbeitgeber:innen entrichtete Teil der Rentenbeiträge soll gesenkt werden, damit Unternehmen, so die Argumentation, wettbewerbsfähig blieben. Die INSM beauftragte verschiedene Studien beim Institut für Demoskopie Allensbach, mit dem sie regelmäßig zusammenarbeitet. Auch treten Wissenschaftler:innen, die als Autor:innen für die INSM tätig sind, medial als neutrale Expert:innen auf, wie in einer Dokumentation zum Rentensystem, die im Juni 2021 im ZDF ausgestrahlt wurde, was zu einseitigen Lösungsvorschlägen führt.^[49]

Aktivitäten zu Bundestagswahlen

Die INSM wird regelmäßig anlässlich der Bundestagswahlen aktiv. Im Wahljahr 2021 organisierte die INSM gemeinsam mit der Tageszeitung „Die Welt“ verschiedene Veranstaltungen, die sich laut Christian Stöcker nur als „Wahlkampf-Events für die Union“ deuten lassen.^[50]

Anlässlich der vergangenen Wahl veranstaltete die INSM in Partnerschaft mit der Tageszeitung „Die Welt“ die Veranstaltungsreihe „Wahlarena 2017“^[51] In Zusammenarbeit mit der "Wirtschaftswoche" hat sie zum Hauptthema des Bundeswahlkampfs 2013 "Wie gerecht ist Deutschland?" ein Sonderheft herausgegeben.^[52]

Studien

Die INSM stellt der Presse regelmäßig Studien vor, die zumeist von [Institut der deutschen Wirtschaft](#) (IW) und sonstigen Wirtschaftsforschungsinstituten sowie Meinungsforschungsinstituten erstellt werden. Studien der INSM haben nachwievor eine hohe Aufmerksamkeit in der deutschen Medienlandschaft. Die Studien der INSM sind [hier](#) abrufbar.

Reformbarometer/Rankings/Monitore

In die Bewertungen fließen die Interessen der Arbeitgeber:innen an mehr „Eigenverantwortung“, Abbau sozialer Leistungen, Rückzug des Staates und weniger Mitbestimmung ein. Dagegen werden Arbeits-, Verbraucher- und Umweltschutz sowie soziale Absicherung der Beschäftigten nicht berücksichtigt oder als Überregulierung negativ bewertet.

Städteranking Das Städteranking wird von der [Institut der deutschen Wirtschaft](#) Consult GmbH im Auftrag der [Wirtschaftswoche](#) und Immobilienscout 24 erstellt (früherer Auftraggeber war auch die INSM)

Bildungsmonitor In einem jährlichen Bildungsmonitor, der vom [Institut der deutschen Wirtschaft](#) im Auftrag der INSM erstellt wird, werden die Bildungssysteme der Bundesländer bewertet.

Dabei wird explizit eine ökonomische Perspektive vertreten. In Medienberichten darüber ist dann jedoch allgemein von guten oder schlechten Bildungssystemen die Rede.^[53]

Veranstaltungen

- [Wahldebatte 2021](#), zuvor [Wahlarena 2017](#), ist eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung „Die Welt“ (Axel Springer Verlag)
- [WELTZUKUNFTSDEBATTE](#) ist eine weitere Veranstaltungsreihe von "Die Welt" und INSM
- [Webinare](#) u.a. zu Renten- und Sozialpolitik, Mindestlohn, Freihandel
- [Hauptstadtforum](#) war eine Veranstaltungsreihe von INSM und der Tageszeitung "Die Welt" (Axel Springer Verlag)

Fernsehen und Hörfunk

Die INSM bietet ihre Botschafter als Interviewpartner:innen sowie Expert:innen für Diskussionsrunden im Fernsehen und Hörfunk an. Sie liefert auch fertige Beiträge für Print- und Fernsehredaktionen. Auf die INSM-Verbindung wird meist nicht hingewiesen.

Medienkooperationen

Kurz nach ihrer Gründung war es der INSM gelungen, eine Vielzahl von Medien in gemeinsame Projekte (Umfragen, Rankings, Publikationen, Veranstaltungen) einzubinden. Aufgrund der öffentlichen Kritik an dieser Zusammenarbeit sind diese Projekte ganz überwiegend eingestellt worden. Eine Ausnahme ist die Tageszeitung „Die Welt“, die in Partnerschaft mit der INSM 2021 Wahldebatten organisierte.^[54] „Die Welt“ und die INSM kooperieren außerdem bei der Veranstaltungsreihe WELTZUKUNFSDEBATTE.^[55]

Unterrichtsmaterialien und Bildung

Die INSM stellt Lehrern fertig benutzbare Materialien zum Thema Wirtschaft für den Schulunterricht zur Verfügung. [Wirtschaft und Schule](#) heißt das Projekt der INSM. Unter dem Vorwand, Schülern einen erfolgreichen Start in das Berufsleben zu ermöglichen, wird Hauptschüler:innen, Realschüler:innen, Gymnasiast:innen und Berufsschüler:innen ein einseitiges, neoliberales Weltbild vermittelt.^{[56][57][58]} Die zentrale Forderung der Unterrichtsmaterialien lautet: weniger staatliche Regulierung – mehr Freiheit des Marktes. Herausgeber des Lehrerportals ist die IW Medien, eine Tochter des [Institut der deutschen Wirtschaft](#), dem Alleingesellschafter der INSM. Bis 2014 war die INSM unmittelbar für das Portal verantwortlich.

Die INSM veröffentlicht jährlich einen sogenannten Bildungsmonitor, in dem Bildungssysteme aus Sicht der Wirtschaft bewertet werden. Der deutsche Lehrerverband lehnt das Ranking ab.^[59]

Die INSM unterstützt **Focus Money** beim Schulprojekt [Wir erklären die Wirtschaft](#)^[60]

Mit einem Promotionskolleg zur Sozialen Marktwirtschaft kooperiert die INSM mit der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung.^[61]

Weitere mediale Mittel

Des weiteren nutzt die INSM Anzeigenkampagnen, Presseinfos, Broschüren, Magazinen, Büchern, Plakataktionen und das INSM-Lexikon.

Kritik an der INSM

Anzeigenkampagne gegen das Lieferkettengesetz

Die INSM schaltete am 8. Juni 2021 eine Reihe von Zeitungsanzeigen gegen das deutsche Lieferkettengesetz. Das Gesetz soll Unternehmen dazu verpflichten, ihren Sorgfaltspflichten in der globalen Produktion nachzukommen. Dazu gehört insbesondere die Einhaltung der Menschenrechte und Umweltstandards. Die Kampagne war in den überregionalen Zeitungen FAZ, Welt und Handelsblatt erschienen. Es hieß darin, das Gesetz führe zu „überbordender Bürokratie“, stelle Unternehmen unter „Generalverdacht“ und zuletzt: „Das geplante Gesetz legt den Handel an die Kette, begrenzt unternehmerische Freiheit und führt nicht zu besseren Arbeits- und Lebensbedingungen vor Ort.“^[62]

Organisationen wie UNICEF forderten hingegen, das Gesetz müsse nachgeschärft werden, damit es überhaupt Wirkung erzeugen könne.^[63] Die Initiative Lieferkettengesetz hatte bereits zuvor kritisiert, dass Wirtschaftsverbände Vorschläge für das Lieferkettengesetz oftmals falsch darstellten und ein Untergangsszenario für die deutsche Exportwirtschaft heraufbeschwören, das „*sachlichen Grundlagen entbehre*“.^[64] Dem Argument, die deutsche Wirtschaft könne sich ein solches Gesetz nicht leisten wurde bereits 2021 von führenden Ökonom:innen wie Prof. Dr. Peter Ulrich, dem Makroökonom Prof. Hans Jörg Herr und der Betriebswirtin Prof. Dr. Elisabeth Fröhlich widersprochen.^[65]

An der Kampagne beteiligten sich die folgenden Verbände: [Arbeitgeberverband Gesamtmetall](#); [Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft](#); [BDA Die Arbeitgeber](#); [Hauptverband der Deutschen Bauindustrie](#); [BAVC – Die Chemie Arbeitgeber](#); [BDE: Bundesverband der Deutschen Entsorgungs-, Wasser- und Rohstoffwirtschaft](#); [BGA Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen](#); [Die Familienunternehmer](#); [BDL – Bundesverband Deutscher Leasing-Unternehmen](#); [Markenverband](#); [Textil + Mode Gesamtverband der deutschen Textil- und Modeindustrie](#); [VDM Verband Deutscher Metallhändler](#); [VDMA Verband deutscher Maschinen und Anlagenbauer](#); [VdR – Verband der deutschen Rauchtobakindustrie](#); [VKE-Kosmetikverband](#); [WSM-Net: Wirtschaftsverband Stahl- und Metallverarbeitung e.V.](#); [Wirtschaftsvereinigung Metalle](#); [ZDB Zentralverband Deutsches Baugewerbe](#); [Zentralverband des Deutschen Bäckerhandwerks](#); [ZVEI Die Elektroindustrie](#)

Anzeigenkampagne gegen Kanzlerkandidatin

In einer Anzeigenkampagne positionierte sich die INSM Mitte Juni 2021 mit einem direkten Angriff auf das Wahlkampfprogramm der Partei die Grünen.^[66] Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock wird in der Anzeige als Moses mit Gesetzestafeln inszeniert, das politische Programm der Grünen wird als drohende "Staatsreligion" betitelt. Die Anzeige erschien ganzseitig in den Printausgaben der „FAZ“, im „Tagesspiegel“, der „Bild“-Zeitung, in der „Süddeutschen Zeitung“ (sowohl im Print wie online) und auf „ZEIT ONLINE“. Die von der INSM angeführten angeblichen "Verbote" wurden im dpa-Faktencheck als „ungenau bis falsch“ klassifiziert.^[67] Kritisiert wurden zudem von verschiedenen Stellen die Anklänge an antisemitische Verschwörungsmythen und die orientalistische Bildsprache.^[68] Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände hat sich von der Kampagne distanziert.^[69] Die INSM wies diese Vorwürfe fünf Tage nach Erscheinen als Form des "Mundtot-Machens" zurück.^{[70][71]} Schon im Januar startete die INSM mit dem Slogan „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“ gegen SPD-Kanzlerkandidat Olaf Scholz in das Wahljahr. Für die Kampagne wurden ein Zitat des Ökonomen Peter Bofinger verwendet. Dieser bezeichnete es als „starkes Stück“, für den lobbyistischen Angriff auf Scholz „missbraucht“ zu werden.^[72]

Anzeigenkampagne gegen Vizekanzler Scholz

Die [Anzeigenkampagne gegen Scholz](#) vom Februar 2021 wird von der Wirtschaftswoche wie folgt beschrieben: "Wenn die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) den politischen Markt betritt, um in den Wettbewerb mit ihren ideologischen Feinden zu treten, bringt sie verlässlich nichts mit von dem, was die Initiatoren der Sozialen Marktwirtschaft im Jahr 1957 im Sinne hatten: weder Ehrlichkeit noch Fairness, schon gar nicht Ritterlichkeit und Maß. Stattdessen in dieser Woche: „Gute Politik geht anders, Herr Scholz!“

– eine oberlehrerhaft-kraftmeiernde [Kampagne gegen den Vizekanzler, Finanzminister und Kanzlerkandidaten der SPD](#), hart an der Grenze zur Desinformation und Denunziation: Scholz „bläht den Haushalt auf“ und „sägt an der Schuldenbremse“, lässt „Unternehmen im Regen stehen“ und verspricht „Hilfsgelder“, die bei den Betroffenen nicht ankommen – gerade so, als hätte das seit Monaten vor sich hin dilettierende Exekutivmanagement der Christdemokratie mit alledem rein gar nichts zu tun: Angela Merkel, Ursula von der Leyen, Jens Spahn und Peter Altmaier“. ^[73]

Bundestagswahlkampf 2017: Verfälschung der Steuerpläne der SPD

Nach einem Bericht von „Spiegel Online“ hat die INSM eine Anzeige in der „Bild“-Zeitung vom 23. Juni 2017 platziert, um Stimmung geben die Steuerpläne der SPD zu machen. ^[74] In dieser Anzeige hieß es: „Lieber Herr Schulz, Reichensteuer schon ab 60.000 Euro: Ist das Ihr Respekt vor Leistung?“ Unterschrieben war die Anzeige mit dem Kürzel: „insm.de“.

Damit erweckt die INSM laut „Spiegel Online“ den Eindruck, dass die Reichensteuer nun auch für viele "Normalbürger:innen" mit 60.000 Jahresbruttoverdienst greifen würde. Davon könne jedoch keine Rede sein. Als Reichensteuer werde gemeinhin ein Aufschlag von drei Prozentpunkten auf den Spitzensteuersatz bezeichnet, der zur Zeit bei 42 Prozent liegt. Die Reichensteuer von 45 % greife ab 256.303 Euro zu versteuerndem Einkommen, was im Jahr 2012 gerade einmal 73.000 Steuerzahler:innen betroffen habe.

Die Anzeige der INSM lege nahe, dass die Reichensteuer schon ab 60.000 Euro erhoben werde, was nicht zutreffe. Tatsächlich soll ab diesem Schwellenwert künftig der bisherige Spitzensteuersatz von 42 Prozent gelten, der bislang schon ab 54.058 Euro fällig gewesen sei. Der Tarifanstieg würde bis zu diesem Punkt also sogar geringer ausfallen. Weiterhin sei zu berücksichtigen, dass Spitzensteuersätze nicht für das gesamte Einkommen, sondern nur für den Teil jenseits der Grenzwerte gelten. So falle beispielsweise ein lediger Alleinverdiener mit 65.000 Euro zu versteuerndem Einkommen heute zwar unter den Spitzensteuersatz, insgesamt betrage die Steuerlast aber nur rund 29 Prozent.

Laut „Spiegel Online“ hat die INSM ihre Behauptung inzwischen relativiert. Es heiße jetzt, die SPD wolle „den Schwellenwert, ab dem mehr als 42 Prozent Steuer zu bezahlen ist, auf ab 60.000 Euro senken“.

Verhältnis zu den Medien

Die ARD-Sendung Monitor vom 13. Oktober 2005 ^[75] kritisiert ein Verschwimmen der Grenzen zwischen Journalismus und Public Relations (PR), das von der INSM bewusst forciert werde. Der Medienwissenschaftler Siegfried Weischenberg stellt in dieser Sendung fest: "Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft ist höchst erfolgreich, weil es ihr gelungen ist, so einen neoliberalen Mainstream in den Medien durchzusetzen. Und das konnte auch leicht gelingen, weil die Medien kostengünstig produzieren müssen. Sie sind sehr darauf angewiesen, dass ihnen zugeliefert wird, hier gibt's eine Lobby, die sehr wohlhabend ist. Das ist natürlich eine sehr, sehr problematische Geschichte, weil die Medien nicht das tun, was sie tun sollen. Die Journalistinnen und Journalisten fallen sozusagen aus der Rolle, weil sie nicht kritisch kontrollieren, weil sie die Interessen nicht transparent machen.“ Laut Monitor haben die mit Beiträgen belieferten Sender allerdings angegeben, die Beiträge redaktionell bearbeitet zu haben, die meisten Sender hätten die Zusammenarbeit mit der INSM inzwischen beendet.

Christian Nuernbergk hat die Öffentlichkeitsarbeit der INSM unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses von Journalismus und PR in einer 2005 erschienen Studie untersucht. ^[76] Nach dieser Studie gibt es Anhaltspunkte dafür, dass eine Vielzahl der von der Initiative bereitgestellten Studien- bzw. Umfrageergebnisse über die Redaktionen ohne eine zuverlässige inhaltliche Auseinandersetzung an die

Rezipienten gelangt sind. Es überrasche angesichts der professionellen Aufbereitung des PR-Materials, der umsichtigen Vorbereitung und der intensiven Beziehungspflege auch nicht, dass viele Journalist:innen die wirkliche Organisation der Initiative und ihre Funktion als ein strategisches Element in der Interessenvertretung von Arbeitgeberverbänden nicht erkennen wollen oder gelegentlich übersehen. Betrachte man die Berichterstattung unter diesem Gesichtspunkt, so zeige sich, dass in der weit überwiegenden Zahl der Medienberichte nähere Angaben zur Initiative, zu ihren Auftraggeber:innen und zu ihren Finanziers einfach unter den Tisch fielen.

Zahlreiche Journalist:innen und Medien haben sich auf Kampagnen der INSM eingelassen, vgl. „Getarnte Lobby – Wie Wirtschaftsverbände die öffentliche Meinung beeinflussen“ des ARD-Magazins Plusminus vom 13. Oktober 2005^[77] Die Initiative liefere auf Bestellung Daten, erstellte daraus einen Artikel oder gar eine ganze Doppelseite wie in der Tageszeitung „Die Welt“. Die Kernaussage lautet: „50 Jahre Sozialpolitik – ein einziger Irrtum. Weg damit!“ Die INSM-Botschafter sind nach Informationen von Plusminus außerdem auf sämtlichen Kanälen Dauergäste in den Talkshows, manchmal sitzen gleich drei in einer Sendung.

Anlässlich der INSM-Anzeigen gegen Kanzlerkandidatin Annalena Baerbock und das Wahlprogramm der Grünen prüft der Presserat derzeit (Stand: 17.06.2021), ob ein Verfahren gegen „Sueddeutsche.de“ wegen der „massiven Platzierung der Inhalte und deren direkte[n] Kombination mit dem redaktionellen Inhalt“ eingeleitet wird.^[78]

Eigene Außendarstellung der INSM

Die INSM bezeichnet sich auf ihrer Website als „branchen- und parteiübergreifende Plattform und offen für alle, die sich dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft verbunden fühlen“.

Der Begriff "Initiative" ist missverständlich. Im Allgemeinen versteht man unter Initiative den Zusammenschluss von Personen zur Durchsetzung ihrer gemeinsamen Ziele (z. B. Bürgerinitiative). Bei [Gesamtmetall](#), die die INSM gegründet hat und finanziert, handelt es sich dagegen um einen Zusammenschluss von Unternehmen zur Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen Interessen, d.h. um eine klassische Lobbyarbeit. Branchenübergreifend kann nur so verstanden werden, dass die INSM versucht, die Öffentlichkeit in einer die Interessen aller Unternehmen (nicht nur der Metall- und Elektroindustrie) begünstigenden Weise zu beeinflussen. Für die Unterstützung dieser Ziele sind zwar grundsätzlich Mitglieder aller Parteien willkommen, doch zeigt die Parteizugehörigkeit der in den INSM-Gremien vertretenen Personen, dass fast alle Parteimitglieder dem Wirtschaftsflügel der CDU oder der FDP zuzurechnen sind. Irreführend ist auch der Hinweis auf die Verbundenheit mit dem Gedanken der Sozialen Marktwirtschaft. Die Soziale Marktwirtschaft soll ja gerade in eine Marktwirtschaft pur umgestaltet werden. In dieser Neuen Sozialen Marktwirtschaft ist für die herkömmliche Vorstellung von sozialer Gerechtigkeit kein Platz mehr.

Schleichwerbung

Im September 2005 wurde bekannt, dass die INSM im Jahr 2002 in der ARD-Serie Marienhof verdeckte Botschaften schalten ließ.^[79] In sieben Folgen wurden Themen wie die "Flexibilisierung" des Arbeitsmarktes oder die Senkung von Steuern untergebracht. Die INSM ließ sich diese Aktion insgesamt 58.670 Euro kosten.^[80] Infolgedessen wurde die INSM vom PR-Rat gerügt, was jedoch keine Sanktionen nach sich zog. Auf Seiten der ARD wurden Maßnahmen zur Vorbeugung von Schleichwerbung eingeführt, die Zuschauer:innen wurden allerdings nicht über die Vorfälle informiert.^[81]

Einschüchterung von Medien

Im November 2005 berichtete die Wochenzeitschrift Freitag über Versuche der INSM, Journalist:innen, die kritisch über die Initiative berichtet hatten, mit Beschwerdebriefen an Chefredaktionen oder Intendant:innen einzuschüchtern.^[82] Kritische Journalist:innen würden als gewerkschaftsnah oder als Attac-Sympathisant:innen dargestellt, um ihre Glaubwürdigkeit zu untergraben.

Einwirkung auf Suchmaschinen

Das Blog Perspective 2010 ist auf Unterlagen gestoßen, wie die INSM versucht, bei Suchmaschinen-Ergebnissen vor INSM-kritischen Stimmen zu landen.^[83]

Falsche Darstellung von TTIP-Studien

Die Verbraucherorganisation foodwatch hatte die INSM vorgeworfen, Daten verschiedener Studien in einer Broschüre mit „12 Fakten zu TTIP“ verzerrt dargestellt zu haben. Beispielsweise wurde aus langfristig und einmalig angenommenen wirtschaftlichen Effekten ein kurzfristig und jährlich zu erwartendes Wachstum. Die angeprangerten Darstellungen sind teilweise korrigiert worden.^[84]

Kampagne "12 Fakten zur Klimapolitik"

Im Sommer 2019 startete die INSM mit „12 Fakten zur Klimapolitik“ eine Kampagne zum Thema Klimaschutz. Die INSM wendet sich damit gegen eine CO₂-Steuer und stellt Bemühungen auf nationaler Ebene als wirkungslos und überflüssig dar.^[85] Die Darstellung rief Kritik hervor, etwa durch Volker Quaschnig, Professor an der HTW Berlin.^[86] Bereits 2012 hatte die Initiative gegen das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) mobil gemacht. Sie forderte eine Umsetzung der Energiewende innerhalb eines "marktwirtschaftlichen Rahmens", die Streichung aller Subventionen im Bereich Erneuerbarer Energien und stattdessen die Etablierung eines "Wettbewerbsmodells".^[87]

Zitate

"Ein bekanntes Beispiel für solch eine Denkfabrik ist die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Sie erzeugt mit riesigen Kapitalmitteln Stimmung für den Rückbau des Sozialstaats und für mehr unternehmerische Freiheit. Sie verfolgt ihre Ziele, indem sie Anzeigen schaltet, Broschüren verteilt und Veranstaltungen organisiert. Dabei gibt sie sich als unabhängige, parteiübergreifende Initiative aus. Gesponsert wird sie allerdings hauptsächlich von den Arbeitgeberverbänden der Metall- und Elektroindustrie. Teure Einladungen, wie beispielsweise im Juni 2009 ins Hotel Adlon Kempinski mit Gastrednern **Angela Merkel** und **Karl-Theodor zu Guttenberg**, damals noch Wirtschaftsminister, sind kein Problem für die einflussreiche Initiative. Ein jährliches Budget von etwa 8 bis 9 Millionen Euro nach Abzug von Steuern bietet viele Möglichkeiten, Einfluss auszuüben. Das ist mehr Geld, als beispielsweise viele Umweltverbände für Ihre Arbeit insgesamt aufbringen können." Marco Bülow (SPD), MdB, in seinem Buch „Wir Abnicker“^[88]

Weiterführende Informationen

- Arbeitgeberverband Gesamtmetall: *Geschäftsbericht 2013/14*, S. 49 - 51
- Kaphegy, Tobias 2011: *Black Box Bildungsmonitor? Ein Blick hinter den Reiz des Rankings. Eine Analyse und Kritik des Bildungsmonitors 2010 der INSM Studie im Auftrag der GEW-nahen Max Träger Stiftung*
- Lianos, Manuel/Gutzmer, Alexander 2005: *Sie werben ja nicht für Persil*. INSM im Streitgespräch.
- Norbert Nicoll: Die ökonomische Rationalität in die Öffentlichkeit tragen. Zur Arbeit und Wirkungsweise der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (2000-2006), Dissertation 2008, Tectum Verlag Marburg
- Nuernbergk, Christian 2006: *Die PR-Kampagne der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und ihr Erfolg in den Medien. Erste Ergebnisse einer empirischen Studie*. In: Röttger, Ulrike (Hrsg.): PR-Kampagnen. Über die Inszenierung von Öffentlichkeit. 3., überarbeitete Auflage. Wiesbaden: S. 159-178.
- Speth, Rudolf 2004: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft. Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung*.
- Speth, Rudolf/Leif, Thomas 2006: *Lobbying und PR am Beispiel der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, in: Leif, Thomas/Speth, Rudolf (Hrsg.): Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland. Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 14, Bonn, 302-316.
- Winkelmann, Ulrike 2004: *Strandklappstühle*, in: Die Gazette 4, 2004, S. 32-35.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ Jahresabschluss der INSM GmbH zum Geschäftsjahr 2021, abrufbar beim Unternehmensregister
2. ↑ *Wer trägt die INSM?*, insm.de, abgerufen am 13.04.2017 und 22.06.2021
3. ↑ *Trau schau wem*, igmetall.de vom 06.08.2020, abgerufen am 22.06.2021
4. ↑ *#ShowMEyourdesk mit Stefan Wolf*, suedwestmetall.de, abgerufen am 22.06.2021
5. ↑ *Pressemitteilung vom 31.01.2019*, abgerufen am 23.06.2021
6. ↑ *Etwas mehr Qualität, bitte!*, wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
7. ↑ *Alles über die INSM*, insm.de, abgerufen am 13.04.2017
8. ↑ Siehe Bekanntmachung im Bundesanzeiger zum Geschäftsjahr 2015 der INSM und Konzernabschluss des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH zum Geschäftsjahr 2015, www.bundesanzeiger.de, abgerufen am 18.04.2017
9. ↑ Rudolph Speth: *Die politischen Strategien der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*, Hans Böckler Stiftung, 2004, S. 9, Website boeckler, abgerufen am 4.8.2011
10. ↑ *Commarco-Agentur löst Serviceplan bei INSM ab*, horizont.net vom 01.10.2014, abgerufen am 03.02.2016
11. ↑ *[1]*, commarco.com, abgerufen am 15.08.2019
12. ↑ *Digital Public Affairs*, agentur-adverb.de, abgerufen am 17.02.2021
13. ↑ Norbert Kloten: *Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft*, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Tübingen 1986, S.25

14. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26
15. ↑ Bunte, in Langen/Bunte, Kommentar zum deutschen und europäischen Kartellrecht, Bd. 1, 10. Aufl., Einführung RdNr. 44
16. ↑ Kloten: Der Staat in der Sozialen Marktwirtschaft, S. 26, Fußnote 58
17. ↑ [Propaganda für die Welt von vorgestern](#), spiegel.de vom 18.06.2021, abgerufen am 21.06.2021
18. ↑ [Chefwechsel beim Lobbyclub der Industrie](#), tagesspiegel.de vom 26.11.2022, abgerufen am 13.12.2022
19. ↑ [Thorsten Alsleben](#), twitter.com, abgerufen am 13.12.2022
20. ↑ Thomas Leif: beraten & verkauft McKinsey & Co. - der große Bluff der Unternehmensberater, München 2006, S. 290
21. ↑ [Eintrag im Handelsregister des AG Charlottenburg, Abruf am 24.02.2023
22. ↑ Eintrag im Handelsregister des Amtsgerichts Köln, Abruf vom 24.02.2023
23. ↑ [Wachs wird Kommunikationschef der INSM](#), politik-kommunikation.de vom 11.07..2023, abgerufen am 03.08.2023
24. ↑ [INSM](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 17.09.2022
25. ↑ Speth: Strategien, S. 30
26. ↑ [Kuratoren und Botschafter](#), insm.de, abgerufen am 18.10.2023
27. ↑ Speth: Die politischen Strategien, S. 29
28. ↑ [Pressemitteilung vom 13.11.2003](#), presseportal.de, abgerufen am 21.12.2020
29. ↑ [Webseite INSM - Die Botschafter der INSM Stimmen der Sozialen Marktwirtschaft](#) abgerufen am 19.10.2023
30. ↑ [Stefan Bach: Kirchhof macht sich das Steuerrecht einfach](#), Website DIW, abgerufen am 18.7.2011
31. ↑ [Scheel verlässt Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Handelsblatt vom 1. Dezember 2004](#), Website HB, abgerufen am 22. Oktober 2012
32. ↑ [60 Jahre Soziale Marktwirtschaft Stimmen aus der Politik Christine Scheel 4. September 2009](#), Website der INSM, abgerufen am 22. Oktober 2012
33. ↑ [Econ Referenten Agentur Lothar Späth](#), Website econ-referenten, abgerufen am 2.8.2011
34. ↑ [Gesamtmetall Geschäftsbericht 2013/14](#), S. 51, zuletzt aufgerufen am 1. Oktober 2010, dort heißt es: "Im Juli 2013 verabschiedete die INSM ihren langjährigen Kuratoriumsvorsitzenden, den ehemaligen Präsidenten der Bundesbank Prof. Dr. Hans Tietmeyer, mit einem Symposium „Soziale Marktwirtschaft für Europa“.
35. ↑ [Referenzen](#), ifd-allensbach.de, abgerufen am 13.04.2017
36. ↑ Vereinsregister des Amtsgerichts Köln, VR 14812, Abdruck vom 13.02.2017
37. ↑ [Reichensteuer ist verfassungsrechtlich hoch problematisch](#), Financial Times Deutschland vom 2. Mai 2006, Website der FTD, abgerufen am 13.8.2011
38. ↑ Universität Hamburg - Kandidat Dieter Lenzen, Der Spiegel vom 13. November 2011
39. ↑ [INSM-Förderverein, Teil 2](#), 02.06.2005, lobbycontrol.de, abgerufen am 13.02.2017
40. ↑ [\[Kampagnen\]](#), insm.de, abgerufen am 27.01.2019
41. ↑ [\[2\]](#), insm.de, abgerufen am 18.06.2021
42. ↑ [\[3\]](#), Raffael Scholz, Die „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und ihre Schlüsselwörter, 13.11.2014, Blickpunkt WISO, abgerufen am 17.06.2021
43. ↑ [\[4\]](#), Oliver Hinz, Slogan aus Nazizeit, 16.08.2002, taz, abgerufen am 18.06.2021
44. ↑ [\[5\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
45. ↑ [\[6\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
46. ↑ [\[https://www.insm.de/insm/presse/pressemeldungen/ein-politischer-mindestlohn-beschneidet-die-tarifautonomie\]](#), insm.de, abgerufen am 17.06.2021
47. ↑ [\[7\]](#), Tilman Steffen, Lobbyisten im Lehrerzimmer, 11.05.2011, abgerufen am 18.06.2021

48. ↑ [8], Bastian Brinkmann: Wirtschaftslobby bezirzt Bundestag mit Voodoo, 07.01.2021, SZ, abgerufen am 17.06.2021
49. ↑ [9], Reiner Heyse, ZDF-Doku: Am Ende sind die Zuschauer arm dran, heise online, 15.06.2021, abgerufen am 17.06.2021
50. ↑ [10], Christian Stöcker, Komm, wir kaufen uns einen Kanzler, 13.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021
51. ↑ Wahlarena 2017, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
52. ↑ Wie gerecht ist Deutschland?, 24.06.2013, insm.de, abgerufen am 17.04.2017
53. ↑ Wer hat das beste Bildungssystem? Flache Lernkurve beim Umgang mit INSM-Studie www. uebermedien.de vom 17.08.2022, abgerufen am 24.08.2022
54. ↑ [11], insm.de, abgerufen am 17.04.2017
55. ↑ WELTZUKUNFTSDEBATTE, insm.de vom 06.09.2022, abgerufen am 17.09.2022
56. ↑ Christine Wicht und Carsten Lenz: PR-Agenturen unter dem Deckmantel „zivilgesellschaftlichem Engagements, NachDenkSeiten, 4. Januar 2006, Website nachdenkseiten, abgerufen am 5. 8.2011
57. ↑ Lucca Möller/Reinhold Hedtke: Wem gehört die ökonomische Bildung? Notizen zur Verflechtung von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, Bielefeld 2011
58. ↑ Stellungnahme zum Gutachten Möller/Hedtke
59. ↑ [12], Lehrerverband kritisiert Bildungsmonitor, 16.08.2019, Der Spiegel, abgerufen am 18.06.2021]
60. ↑ Nachdenkseiten vom 22. Februar 2007, Website nachdenkseiten, abgerufen am 30.8.2011
61. ↑ [13] KAS. Das Kolleg, abgerufen 18.06.2021]
62. ↑ Lieferkettengesetz: Mehr Bürokratie, weniger Menschenrechte insm.de vom 07.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
63. ↑ Lieferkettengesetz: Bundesregierung muss auf EU-Ebene nachbessern unicef.de vom 25.06.2021, abgerufen am 23.11.2022
64. ↑ Zum Tag der Industrie: Große Unternehmensverbände wollen Rückschritte beim Menschenrechtsschutz – Initiative Lieferkettengesetz zeigt Einflussnahme von Unternehmensverbänden auf Positionen des Wirtschaftsministeriums lieferkettengesetz.de vom 05.10.2022, abgerufen am 23.11.2022
65. ↑ Lieferkettengesetz: Aufstand der Lobbyisten misereor.de, April 2021, abgerufen am 07.11.2022
66. ↑ [14], Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021
67. ↑ [15], 14.06.2021, Tagesschau.de, abgerufen am 17.06.2021
68. ↑ [16], Assheuer u.a.: Mit allen Mitteln, 15.06.2021, ZEIT ONLINE, abgerufen am 17.06.2021
69. ↑ [17], Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021
70. ↑ [18], Industrielobby reagiert erst jetzt auf Vorwurf antisemitischer Untertöne, 15.06.2021, Der Spiegel, abgerufen am 17.06.2021
71. ↑ [19], Kritik und Antisemitismus-Vorwürfe wegen „Moses“-Kampagne gegen Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock reißen nicht ab, 12.06.2021, Deutschlandfunk, abgerufen am 18.06.2021
72. ↑ [20] Dieter Schnaas, Etwas mehr Qualität, bitte!, 21.02.2021, Wirtschaftswoche, abgerufen am 18.06.2021
73. ↑ Etwas mehr Qualität, bitte!, wiwo.de vom 21.02.2021, abgerufen am 21.06.2021
74. ↑ Wie Wirtschaftslobbyisten die SPD-Steuerpläne verfälschen, 26.06.2017, spiegel.de, abgerufen am 28.06.2017
75. ↑ Gitti Müller, Kim Otto, Markus Schmidt: Die Macht über die Köpfe: Wie die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Meinung macht, MONITOR Nr. 539 am 13. Oktober 2005, Website schmids ideenschmiede, abgerufen am 05.09.2011

76. ↑ [Christian Nuernbergk: Die Mutmacher. Eine explorative Studie über die Öffentlichkeitsarbeit der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Zusammenfassung der im Frühjahr 2005 an der Universität Münster eingereichten Magisterarbeit](#), Website nuernbergk, abgerufen am 4.9.2011
77. ↑ Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft – Wie unabhängig sind Journalisten?, 2005-10-14 , zitiert nach [Fulda Wiki](#), abgerufen am 3.9.2011, da der Bericht nicht mehr im Sende-Archiv verfügbar ist
78. ↑ [\[21\]](#), Alexander Krei: INSM-Kampagne: Presserat prüft Verfahren gegen "SZ", 16.06.2021, DWDL.de, abgerufen am 17.06.2021
79. ↑ [epd: Arzneihersteller und Apotheker ließen in der ARD schleichwerben](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
80. ↑ [Lobbycontrol: INSM und Marienhof – Eine kritische Bewertung](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
81. ↑ [Lobbycontrol: INSM redet Schleichwerbung schön](#), abgerufen am 4. Mai 2010.
82. ↑ [Die Medien einschüchtern, Freitag vom 11. Januar 2005](#), Website Freitag, zuletzt abgerufen am 15.12.2017
83. ↑ [Kritiker unerwünscht, LobbyControl vom 13. April 2007](#), Website LobbyControl, abgerufen am 1.9.2011
84. ↑ [Auch INSM korrigiert Falschinformationen über TTIP](#) foodwatch am 13.03.2015, abgerufen am 13.04.2015
85. ↑ [12 Fakten zur Klimapolitik INSM](#) am 27.06.2019, abgerufen am 15.08.2019
86. ↑ [Faktencheck der "12 Fakten zum Klimaschutz" der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft INSM](#) Volker Quaschning am 17.07.2019, abgerufen am 15.08.2019
87. ↑ [Die Energiewende braucht Soziale Marktwirtschaft. Ein Wettbewerbsmodell für Erneuerbare Energien](#) INSM am 09.09.2012, abgerufen am 15.08.2019
88. ↑ Bülow, Marco: Wir Abnicker, Berlin 2010, S. 182 f.

Wolfgang Clement

Seitenwechsel



- [Seitenwechseltabelle](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Wolfgang Clement (* 7. Juli 1940 in Bochum; † 27. September 2020 in Bonn) war Repräsentant der Unternehmerorganisation [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), ab 2006 Lobbyist und Mitglied in Aufsichts- oder Beratungsgremien verschiedener Unternehmen, Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), SPD-Politiker, NRW-Ministerpräsident und Bundeswirtschaftsminister in der Regierung [Gerhard Schröder](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	54
1.1 (Neben-)Beruflich	54
1.2 Partei/ staatliche Mandate und Ämter	54
2 Verbindungen	55
2.1 Seitenwechsel	55
3 Zitate	56

4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	56
5 Einzelnachweise	56

Karriere

(Neben-)Beruflich

- 2006-2016 Mitglied im Aufsichtsrat der DIS Deutscher Industrie Service AG^[1]
- seit 01/2016 Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#) ^[2]
- 2014 Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)^[3]
- seit 07/2012 Vorsitzender des [INSM-Kuratoriums](#)^[4]
- seit 07/2011 Aufsichtsratsmitglied der Deutsche Wohnen AG^[5]
- seit 01/2011 Mitglied des Stiftungsrats der Dussmann-Gruppe^[6]
- seit 2009 Aufsichtsratsmitglied des russischen Beratungsunternehmens Energy Consulting^[7], der Investmentgesellschaft [Lahnstein Middelhoff & Partners LLP](#), Werbefigur der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)
- seit 2008 Vorsitzender des Beirats der [PKS Kommunikations- und Strategieberatung GmbH](#) (frühere Bezeichnung: PKS Wirtschafts- und Politikberatung GmbH)
- Ehrenvorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des [Frankfurter Zukunftsrats](#)^[8]
- Mitglied des Beirats der [Rudolph Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH \(RSBK\)](#)^[9]
- seit 2008 Aufsichtsratsmitglied der Versatel AG^[10] und der Daltrup & Söhne AG^[11], Vorsitzender des EU-Russland-Forums^[7]
- seit 2006 Vorstandsvorsitzender der Denkfabrik [Adecco Institut zur Erforschung der Arbeit](#)^[12], der Landau Media AG^[13], Beiratsmitglied bei Wolters Kluwer Germany^[14]
- seit 2011 Mitglied des Stiftungsrats der Peter Dussmann-Stiftung^[15]
- 2006 - 2016 Mitglied im Aufsichtsrat der [RWE Power AG](#)^[16]
- 2006 - 1/2009 Mitglied des Aufsichtsrats des Zeitungsverlags M. DuMont Schauberg^[17]
- 2006-2008 Mitglied der Lobbygruppe [Konvent für Deutschland \(KfD\)](#)
- seit 2005 Mitglied des Aufsichtsrats der Dussmann Verwaltungs AG^[18]
- 2000-2002 Kurator der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)^[19]
- bis 1992 Aufsichtsratsmitglied bei der RWE-Tochtergesellschaft Rheinbraun
- 1987-1989 Chefredakteur der Hamburger Morgenpost
- 1968-1981 politischer Redakteur, Ressortleiter und stv. Chefredakteur der Westfälischen Rundschau^[20]

Partei/ staatliche Mandate und Ämter

- 2008 Austritt aus der SPD
- 2002-2005 **Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit**
- 1999-2005 Stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender
- 1998-2002 **NRW-Ministerpräsident**
- 1996-2001 Stellvertretender SPD-Landesvorsitzender (NRW)
- 1995-1998 Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr (NRW)

- 1993–2002 NRW-Landtagsmitglied
- 1990–1995 Minister für besondere Aufgaben (NRW)
- 1989–1995 Chef der Staatskanzlei NRW
- 1985–1986 stellvertretender SPD-Bundesgeschäftsführer
- 1970 Eintritt in die SPD

Verbindungen

Weitere Funktionen: [BürgerKonvent](#), [Bonn Comm](#), Mentor des Mittelständler-Förderprojektes "Top Job – Die besten Arbeitgeber im deutschen Mittelstand".^[21]

Mit seinem Mitstreiter der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft Friedrich Merz](#) veröffentlichter er im April 2010 das Buch „Was jetzt zu tun ist. Deutschland 2.0“, das allerdings über den Tag hinaus kaum Beachtung fand.^[22]

Seitenwechsel

Nachdem Wolfgang Clement als Minister tiefgreifende Arbeitsmarktreformen vorgenommen hatte und in dieser Zeit die Leiharbeitsbranche in vielerlei Hinsicht begünstigte^[23], wechselte er nicht einmal ein Jahr nach Ende der rot-grünen Koalition in den Aufsichtsrat der Zeitarbeitsfirma [Deutsche Industrie Service AG \(DIS AG\)](#). Als diese vom schweizerischen Konkurrenten [Adecco](#) übernommen worden war, wurde er zum Vorsitzenden der firmeneigenen Denkfabrik [Adecco Institut zur Erforschung der Arbeit](#) berufen.^[24] Von 2006 bis 2008 war er zudem Mitglied im [Konvent für Deutschland \(KfD\)](#), einer elitären wirtschaftsnahen Lobbygruppe, die eine „Reform der Reformfähigkeit“ propagiert, mit dem Ziel eines schlanken und wettbewerbsorientierten Staates mit reduzierten Sozialsystemen.^[25]

2006 wurde Clement in den Aufsichtsrat der [RWE-Kraftwerkstochter RWE Power AG](#) gewählt.^[26] Als Wirtschaftsminister konnte er maßgeblichen Einfluss auf Regierungsbeschlüsse und Gesetze nehmen, die die Energiebranche und somit auch RWE betrafen; auffällig dabei war sein besonderer Einsatz für Kohlesubventionen^[27] „Ein Posten im Aufsichtsrat als Dank für besondere Verdienste?“, spekuliert die taz.^[28] Clement unterzeichnete im August 2010 den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby für eine AKW-Laufzeitverlängerung und fand die Kernkraft auch nach Fukushima gut.^[29]

Zudem sorgte Clement nach seiner Amtszeit für Wirbel, als er innerparteilich quer schoss indem er sich im Vorfeld der Landtagswahl in Hessen 2008 gegen eine Wahl der SPD-Spitzenkandidatin [Andrea Ypsilanti](#) aussprach; Ypsilanti steht Kohle- und Atomkraft ablehnend gegenüber. Daraufhin forderten einige Parteigenossen Clements Parteiaustritt: "Wolfgang Clement missbraucht seine frühere Führungsrolle in der SPD, indem er sie nun als bezahlter Lobbyist in klingende Münze umsetzt", zitiert Spiegel-Online Hermann Scheer, damals SPD-Kandidat für das Amt des hessischen Wirtschafts- und Umweltministers.^[30]

Es gibt weitere Beigeschmäcke, denn bereits zu seiner Zeit als NRW-Ministerpräsident nährte sich der Verdacht, Clement würde in dieser Funktion bewusst im Interesse der Energiewirtschaft - speziell des RWE-Konzerns - handeln, als er sich Ende 1999 gegen die Ökosteuer stemmte, oder beispielsweise im Jahre 2000 die Genehmigung des umstrittenen Braunkohletagebaus Garzweiler II in seinen ministeriellen Verantwortungsbereich fiel. Davon profitierte die RWE-Tochtergesellschaft "Rheinbraun", bei der Clement

bereits bis 1992 im Aufsichtsrat saß.^{[31][32]}

Clement leugnet seine Verbundenheit mit der Energiebranche nicht und sieht darin auch rückblickend keinen Interessenskonflikt mit seinen politischen Mandaten bzw. Ämtern: *„Ich habe vorher wie nachher schon seit 1990 - soll ich deshalb einem Berufsverbot unterliegen -, schon in den 90er Jahren für Gartzweiler die Braunkohle gefochten. Das habe ich aber früher auch schon als Journalist getan und werde ich auch in Zukunft tun. Es zeigt sich, dass es richtig war.“*^[33]

Von Juni 2006 bis Januar 2009 war Clement Mitglied des Aufsichtsrats des viertgrößten deutschen Verlags M. DuMont Schauberg (Kölner Stadt-Anzeiger, Frankfurter Rundschau, Berliner Zeitung, Mitteldeutsche Zeitung)^[34] Clement hatte sich im Jahr 2003 mit aller Macht für eine Aufweichung der Pressefusionskontrolle eingesetzt, die es den Großverlagen erheblich erleichtert hätte, kleinere Verlage zu erwerben. Das Bundeskartellamt^[35], der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium^[36] und die Monopolkommission^[37] lehnten die Pläne ab, weil sie konzentrationsfördernd wirkten und die Pressevielfalt gefährdeten. Auch die CDU und die FDP-Landeswirtschaftsminister sahen in Clements Vorhaben eine Bedrohung der Pressevielfalt.^[38] Die öffentliche Kritik des Bundeskartellamtes als einer dem Wirtschaftsministerium nachgeordneten Behörde empörte Clement so sehr, dass er als einziger Wirtschaftsminister dem Amt keinen Antrittsbesuch abstattete. Dieses sah sich dem Schutz des Wettbewerbs verpflichtet und nicht seinem die Interessen der Großverlage bedienenden obersten Dienstherrn. Nachdem der Bundestag die Neufassung des Pressefusionsrechts im März 2005 beschlossen, der Bundesrat aber im April mit Unionsmehrheit dagegen votiert hatte, scheiterte das mehrfach modifizierte Vorhaben endgültig im Vermittlungsausschuss.

Zitate

„Ich werde übrigens noch mehrere Mandate wahrnehmen, damit ich das gleich deutlich hinzugefügt habe. [...] Da können sich manche Leute darüber das Maul zerreißen. Das wird mich nicht sonderlich beschäftigen.“^[39]

„[...] unnachgiebige Konsequenz gegenüber jenen ‚schwarzen Schafen‘, die sich Leistungen erschleichen wollen, das gehört auch zur Gerechtigkeit im Sozialstaat.“^[40]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ¹ ↑ [Pressemitteilung der DIS AG](#), abgerufen am 17.05.2017
- ² ↑ [Tobias Scholl: Mut und Lust auf die Gestaltung der Zukunft, elde Liberale Depesche 01/2016, S. 11](#), abgerufen am 05. 04. 2016
- ³ ↑ [Preisverleihung 2014](#), Website der Ludwig-Erhard-Stiftung, abgerufen am 17.05.2017
- ⁴ ↑ [Wolfgang Clement übernimmt Vorsitz des INSM-Kuratoriums](#), insm.de vom 04.07.2012, abgerufen am 06.07.2012

5. ↑ [Lebenslauf von Wolfgang Clement auf der Website der Deutsche Wohnen AG](#), abgerufen am 01.06.2017
6. ↑ [Der Stiftungsbeirat der Dussmann-Gruppe](#), dussmanngroup.com, abgerufen am 17.05.2017
7. ↑ ^{7,07,1} [Wolfgang Clement wird Energie-Berater in Russland](#), welt.de, abgerufen am 17.05.2017
8. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat des Frankfurter Zukunftsrats](#), frankfurter-zukunftsrat.de, abgerufen am 17.05.2017
9. ↑ [Beirat der Rudolph Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH](#), rsbk.de, abgerufen am 17.05.2017
10. ↑ [Dirk Niebel: Wenn Politiker die Seiten wechseln](#), sueddeutsche.de, abgerufen am 17.05.2017
11. ↑ [Aufsichtsrat der Daltrup & Söhne AG](#), daltrup.eu, abgerufen am 17.05.2017
12. ↑ [Wie aus rot-grünen Politikern Lobbyisten wurden - Ab in die Wirtschaft](#), taz.de, abgerufen am 17.05.2017
13. ↑ [Beirat der Landau Media AG](#), landaumedia.de, abgerufen am 17.05.2017
14. ↑ [Minister „a.D.“ in die Wirtschaft](#) focus.de, abgerufen am 17.05.2017
15. ↑ <https://www.dussmanngroup.com/dussmann-group/stiftungsrat/>, Stiftungsrat der Dussmann Verwaltungs AG] dussmanngroup.com, abgerufen am 01.06.2017
16. ↑ [Wolfgang Clement flucht in Siegen über die SPD](#) wp.de, abgerufen am 17.05.2017
17. ↑ [Presseerklärung von M. Du Mont Schauberg vom 15. Januar 2009](#) archiviert auf archive.org
18. ↑ <https://www.dussmanngroup.com/dussmann-group/stiftungsrat/>, Aufsichtsrats der Dussmann Verwaltungs AG dussmanngroup.com], abgerufen am 01.06.2017
19. ↑ <https://www.igmetall.de/kuratorium-initiative-neue-soziale-marktwirtschaft-10462.htm>], Artikel zu Wolfgang Clement auf igmetall.de, abgerufen am 01.06.2017
20. ↑ [Biographie Wolfgang Clement](#), Website WhosWho.de, abgerufen am 27.10.2010
21. ↑ [Wolfgang Clement: Ein Herz für den Mittelstand](#), Website topjob.de, abgerufen am 07.06.2017
22. ↑ [Zwei Polit-Aussteiger träumen von Führung](#), stern.de vom 28. April 2010, abgerufen am 14. September 2010.
23. ↑ [„Wie Arbeitnehmer erpresst werden“](#), Report Mainz (ARD), Manuskript der Sendung vom 25. Juni 2007, abgerufen am 21. Juli 2010
24. ↑ [„Clement wird erster Arbeitsforscher“](#), manager-magazin.de vom 05. Oktober 2006, abgerufen am 09. Juli 2010
25. ↑ [„Clement verlässt den ‚Konvent für Deutschland‘“](#), Die Welt vom 26.08.2008, abgerufen am 12. Mai 2011
26. ↑ [„Wolfgang Clement wird Aufsichtsrat“](#), manager-magazin.de vom 13. Februar 2006, abgerufen am 21. Juli 2010
27. ↑ [„Kohle ohne Ende - wie Wolfgang Clement Steuermilliarden im Bergbau versenkt“](#), Kontraste (ARD), Manuskript der Sendung vom 05. Juni 2003, abgerufen am 21. Juli 2010
28. ↑ ["Eine reine Vertrauensfrage"](#), taz.de vom 15. Februar 2006, abgerufen am 21. Juli 2010
29. ↑ [Marc Brost: Anzeigenkampagne der Atomlobby Was sagen Sie nun, meine Herren?](#), Handelsblatt online vom 16. März 2011, abgerufen am 19. April 2013
30. ↑ ["Angriff gegen Ypsilanti - Clement fällt Hessen-SPD in den Rücken"](#), Spiegel.de vom 19. Januar 2008, abgerufen am 22. Juli 2010
31. ↑ ["Seiner Partei fremd geworden"](#), sueddeutsche.de vom 20. Januar 2008, abgerufen am 21. Juli 2010
32. ↑ ["Es lebe Neu-Otzenrath!"](#), derFreitag, 08. September 2000, abgerufen am 21. Juli 2010
33. ↑ [„Clement: Erst ein Drittel der notwendigen Reformen umgesetzt“](#), dradio.de, Manuskript der Sendung vom 17. Februar 2006, abgerufen am 21. Juli 2010
34. ↑ [Pressemitteilung des Verlags M. DuMont Schauberg vom 13. Juni 2006](#), Website des Verlags, abgerufen am 24.6.2011

35. ↑ Medien "Kooperation ist nur ein schönerer Name für Kartell", FAZ vom 5. Mai 2004, Website FAZ, abgerufen am 24.6.2011

36. ↑ Professoren halten gelockerte Pressefusionskontrolle für "Irrweg", Evangelischer Pressedienst (epd), Nr. 41/2004, Website epd, abgerufen am 24.6.2011

37. ↑ Die Pressefusionskontrolle in der siebten GWB-Novelle Sondergutachten der Monopolkommission, Website der Monopolkommission, abgerufen am 24.6.2011

38. ↑ Möglicherweise war die Kritik von Union und FDP nur parteipolitisch bedingt, denn im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 wird unter IV. 2 erstaunlicherweise auch eine Überprüfung des Pressekartellrechts angekündigt.

39. ↑ „Clement: Erst ein Drittel der notwendigen Reformen umgesetzt“, Interview mit Wolfgang Clement, dradio.de, Manuskript der Sendung vom 17. Februar 2006, abgerufen am 22. Juli 2010

40. ↑ Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005, Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, August 2005, abgerufen am 22. Juli 2010

Alternative für Deutschland (AfD)

Die Alternative für Deutschland (AfD) wurde 2013 als eurokritische Partei gegründet. In den Folgejahren wurde die AfD zum rechtsextremistischen Verdachtsfall. Seit 2021 bzw. 2023 wird sie in mehreren Bundesländern vom Verfassungsschutz als "erwiesen rechtsextrem" eingestuft.

Verschiedene Vorfälle in den letzten Jahren zeigen Verstrickungen in Korruptions-, Interessenskonflikts-, und Lobbykandale.

Daneben fällt die AfD immer wieder durch undurchsichtige Finanzierung bzw. Wahlkampfhilfe in Millionenhöhe auf. Unklar ist beispielsweise die Finanzierung des Online- Portal „Deutschland-Kurier“, welches de facto Wahlwerbung für die AfD schaltet. Ebenfalls undurchsichtig scheint die Einflussnahme aus dem Ausland: Vorwürfen zu Folge sind russische und chinesische Gelder an AfD Abgeordnete geflossen.

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen. Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Alternative für Deutschland	
Parteivorsitzende	Alice Weidel & Tino
/r	Chrupalla
GeneralsekretärIn	
Hauptsitz	Schillstraße 9, 10785 Berlin
Mitglieder	ca. 41 000 (Stand: 2024) ^[1]
Webadresse	www.alternative.de

Inhaltsverzeichnis

1 Russische Einflussnahme auf EU-Politik	59
2 Bundestagswahl 2021	59
3 Finanzierung	60
3.1 Parteispenden	60
3.2 Erbschaftspende	61
3.3 Kredite	61
3.4 Goldhandel	61
3.5 Verdeckte Wahlkampffinanzierung durch Tarn-Verein und die Schweizer Goal AG	62
3.6 Intransparente Wahlwerbung durch den "Deutschland-Kurier"	62

3.7 Daten aus den Rechenschaftsberichten	64
4 Beziehungen zu anderen Organisationen	65
4.1 Die Familienunternehmer - ASU	65
4.2 Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft	65
4.3 Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)	66
4.4 AfD-Mittelstandsforum	66
5 Weiterführende Informationen	66
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	66
7 Einzelnachweise	66

Russische Einflussnahme auf EU-Politik

Ende März 2024 wird den beiden AfD Spitzenkandidaten Maximilian Krah und Petr Bystron vorgeworfen prorussische Schmiergelder erhalten zu haben. Krah ist als EU-Parlamentarier, Bystron als Bundestagsabgeordneter tätig. Den Vorwürfen zu Folge haben die beiden AfD Politiker für Interviews die sie dem „Lobby-Netz“ „Voice of Europe“ ^[2] gegeben haben, Geld erhalten ^[3]. Die Vorwürfe gegen Petr Bystron erhärteten sich. Er dementiert die Vorwürfe gegenüber der AfD-Spitze ^[4].

„Voice of Europe“ (VoE, übersetzt „Stimme Europas“) war ein Online-Portal aus Tschechien zur Verbreitung russischer Propaganda ^[5]. Die Website "VoE" ist seit dem 28. März 2024 offline.

Zudem wird Krah vorgeworfen finanzielle Zahlungen vom Kreml-nahem ukrainischen Oppositionspolitiker Oleg Woloschyn erhalten zu haben. Chatverläufe zwischen den beiden gelangten an die Öffentlichkeit. In diesen ist die Sprache von „Kompensationen“ und einer regelmäßigen Weiterzahlung. Dieser Schriftwechsel wirft den Verdacht von regelmäßigen Geschäftsbeziehungen auf ^[6]. Krah widerspricht diesen Vorwürfen.

Bundestagswahl 2021

Dem Programm der Bundestagswahl sind Forderungen zu entnehmen, um "Lobbyismus zu kontrollieren, die Transparenz der Nebentätigkeiten [von Abgeordneten] herzustellen und die Arbeitsqualität des Parlaments zu sichern"^[7]

- Begrenzung der Amtszeit von Mandatsträger:innen auf höchstens vier Legislaturperioden
- Verschärfung der Regelungen der Nebentätigkeiten für Parlamentarier:innen und zur Abgeordnetenbestechung
 - Abgeordnete sollen allein diejenige Tätigkeit, die sie schon vor dem Mandat ausgeübt haben, in "angemessenem Umfang"^[8] weiterführen dürfen
- Lobbyistengesetz "mit konkreten Rechten, Pflichten und Sanktionen für Mandatsträger und Lobbyisten"^[9]

Die AfD verweist in ihrem Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 auf strenge Regeln, die sie selbst in § 19 Abs. 2 der Satzung der AfD ihren Mitgliedern setze.^[10] Tatsächlich ist die AfD selbst mehrfach wegen Spendenaffären aufgefallen.^{[11][12]} Zuletzt erhob die 2017 aus der Partei ausgetretene Mitgründerin und Parteivorsitzende Frauke Petry Vorwürfe gegen die Parteispitze und behauptete unter anderem, innerparteiliche Oppositionen seien nach Geldflüssen überwunden worden.^[13]

Finanzierung

Die AfD erhielt seit ihrer Gründung im Jahr 2013 insgesamt 5.588.567,1 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro. Davon kamen 192.415 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Parteispenden

Die 10 Topspender der AfD in den Jahren 2016-2020 waren Privatpersonen sowie Bundes- und Landtagsabgeordnete der Partei. Bei letzteren handelt sich um Mandatsträgerbeiträge (siehe hierzu [Parteienfinanzierung](#)).

Ende Januar 2023 spendete der Bauunternehmer Hartmut Issmer 265.050 Euro an die Bundespartei der AfD. ^[14]

Ein Großspender der AfD ist der Berliner Immobilienunternehmer Christian Krawinkel, welcher Anfang 2020 100.000 Euro an die AfD spendete. Laut Medienberichten forderte Krawinkel im April 2022 die Rückzahlung seiner Spende und reichte hierfür Klage auf Rückzahlung beim Erfurter Landgericht ein. Krawinkel begründete die Rückforderung mit der antidemokratischen Entwicklung der AfD seit dem Zeitpunkt seiner letzten Spende. ^[15]

Laut Medienberichten spendete Max Otte (ehem. [CDU](#), ehem. Vorsitzender der Werte-Union) 30.000 Euro an die AfD. Davon gingen 10.000 Euro im Frühjahr 2020 an den AfD-Landesverband in NRW und weitere 20.000 Euro Anfang des Jahres 2021 an den AfD-Kreisverband im sächsischen Görlitz, wo der derzeitige AfD-Chef Tino Chrupalla damals den Vorsitz innehielt. Anfang 2022 wurde Otte von der AfD für das Amt des Bundespräsidenten vorgeschlagen - einen Zusammenhang zwischen den Spenden und seiner Nominierung durch die AfD wies Otte als einen „völlig ungerechtfertigten Vorwurf“ zurück. ^[16] Zuletzt wurde Otte auf Antrag des CDU-Bundesvorstandes "wegen parteischädigenden Verhaltens" aus der CDU ausgeschlossen. ^[17]

Zudem erhielt die AfD im Jahr 2017 sowie 2018 eine Großspende über jeweils 50.000 Euro von Mortimer von Zitzewitz, einem mutmaßlichen Ex-Waffenhändler aus Bangkok, der in den Siebziger Jahren mit seiner Firma internationale Waffengeschäfte für den Bundesnachrichtendienst getätigt haben soll. Die AfD erhielt auch weitere Zuwendungen aus dem Ausland, welche zum Teil aufgrund juristischer Bedenken später wieder zurück überwiesen wurden. ^[18]

Zu den Spendern der AfD gehören u. a. Heinrich Weiss, Großaktionär und Aufsichtsratsvorsitzender der [SMS Group](#) sowie ehemaliger Präsident des [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI), und Hans Wall, Gründer des Berliner Außenwerbers Wall AG. ^[19] So spendete Hans Wall im Jahr 2014 15.000 Euro an die AfD. Nach Angaben von Weiss flossen auch Spenden von anderen Wirtschaftsführern - allerdings unterhalb der gesetzlichen Meldegrenze, sodass sie nicht namentlich im Rechenschaftsbericht erscheinen.

Darüber hinaus geriet die AfD mehrfach aufgrund von verdeckter Wahlkampffinanzierung in die Kritik. ^{[20][21]} Im Zusammenhang damit stehen u.a. der [Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten](#) sowie die Goal AG. Näheres dazu findet sich im Abschnitt "Verdeckte Wahlkampffinanzierung".

Weitere Spender der AfD sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Erbschaftspende

Der verstorbene Ingenieur Reiner Strangfeld vermachte der AfD 2018 sein gesamtes Vermögen in Form von Gold, Silber, Immobilien und einem Porsche ^[22] Im Rechenschaftsbericht 2018 wird das Erbe auf über 7 Millionen Euro geschätzt ^[23]. Wie die NZZ berichtet könnte durch die steigende Goldpreisentwicklung sich das Vermögen verdoppelt haben ^[24]. Das wäre die größte Parteispende in der Geschichte der Bundesrepublik. Die AfD erklärte bei ihrem Parteitag im Sommer 2023, dass die „Goldbestände für den Fall des künftigen Ausbleibens staatlicher Teilfinanzierungen unangetastet [bleiben sollen]“. ^[25] Nach Recherchen des Spiegel focht eine Angehörige den Erbschein an. Der Spiegel berichtet, dass der verstorbene Millionär schon lange vor seinem Tod an psychischen Problemen litt und so eventuell nicht mehr testierfähig war ^[26].

Kredite

Bereits 2013 berichtete der Spiegel, der Hamburger Reeder Folkard Edler habe der AfD zwei Kredite über je 500.000 Euro gewährt. ^[27] Auch im Jahr 2014 gab es Berichte über einen Kredit in Höhe von 640.000 Euro durch einen Berliner Unternehmer. ^{[28][29]}

Im April 2014 gewährte zudem **Hans-Olaf Henkel**, damals stellvertretender AfD-Sprecher und Kandidat für die Europawahl, der AfD ein Darlehen mit Laufzeit bis 5/2015 über eine Million Euro zu 2 % Zinsen. ^{[30][31]}

Goldhandel

In Deutschland hängt die staatliche Parteienfinanzierung vom Wahlerfolg einer Partei ab, darf dabei aber nicht höher liegen als die Summe der Einnahmen, die die Partei durch Beiträge, Spenden oder unternehmerische Tätigkeit erwirtschaftet. Die Einnahmen der AfD beliefen sich für das Jahr 2014 auf 2,5 Millionen Euro aus Mitgliederbeiträgen und eine halbe Millionen Euro aus Spenden. Gemessen an ihren Wahlerfolgen hätte die AfD 5 Millionen Euro staatliche Parteienfinanzierung erhalten können, aufgrund der gesetzlichen Deckelung standen ihr jedoch nur 3 Millionen zu. Um Anspruch auf weitere 2 Millionen Euro zu erhalten, begann die AfD einen Handel mit Gold, mit dem sie binnen eines Monats 2,1 Millionen Euro umsetzte, aber nur 21.000 Euro Erlös erwirtschaftete. Einkaufs- und Verkaufspreis des Goldes waren nahezu gleich. ^[32]

Die Bundestagsverwaltung prüfte den Vorgang und befand, dass die Einnahmen aus Goldhandel formal als eine Einnahme im Sinne des Parteiengesetzes zu werten sei. Allerdings handelte es sich bei dem Goldhandel um ein reines "Umsatzgeschäft", bei dem die Ausgaben der AfD praktisch ebenso hoch waren wie die Einnahmen. Zusätzliche Aufmerksamkeit bekam der Vorgang in der Öffentlichkeit dadurch, dass die Satirepartei DIE PARTEI den Goldhandel der AfD durch einen "Geldhandel" parodierte. Im Bundestag machte sich daraufhin Kritik an der bis dahin existierenden Regelung des Parteiengesetzes breit. ^[33]

Im Dezember 2015 beschloss der Bundestag eine Reform des Parteiengesetzes, die eine Aufblähung des Anspruchs auf staatliche Finanzierung durch Umsatzgeschäfte unterbindet. Nach § 19a Abs. 4 Satz 2 Parteiengesetz werden zur Berechnung des Finanzierungsanspruchs nunmehr die im Zusammenhang mit unternehmerischer Tätigkeit entstandenen Ausgaben von den Einnahmen abgezogen, Bemessungsgrundlage ist nur der verbleibende Überschuss.^[34] Die Maßnahme wurde in der Expertenanhörung von den geladenen Sachverständigen einhellig begrüßt.^[35]

Verdeckte Wahlkampffinanzierung durch Tarn-Verein und die Schweizer Goal AG

Seit März 2016 wurde die AfD bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Mecklenburg-Vorpommern, Berlin, Schleswig-Holstein, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Hessen sowie bei der Bundestagswahl 2017 durch den intransparenten [Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten](#) unterstützt. Mehrere Millionen von Haushalten erhielten Gratiszeitungen und Tausende von Großplakaten sowie Internet-Spots riefen im Namen des Vereins zur Wahl der AfD auf.^{[36][37]} Der genaue Wert der Wahlkampfmaßnahmen kann bis heute nicht genau beziffert werden, er beträgt schätzungsweise mindestens 10 Millionen Euro. Die Geldgeber sind bis heute unbekannt. Es besteht der Verdacht, dass es sich um illegale Parteispenden handelt, die über die Schweizer Firma [Goal AG](#) gelenkt wurden, um die gesetzliche Offenlegungspflicht für Großspenden an Parteien oder auch das Verbot der Parteifinanzierung aus dem Ausland zu umgehen. Auch einzelne Kandidaten der AfD, darunter Parteichef Jörg Meuthen, wurden durch gezielte Wahlkampfmaßnahmen der Goal AG unterstützt.^{[38][39]} Nachdem AfD-Funktionäre stets abstritten, von den Wahlkampfmaßnahmen gewusst zu haben und damit das Vorliegen einer Parteispende bestritten,^[40] wurde durch Recherchen von Correctiv und LobbyControl bekannt, dass zumindest einzelne Kandidaten und Spitzenfunktionäre wie Co-Parteichef Jörg Meuthen von der Unterstützung durch die Goal AG wussten und in Maßnahmen involviert waren.^[41] Für mehr Informationen siehe auch [Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten](#) sowie [Goal AG](#).

Intransparente Wahlwerbung durch den "Deutschland-Kurier"

Der „Deutschland-Kurier“ ist ein rechtsradikales Online-Portal. Ursprünglich wurde der „Deutschland-Kurier“ als Zeitung von dem „Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und der bürgerlichen Freiheiten“ herausgegeben. 2017 und 2018 gab es das Magazin im Printformat.

Inhaltlich verbreitet der „Deutschland-Kurier“ rechtsradikale, demokratiefeindliche und prorussische Positionen. De facto handelt es sich um Wahlwerbung für die AfD.

Redaktion und Kolumnist:innen

Chefredakteur und Herausgeber des „Deutschland-Kuriers“ ist David Bendels. Er ist Vorsitzender der Conservare Communication GmbH und ehemaliger Vorsitzender des „Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten“.

Der Großteil der Kolumnist:innen sind AfD- Parteimitglieder.

Unter anderem:

- Maximilian Krah: Europaabgeordneter der AfD, Spitzenkandidat der AfD für EU-Wahl 2024

- Peter Bystron: Bundestagsabgeordneter der AfD, Kandidat für 2. Listenplatz bei EU-Wahl 2024
- Erika Steinbach: Vorsitzende der AfD nahen Desiderius-Erasmus-Stiftung
- Gunnar Beck: Europaabgeordneter der AfD
- Matthias Moosdorf: Bundestagsabgeordneter der AfD
- Damian Lohr: Vorsitzender der Jungen Alternative (seit 2018)

Finanzierung

Die Finanzierung des „Deutschland-Kurier“ ist vollständig intransparent. Auf der Website ist kaum Werbung geschaltet und es gibt keine Möglichkeit zu spenden. Die Artikel sind frei verfügbar und es gibt keine Möglichkeit ein kostenpflichtiges Abonnement abzuschließen.

Medienberichterstattung zu Folge gibt es Indizien zur Finanzierung:

- Bis zur Auflösung des „Vereins zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten“ 2022 habe dieser die Zeitung finanziert. Auch hier sind die Unterstützer:innenstrukturen nicht offengelegt.^[42]
- Die Schweizer Goal AG meldete die Website des „Deutschland-Kurier“ 2017 an^[43].
- Nach Recherchen der Zeit hat die Goal AG ab 2020 das „Tagesgeschäft“ des „Deutschland-Kurier“ übernommen^[44]. Auch die Finanzierung der Goal AG ist unklar.
- Nach Berichten des Spiegels könnte auch eine Beziehung zu dem Milliardär August von Finck gezogen werden. Auch er könnte Geldgeber sein.^[45]

Unzulässige Wahlkampfunterstützung durch das "Compact-Magazin"

Das rechtsextreme, antisemitische und verschwörungsideologische^[46] Magazin "Comapct" plante 2023 /2024 eine Afd-Wahlwerbekampagne und sammelte dafür Spenden.^[47]

Diese Unterstützungskampagne müsste die Afd entweder annehmen (dann müsste die Finanzierung entsprechend des Parteiengesetzes transparent gemacht werden) oder ablehnen^[48]. Letztes ist geschehen. "Compact" hat daraufhin eine Unterlassungserklärung abgegeben. Die Veranstaltungen fanden trotzdem fast unverändert statt. tagesschau.de sagte Compact-Chef Jürgen Elsässer, "er werde keine Wahlwerbung für die AfD machen. Auch dass der Name der Tour "Blaue Welle" sei, habe nichts mit der Parteifarbe der AfD zu tun: blau."^[49]

Daten aus den Rechenschaftsberichten

Art der Einnahmen	2024		2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	-	-	-	-	3,8 4	16,5 5	4,1 8	16,7 9	4,3 5	17,6 9	4,0 1	15,2 6
Mandatsträgerbeiträge	-	-	-	-	2,4 4	10,5 4	2,4 5	9,8 5	2, 6	10,5 9	2,0 1	7,6 6
Spenden von natürlichen Personen	-	-	-	-	3,8 7	16,6 8	6,4 6	25,9 3	4,6 6	18,9 6	6,3 8	24,2 9
Spenden von juristischen Personen	-	-	-	-	0, 1	0,4 5	0,1 8	0,7 1	0,0 4	0,1 5	0,1 2	0,4 5
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	-	-	-	-	0,0 1	0,0 6	0,0 2	0,0 9	0,0 1	0,0 6	0,0 3	0,1 2
Aus sonstigem Vermögen	-	-	-	-	0,3 7	1,5 8	0,0 3	0, 1	0,0 5	0,1 8	0,0 1	0,0 4
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	-	-	-	-	0,0 5	0,2 2	0,0 4	0,1 5	0,0 4	0,1 8	0, 1	0,4 1
Staatliche Mittel	-	-	-	-	10,4 1	44, 9	11,0 0	44,1 4	11, 8	4 8	10, 2	38,8 3
Sonstige	-	-	-	-	2,0 9	9,0 2	0,5 6	2,2 4	1,0 3	4,1 9	3, 4	12,9 4
Summe		-		-	23,19 Mio € 24,93 Mio € 24,58 Mio € 26,28 Mio €							

Art der Einnahmen/Jahr	2018		2017		2016		2015		2014	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	3,6 6	12,8 7	2,9 9	16,2 9	2,3 2	14,8 5	2, 2	14, 9	2, 4	19, 0
Mandatsträgerbeiträge	1,4 4	5,0 5	0,6 6	3,6 1	0,3 7	2,3 7	0,1 7	1, 2	0,0 5	0, 4
Spenden von natürlichen Personen	5,1 3	18,0 0	6,5 8	35,8 7	5,8 1	37,2 2	4,5 4	30, 7	2, 0	15,9 9
Spenden von juristischen Personen	0,0 7	0,2 6	0,1 7	0,9 1	0,1 9	1,1 9	0,1 3	0, 9	0,0 5	0, 4
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,1 1	0,3 8	0,2 1	1,1 5	0,5 5	3, 5	2, 4	16, 3	2,5 8	20, 6

Aus sonstigem Vermögen	0,0 1	0,0 5	0,0 0	0,0 1	0,0 0	0,8 1	0,00 3	0,0 2	0,00 3	0,0 2
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,1 3	0,4 5	0,0 4	0,2 3	0,1 2	0,7 5	0,03 5	0,2 4	0, 4	0, 3
Staatliche Mittel	10,1 0	35,4 6	7,5 5	41,1 2	6,1 3	39,2 9	5,2 1	35, 2	5, 4	4 3
Sonstige	7,8 2	27,4 8	0,1 5	0,8 1	0,1 3	0,8 1	0,08 9	0, 6	0,01 9	0,1 5
Summe	28,47 Mio €		18,36 Mio €		15,61 Mio €		14,79 Mio €		12,6 Mio €	

Quellen: ^[50]

Anmerkung: Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Mitgliedsbeiträge an die AfD im Jahr 2020 beliefen sich auf 4,348 Mio € und wurden auf 4,35 Mio € aufgerundet.

Beziehungen zu anderen Organisationen

Die Familienunternehmer - ASU

Der [Verband der Familienunternehmer](#) hatte ursprünglich für die eurokritischen und neoliberalen Positionen der AfD großes Verständnis. ^[51] Mitglieder und Repräsentanten des Verbands hatten sich bereits vor der Gründung der AfD mit Professoren getroffen, die die Gründung einer neuen Partei in Erwägung zogen. Zum Teil handelte es sich um vertrauliche Kontakte; zum Teil wurde über die Treffen in der Internetzeitung [FreieWelt.net](#) berichtet, die die AfD publizistisch unterstützt. ^[52] Robin Paulus, Leiter der Abteilung Politik und Wirtschaft der Familienunternehmer, vertrat auf dem [Forum Freiheit](#) 2013 die Auffassung: "Wer eine gute CDU will, muss die AfD wählen". ^[53] Zu seinem Bundeskongress am 8./9. Mai 2014 lud der Verband den AfD-Parteivorsitzenden Bernd Lucke ein, eine Stunde über den Euro und die Zukunft Europas zu referieren. ^[54] 2017 distanzierte sich Verbandspräsident Lutz Goebel hingegen deutlich von der AfD: „Das neue AfD-Spitzenduo will mit einem vermeintlich wirtschaftsliberalen Gesicht im Bundestagswahlkampf locken. Doch hinter den Phrasen des Wahlkampf-Gespans verbergen sich national-paternalistische Gedanken. Wer Wirtschaft und Gesellschaft national und isolationistisch denkt, der löst nicht die Probleme von heute, sondern schafft erst die Probleme von morgen.“ ^[55]

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft

Folgende AfD-Politiker sind Mitglieder in der [Hayek-Gesellschaft](#):

- [Alice Weidel](#), Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand
- [Beatrix von Storch](#), Stellv. Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand
- [Peter Boehringer](#), Sprecher des AfD-Bundesfachausschusses „Euro, Geld- und Finanzpolitik“, Vorsitzender im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags
- Karl-Heinz Krause ^[56], Mitglied der AfD und ihres Bundesfachausschusses Energiepolitik (BFA 10) ^[57] sowie Vorstandsmitglied der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#)

Quelle: ^[58]

Europäisches Institut für Klima und Energie (EIKE)

Folgende Mitglieder/Funktionsträger der AfD wirken beim [Europäisches Institut für Klima und Energie \(EIKE\)](#) mit, das den menschengemachten Klimawandel leugnet:

- Michael Limburg, Mitglied der AfD und Stellv. Vorsitzender des AfD-Bundesfachausschusses Energie, ist Vizepräsident von EIKE^[59]
- Horst-Joachim Lüdecke, Mitglied der AfD und Mitglied des AfD-Bundesfachausschusses Energie, ist Pressesprecher von EIKE^[60]
- Klaus Peter Krause, Mitglied der AfD, Mitglied des AfD-Bundesfachausschusses Energie und Stellv. Vorsitzender der AfD-nahen [Desiderius-Erasmus-Stiftung](#), veröffentlicht regelmäßig Artikel bei EIKE

Von den 15 Mitgliedern des „Bundesfachausschusses Energiepolitik“, der für das Thema Klimawandel zuständig ist, gehören nach taz-Recherchen mindestens 12 eindeutig zum Lager der Klimaskeptiker.^[61]

AfD-Mittelstandsforum

Das Mittelstandsforum für Deutschland e.V. (bis 2019 Mittelstandsforum der Alternative für Deutschland) ist eine AfD Vorfeldorganisation, welcher nach eigenen Angaben die Interessen des Mittelstandes vertritt. Dieser adressiert die Bundesregierung beispielsweise durch öffentlichkeitswirksame Aktionen vor dem Bundestag^[62]. Der Vorstand besteht zum Großteil aus politischen Mandatsträger:innen der AfD^[63].

Weiterführende Informationen

- [Die AfD – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung.](#) Studie der Heinrich Böll-Stiftung NRW, September 2013
- [Geheime Millionen und der Verdacht illegaler Parteispenden: 10 Fakten zur intransparenten Wahlkampfhilfe für die AfD](#), LobbyControl-Hintergrundpapier, September 2017

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Mitglieder der AfD](#), Zeit.de, vom 23.01.2024, abgerufen am 20.02.2024
2. ↑ [Pro-russische Propaganda quer durch Europa](#) tagesschau.de, Artikel vom 28.03.2024
3. ↑ [Wie Russland Einfluss auf westliche Politiker nimmt](#) zeit.de, Artikel vom 28.03.2024
4. ↑ [Petr Bystron dementiert Annahme von Zahlungen aus Russland](#) zeit.de, Artikel vom 04.04.2024
5. ↑ [Pro-russische Propaganda quer durch Europa](#) tagesschau.de, Artikel vom 28.03.2024
6. ↑ [FBI befragte AfD-Spitzenpolitiker zu möglichen Zahlungen aus kremlnahen Quellen](#) spiegel.de, Artikel vom 16.04.2024; abgerufen am 18.04.2024
7. ↑ [AfD Wahlprogramm 2021](#), afd.de, abgerufen am 28.12.2021
8. ↑ [AfD Wahlprogramm 2021](#), afd.de, abgerufen am 28.12.2021
9. ↑ [AfD Wahlprogramm 2021](#), afd.de, abgerufen am 28.12.2021

10. ↑ [AfD Wahlprogramm 2021](#), afd.de, abgerufen am 28.12.2021
11. ↑ vgl. die Recherchen von correctiv und Frontal21 [AfD-Finanzskandal: Spender wussten nichts von eigenen Spenden](#), correctiv.de vom 16.11.2019, abgerufen am 28.12.2021.
12. ↑ vgl. Chronik unter: [Der AfD-Spendenskandal – Die Übersicht: Von der Schweizer Plakatspende bis zur Strafzahlung](#), correctiv.de vom 26.11.2019, abgerufen am 28.12.2021
13. ↑ [Frauke Petry erhebt Korruptionsvorwürfe gegen AfD-Spitze](#), FAZ.net vom 15.06.2021, abgerufen am 28.12.2021.
14. ↑ [Deutscher Bundestag - Parteispenden über 50.000 € - Jahr 2023](#) bundestag.de, abgerufen am 19.02.2023
15. ↑ [Großspender fordert 100.000 Euro von der AfD in Thüringen zurück](#) mdr.de, vom 17.04.2022, abgerufen am 06.01.2023
16. ↑ [Otte spendete 30.000 Euro an die AfD](#) tagesschau.de, vom 03.02.2022, abgerufen am 04.02.2022
17. ↑ [Max Otte nach AfD-Engagement aus CDU ausgeschlossen](#) sueddeutsche.de, vom 03.08.2022, abgerufen am 06.01.2023
18. ↑ [AfD-Parteienfinanzierung: Großspende von mutmaßlichem Ex-Waffenhändler aus Bangkok](#) spiegel.de, vom 16.01.2019, abgerufen am 06.01.2023
19. ↑ [Angriff auf die CDU: Prominente Mittelständler finanzieren rechtspopulistische AfD. Spiegel online vom 15. Oktober 2014](#), abgerufen am 16.10.2014
20. ↑ [Illegale AfD-Spenden: Rote Karte für Meuthen](#) lobbycontrol.de, vom 13.01.2020, abgerufen am 06.01.2023
21. ↑ [Spendenskandal: Weitere Strafen für die AfD](#) lobbycontrol.de, vom 09.12.2020, abgerufen am 06.01.2023
22. ↑ [Die AfD erbte einen Goldschatz – und verliert ihn nun womöglich wieder](#) spiegel.de, Artikel vom 15.06.2023, abgerufen am 05.04.2024
23. ↑ [AfD Rechenschaftsbericht 2018](#)
24. ↑ [Millionenschweres Erbe: Muss die AfD ihren Goldschatz wieder abgeben?](#) nzz.ch, Artikel vom 03.08.2023, abgerufen am 05.04.2023
25. ↑ [AfD erbt Goldschatz: Parteitag hat Einblick](#) zdf.de, Artikel vom 28.07.2023, abgerufen am 05.04.2024
26. ↑ [Die AfD erbte einen Goldschatz – und verliert ihn nun womöglich wieder](#) spiegel.de, Artikel vom 15.06.2023, abgerufen am 05.04.2024
27. ↑ [Heikler Deal: AfD bekam günstigen Millionenkredit von Hamburger Reeder](#), Der Spiegel, abgerufen am 22. Juli 2014
28. ↑ [AfD setzt umstrittene Kreditfinanzierung fort](#), abgerufen am 22. Juli 2014
29. ↑ [Muss AfD günstigen Kredit melden?](#), abgerufen am 22. Juli 2014
30. ↑ [Europawahlkampf Henkel leiht AfD eine Million](#), Zeit online vom 30. April 2014, abgerufen am 9. 5. 2014
31. ↑ [Erklärung der finanziellen Interessen beim Europäischen Parlament vom 24. 6. 2014](#)
32. ↑ [Professor Goldfingers großer Plan](#), spiegel.de
33. ↑ [AfD-Goldhandel: Lammert empfiehlt Änderung des Parteiengesetzes](#), bundestag.de, abgerufen am 02. Februar 2015
34. ↑ [Parteiengesetz](#), gesetze-im-internet.de
35. ↑ [Öffentliche Anhörung im Bundestag, 14. Dezember 2015](#), zuletzt aufgerufen am 26.9.2019
36. ↑ [Warum die dubiose AfD-Wahlkampfhilfe unaufgeklärt bleibt – und was sich ändern muss](#), LobbyControl, 5. September 2016, zuletzt abgerufen am 6.9.2016
37. ↑ [Mecklenburg-Vorpommern: Die geheimen Helfer der AfD](#), FAZ, 21. August 2016, zuletzt aufgerufen am 31.8.2016

38. ↑ [Verdeckte AfD-Wahlwerbung: „Die größten intransparenten Geldflüsse der letzten Jahre“](#) Pressemeldung von Lobbycontrol, 8. September 2017, zuletzt aufgerufen am 26.9.2019
39. ↑ [Geheime Millionen und der Verdacht illegaler Parteispenden: 10 Fakten zur intransparenten Wahlkampfhilfe für die AfD](#), Analyse von Lobbycontrol, September 2017, zuletzt aufgerufen am 26.9.2019
40. ↑ [AfD wegen anonymer Spende unter Druck](#) Frankfurter Rundschau, 8. März 2016, zuletzt aufgerufen am 28.11.2016
41. ↑ [Meuthens heimliche Helfer](#), lobbycontrol.de
42. ↑ [Woher kommt das Geld für das Blatt?](#) wiwo.de vom 12.07.2017, abgerufen am 10.04.2024
43. ↑ [Redaktion der Ehemaligen](#) zeit.de vom 11.07.2017, abgerufen am 10.04.2024
44. ↑ [Schweizer Geld für die AfD](#) zeit.de vom 23.09.2021, abgerufen am 10.04.2024
45. ↑ [Der Milliardär und die AfD](#) spiegel.de, Artikel vom 23.11.2018, abgerufen am 10.04.2024
46. ↑ ["Gesichert extremistisch"](#) tagesschau.de vom 10.12.2021, abgerufen am 24.04.2024
47. ↑ [AfD will keine "Blaue Welle"](#) taz.de vom 22.03.2024, abgerufen am 24.04.2024
48. ↑ [Lobbyreport 2024](#), Seite 45 f. LobbyControl, März 2024
49. ↑ [Im Fahrwasser der AfD](#) tagesschau.de vom 21.04.2024, abgerufen am 24.04.2024
50. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
51. ↑ [Andreas Kemper: Familienunternehmer versus BDI, Der Freitag online vom 20. März 2013](#) Webseite Freitag, abgerufen am 11. 5. 2014
52. ↑ [Podiumsdiskussion der Zivilen Koalition: ESM - Vertrag - Der Weg in die Schuldenunion](#), FreieWelt.net vom 1. Januar 2013
53. ↑ [Christian Dorn: Forum Freiheit 2013: AfD oder FDP?, eigentümlich frei vom 19. September 2013](#), Webseite abgerufen am 11. 5. 2014
54. ↑ [Familienunternehmen geben der AfD eine Bühne, Stuttgarter Zeitung vom 8. Mai 2014](#), Webseite Stuttgarter Zeitung, abgerufen am 11. 5. 2014
55. ↑ [Die AfD im Wahlkampf - vermeintlich wirtschaftsliberal](#), familienunternehmer.de, 17/2017], abgerufen am 09.09.2017
56. ↑ [Zum 80. Geburtstag](#), bdk-berlin.org, abgerufen am 03.12.2018
57. ↑ [Schwere Zeiten für die AfD](#), kpkrause.de vom 02.05.2016, abgerufen am 03.12.2018
58. ↑ [Die Hayek-Gesellschaft- „Mistbeet der AfD“?](#), sueddeutsche.de vom 14.07.2017, abgerufen am 27.11.2018
59. ↑ [AfD Klimapolitik „Auch hier bitte klare Kante“](#), eike-klima-energie.eu vom 27.01.2014, abgerufen am 06.12.2018
60. ↑ [Keine Spur von Antifa bei AfD-Vortrag](#), swp.de vom 20.04.2017, abgerufen am 06.12.2018
61. ↑ [Sammelbecken der Klimaskeptiker](#) taz vom 27. 09. 2013, abgerufen am 27.09.2013
62. ↑ [Aktion des Mittelstandsforum vor dem Bundestag](#) instagram.com, Beitrag vom 12.11.2022, abgerufen am 05.04.2024
63. ↑ [Vorstand Mittelstandsforum](#) mittelstandsforum.org, abgerufen am 05.04.2024

Friedrich Merz

Friedrich Merz (* 11. November 1955 in Brilon), Bundesvorsitzender der CDU, Wirtschaftsanwalt und langjähriger Top-Lobbyist, war in einer Vielzahl von Unternehmen sowie wirtschaftsnahen Interessenverbänden und Netzwerken in leitenden Funktionen aktiv. Er gilt als Finanz- und

Wirtschaftsexperte mit wertvollen Kontakten in Politik und Wirtschaft.^[1] So war Merz bis Ende 2021 Vizepräsident des unternehmerischen Lobbyverbands [Wirtschaftsrat der CDU](#)^[2] und Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (MIT).^[3] Armin Peter, zuletzt Stellv. Pressesprecher des Wirtschaftsrats und Pressesprecher des damaligen Wirtschaftsrats-Vizepräsidenten Merz, ist seit Februar 2022 Stellv. Sprecher der CDU und pers. Pressesprecher von Merz.^{[4][5]} Merz ist weiterhin Mitglied im Gründerkreis der Sektion New York des Wirtschaftsrats der CDU.^[6]

Von 2009 bis 2019 war Merz Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)^[7] und von 2016 bis 2020 Aufsichtsratschef des deutschen Ablegers des Vermögensverwalters [BlackRock](#), für den er Beziehungen zu wichtigen Kund*innen, Behörden und Regierungsstellen in Deutschland vermittelte.^[8] Weiterhin betätigte er sich bis Ende 2021 als Senior Counsel der Wirtschaftskanzlei Mayer Brown LLP^[9], die auf ihrer Webseite auch den Tätigkeitsbereich Lobbyismus anbietet.^[10]

Nach seiner Niederlage bei der Kandidatur als Nachfolger für Angela Merkel für den Parteivorsitz der CDU im Dezember 2018 wurde er im Januar 2019 als weiteres Mitglied der CDU-Kommission zur sozialen Marktwirtschaft benannt, einem Expertenkreis aus Vertreter*innen der Wirtschaft und Wissenschaft.^[11] Im Zusammenhang mit einer erneuten Kandidatur für den Parteivorsitz der CDU beendete Merz seine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender von Blackrock zum Ende des ersten Quartals 2020.^{[12][13]} Auf dem CDU-Parteitag 2021 unterlag er in einer digital durchgeführten Stichwahl gegen seinen Konkurrenten Armin Laschet. Auf dem Parteitag am 22. Januar 2022 wurde er mit 94,62 % der Stimmen der Delegierten zum Vorsitzenden der CDU gewählt.^[14]

Interessante Inhalte? Die Lobbypedia soll aktuell bleiben und wachsen.
Helfen Sie dabei! Stärken Sie LobbyControl jetzt mit einer Spende und
werden Sie Teil der LobbyControl-Gemeinschaft. Dankeschön!



Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	70
2 Positionen, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft	71
2.1 2021: Merz' Ankündigung zu Nebentätigkeiten	71
2.2 2021: LobbyControl kritisiert Merz' Tätigkeit im Wirtschaftsrat der CDU	71
2.3 2020: Aufsichtsratschef bei Blackrock und Kandidatur für den CDU-Vorsitz	72
2.4 2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher	72
2.5 2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte	72
2.6 2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW	72
2.7 2010: Streit in der Atlantik-Brücke	73
2.8 2010: Position zum Atomausstieg	73
2.9 2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften	73
2.10 2006:	74
3 Verbindungen	74
4 Zitate von Friedrich Merz	74
5 Einzelnachweise	74

Karriere

Partei

- 22.1.2022 Wahl zum Parteivorsitzenden mit 94,62 % der Stimmen der Delegierten;
- 17.12.2021 Friedrich Merz wird mit 62,2% im ersten Mitgliederentscheid der Partei zum CDU-Vorsitzenden gewählt.
- 2021 Dritte Kandidatur zum Parteivorsitzenden: Merz tritt gegen Norbert Röttgen und Helge Braun an^[15]
- 2021 Armin Laschet holt Friedrich Merz in das Wahlkampfteam der CDU für die Bundestagswahl.^[16]
- 2021 erneute erfolglose Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (gewählt wurde Armin Laschet)
- 2018 erfolglose Kandidatur zum Parteivorsitzenden der CDU (gewählt wurde Annegret Kramp-Karrenbauer)
- 2014 Ernennung zum Mitglied der CDU-Parteikommision "Zusammenhang stärken - Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten"
- 2002–2004 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (trat 12/2004 von diesem Amt zurück)
- 2000–2002 Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1998–2000 Stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion
- 1996–1998 CDU/CSU-Obmann im Finanzausschuss

Staatliche Mandate und Ämter

- Seit 9/2021 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 11/2017–1/2020 *Brexit-Beauftragter* des Landes NRW^{[17][18]}
- 1994–2009 Mitglied des Deutschen Bundestages
- 1989–1994 Mitglied des EU-Parlaments
- 1985–1986 Richter am Amtsgericht Saarbrücken

(Neben-)Beruflich (siehe auch "Weitere Funktionen")

- 2016–03/2020 Aufsichtsratschef bei [BlackRock](#) Deutschland
- 2009–2019 Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#)
- 2014–Ende 2021 Senior Counsel bei Mayer Brown LLP
- 2005–2014 Partner der Anwaltssozietät Mayer, Brown, Rowe & Maw LLP (später umfirmiert in Mayer Brown LLP)
- 2002–2004 Anwalt in der Kölner Kanzlei Cornelius Bartenbach Haesemann und Partner
- Während seiner Mandatszeit im Bundestag hielt Merz bezahlte Vorträge. z.B. für: [KPMG](#), Management Partner GmbH, Markant AG, Pfeleiderer AG, Piper Verlag GmbH.
- 1990 Eintritt in die Anwaltssozietät Leinen & Derichs
- 1986–1989 tätig im [Verband der Chemischen Industrie](#) in Bonn und Frankfurt
- Seit 1986 Rechtsanwalt

Weitere Funktionen

- [Ludwig-Erhard-Stiftung](#), Mitglied
- [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#), Mitglied^[19]
- United Europe, Mitglied des Vorstands

- Gründer der Friedrich und Charlotte Merz Stiftung für Bildung und Ausbildung (gemeinsam mit seiner Frau Charlotte)

(Stand: 01/2022)

Frühere Funktionen

Laut veröffentlichungspflichtigen Angaben als Bundestagsabgeordneter hatte Merz 2009 die folgenden weiteren Funktionen: AXA Konzern (Vorsitzender des Beirats und des Aufsichtsrats), [BASF](#) Antwerpen N.V. (Mitglied des Verwaltungsrats), [Commerzbank](#) (Mitglied des zentralen Beirats), DBV-Winterthur Holding (Mitglied des Aufsichtsrats), Interseerhoh AG (Mitglied des Aufsichtsrats), IVG Immobilien AG (Mitglied des Aufsichtsrats), Stadler Rail AG, Bussnang/Schweiz (Mitglied des Verwaltungsrats), WEPA Industrieholding SE (Mitglied des Aufsichtsrats), Council on Public Policy (Mitglied des Kuratoriums), [Gesellschaft zum Studium strukturpolitischer Fragen](#) (Stellv. Vorsitzender), Industrie-Pensionsverein IVP (Mitglied des Verwaltungsrats).^[20] Weiterhin war er Gründungsmitglied des 2016 aufgelösten Fördervereins der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM) und Mitglied der Europäischen Gruppe der [Trilaterale Kommission](#).

Mit seiner Rückkehr in die Politik gab Merz die folgenden Positionen in der Wirtschaft auf: Gastmitglied im Präsidium der [Mittelstands- und Wirtschaftsunion](#) (2022), Vizepräsident des [Wirtschaftsrat der CDU](#) (2021), Vorstand des Aufsichtsrats der WEPA Industrieholding SE (2021), Mitglied des Aufsichtsrats der Flughafen Köln/Bonn GmbH (2020), Mitglied des Verwaltungsrats der Stadler Rail AG (2020), Mitglied des Aufsichtsrats von HSCB Trinkhaus & Burkhardt (2019). Außerdem war er Mitglied des "Politischen Beirats" der (von 2004 - 2013 tätigen) "Kommission Steuergesetzbuch" der [Stiftung Marktwirtschaft](#)

Positionen, Interessenkonflikte und Verbindungen in die Wirtschaft

2021: Merz' Ankündigung zu Nebentätigkeiten

Im März 2021 kündigt Merz an, keinen "beruflichen Tätigkeiten außerhalb der Politik" nachgehen zu wollen, sollte er erneut in den Bundestag einziehen.^[21] Das bezog er sich aber ausdrücklich nur auf bezahlte Nebentätigkeiten, seine ehrenamtliche Funktion als Vize-Präsident des Wirtschaftsrats würde er beibehalten.^[22] Ende des Jahres 2021 beendete Merz dennoch seine Tätigkeit als Vize-Präsident des Wirtschaftsrats.

2021: LobbyControl kritisiert Merz' Tätigkeit im Wirtschaftsrat der CDU

Im März 2021 veröffentlichte LobbyControl eine Studie zum [Wirtschaftsrat der CDU](#), in der auch Friedrich Merz kritisiert wird^[23].

Friedrich Merz war nach der Studie einer der prominentesten und zugleich einflussreichsten Personen im [Wirtschaftsrat der CDU](#) – ein unternehmerischer Lobbyverband, der als besonders starker und einflussreicher Klimaschutzbremsen auffällt. Im Wirtschaftsrat war Merz schon seit den 1990er-Jahren Mitglied, 1999 wurde er ins Präsidium gewählt. 2006 war er an der Gründung der New Yorker Sektion des Wirtschaftsrats beteiligt. Im Januar 2019, kurz nachdem er das erste Rennen um den CDU-Parteivorsitz verloren hatte, wurde Merz schließlich Vizepräsident des Wirtschaftsrats.

Mit Merz' kandidierte erstmals ein Spitzenfunktionär des Verbandes für den CDU-Parteivorsitz. Merz nutzte seine Auftritte bei Veranstaltungen des Wirtschaftsrates für den parteiinternen Wahlkampf zum CDU-Parteivorsitz.

Positionen zur Klimapolitik: Im Zuge seiner Kandidaturen für den Parteivorsitz 2018 und 2020/21 äußerte sich Merz auch zum Thema Umwelt und Klima. Er kritisiert die „steilen Thesen“ der Fridays-for-Future-Aktivist:innen^[24], bezeichnet Greta Thunberg als „krank“^[25] und diffamiert die Protestierenden im Dannenröder Wald als gewalttätige „illegale Besetzerszene“^[26].

2020: Aufsichtsratschef bei Blackrock und Kandidatur für den CDU-Vorsitz

Merz ist seit 2016 Aufsichtsratschef bei Blackrock, dem größten Vermögensverwalter der Welt, der an allen Unternehmen des Deutschen Aktienindex DAX erhebliche Anteile hat. Das Unternehmen teilte mit, Merz solle nicht nur Aufsichtsrat sein, sondern eine "weiter gefasste Beraterrolle einnehmen, in der er die Beziehungen mit wesentlichen Kunden, Regulierern und Regulierungsbehörden in Deutschland für Blackrock fördern wird". Das impliziert einen klaren Lobbyauftrag. Wenige Wochen nachdem Annegret Kamp-Karrenbauer im Frühjahr 2020 auf die Kanzlerkandidatur verzichtete und ihren Rücktritt als Parteivorsitzende bekannt gab, kündigte Merz seine erneute Kandidatur für den Parteivorsitz an. Im März 2020 legte er seinen Posten im Aufsichtsrat von Blackrock nieder, um sich weiter politisch einzubringen.

2019: Stadler-Börsengang macht Merz um Millionen reicher

Seit 2006 sitzt Merz im Verwaltungsrat des schweizerischen Zugherstellers Stadler Rail, der am 12. April 2019 an die Börse ging.^[27] Wie alle Mitglieder des Verwaltungsrats hat auch Merz anlässlich des Börsengangs Aktien des Unternehmens erhalten - laut der schweizerischen Zeitung „Blick“ handelt es sich um 150.000 Aktien, deren Wert am 12. April 2019 bei 6,5 Mio. Schweizer Franken (5,7 Mio. Euro) lag.^[28]

2018: Diskussion um Cum-Ex-Geschäfte

Merz ist seit 2010 Vorsitzender des Verwaltungsrats bei **HSCB Trinkaus & Burkhardt**.^[29] Von 2010 bis 2019 war er zudem Mitglied des Aufsichtsrats des Bankhauses **HSCB Trinkaus & Burkhardt**, gegen das die Staatsanwaltschaft Düsseldorf wegen Cum-Ex-Geschäften ermittelte.^[30] Nach einem Bericht des Handelsblatts geht es um einen Steuerschaden im niedrigen zweistelligen Millionenbereich.^[31] Die Bank habe aber nach eigenen Angaben den Cum-Ex-Handel nicht als Geschäftsmodell gesehen. Am 06.11.2018 durchsuchte die Staatsanwaltschaft Köln im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens zu Cum-Ex-Geschäften Räume von Blackrock in München.^[32] Nach Angaben eines Konzernsprechers betreffen die Ermittlungen einen Zeitraum, zu dem Merz noch nicht für BlackRock tätig war. Merz hatte gegenüber der Süddeutschen Zeitung erklärt, Aktien-Geschäfte wie Cum-Ex und Cum-Cum dienten letztlich dazu, die Steuerzahler auszunehmen.^[33] Derartige Geschäfte seien vollkommen unmoralisch, unabhängig von der juristischen Bewertung.

2017: Ernennung zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln Bonn - ein Verstoß gegen den Ethikkodex des Landes NRW

Bei der Ernennung von Merz zum Aufsichtsratsvorsitzenden des Flughafens Köln-Bonn verstieß die Landesregierung gegen ihren eigenen Ethik-Kodex, der vorsieht, dass ein Aufseher im Landesauftrag in der Regel nur zwei Aufsichtsräte führen sollte.^{[34][35]} Merz ist außerdem Aufsichtsratsvorsitzender der WEPA Industrieholding SE und war zu diesem Zeitpunkt Aufsichtsratsvorsitzender von BlackRock sowie Vorsitzender des Verwaltungsrats der HSBC Trink, aus & Burkhardt.

2010: Streit in der Atlantik-Brücke

Im Juni 2009 löste Merz den [EADS](#)-Manager Thomas Enders als Vorsitzender der [Atlantik-Brücke](#) ab.^[36] Der Verein gilt als "einer der einflussreichsten und exklusivsten Organisationen der Berliner Republik".^[37]

Im Mai 2010 forderte der Ehrenvorsitzende der Atlantik-Brücke Walter Leisler Kiep Friedrich Merz auf, von seinem Posten als Vorsitzender des Vereins zurück zu treten. In einem Brief an die Mitglieder sorgte sich Kiep laut Presseberichten um die neuerlichen politischen Aktivitäten des Ex-Vizechefs der CDU/CSU-Fraktion, da diese die Atlantik-Brücke "in nicht unerhebliche Konflikte stürzen" könnten.^[38] Der Anlass für Kieps Kritik soll das Buch "Was jetzt zu tun ist" gewesen sein, das Friedrich Merz gemeinsam mit dem früheren SPD-Wirtschaftsminister [Wolfgang Clement](#) geschrieben hat. Die Gegenseite behauptet, dass Merz Sparkurs zur Konsolidierung der Atlantik-Brücke-Financen die Reisekosten des Ehrenvorsitzenden empfindlich beschnitten habe, so dass Kiep mit fadenscheinigen Argumenten zum Gegenangriff geblasen habe.

Merz konnte den Machtkampf gegen Kiep schließlich für sich gewinnen: Nachdem er am 1. Juni 2010 zunächst doch als Vorstandsvorsitzender der Atlantik-Brücke zurückgetreten war, wurde er am Ende des Monats erneut in den Posten gewählt.^[39] 2019 gibt Merz seinen Vorstandsvorsitz auf.^[40]

2010: Position zum Atomausstieg

Merz war einer der 40 Erstunterzeichner des Aufrufs *Energiepolitischer Apell*, einer Lobby-Initiative gegen den Atomausstieg, die vor einem vollständigen Verzicht auf Kohle- und Kernenergie warnte. Die, von den 4 großen deutschen Energiekonzernen [E.ON](#), [RWE](#), [Vattenfall](#) und [EnBW](#) initiierte Kampagne mahnte, ein vorzeitiger Atomausstieg würde Milliarden vernichten. Der Energiewandel dürfe Energiekonzerne und Unternehmen nicht stärker belasten.^[41]

2006: Klage beim Bundesverfassungsgericht gegen die Veröffentlichung von Nebeneinkünften

Im Jahr 2006 legte März gemeinsam mit 8 weiteren Bundestagsabgeordneten beim Bundesverfassungsgericht (BVerfG) Klage gegen die Offenlegung ihrer Nebeneinkünfte ein. Merz, der damals neben seinem Bundestagsmandat elf Nebentätigkeiten ausübte^[42], warnte in Karlsruhe davor, dass eine Offenlegung zu einem „Studienabbrecher-Parlament“ führen würde. „Die Zahl der nicht mehr in einen bürgerlichen Beruf resozialisierbaren Abgeordneten“ nehme zu.^[43]

Am 4. Juli 2007 wies das BVerfG die Klage mit der Begründung zurück, das Grundgesetz gehe von Abgeordneten aus, die unabhängig von Interessengruppen seien. Dabei gehe es nicht zuletzt um Unabhängigkeit von Interessenten, die ihre Sonderinteressen im Parlament mit Anreizen durchzusetzen suchen, die sich an das finanzielle Eigeninteresse von Abgeordneten wenden. Das BVerfG ließ verlauten, dass die Wahrung der Unabhängigkeit der Abgeordneten nach dieser Seite hin ein besonders hohes Gewicht habe, da es hier um die Unabhängigkeit gegenüber Einwirkungen gehe, die nicht durch die Entscheidungen der Wähler vermittelt seien.^[44]

2006:

Im Frühjahr 2006 trat Merz auf der Sitzung der CDU-Landesgruppe NRW offiziell als Anwalt der Ruhrkohle AG auf. Gleichzeitig war er Mitglied des Bundestages und der CDU-Landesgruppe NRW. ([LobbyControl berichtete](#)).^[45]

Merz selbst hat während seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter mehrere Nebentätigkeiten für Unternehmen und Interessenorganisationen ausgeübt. Allein im Jahr 2006 saß Merz in acht Aufsichts-, Verwaltungs- und Beiräten mehrerer Unternehmen. Recherchen des Manager Magazins zufolge bezog er zusätzlich zu seinem Anwalts-Salärs dafür Nebeneinkünfte von einer Viertelmillion Euro.^[46]

Verbindungen

Friedrich Merz wurde 2005 in die CDU-interne Männer-Seilschaft *Andenpakt* aufgenommen, in der beispielsweise auch der ehemalige hessische Ministerpräsident [Roland Koch](#), Ex-Bundespräsident Christian Wulff und der ehemalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung Mitglied waren oder sind.^[47]

Zitate von Friedrich Merz

„Von den ersten 200.000 Anträgen auf Elterngeld kamen neun Prozent von berufstätigen Frauen, 54 Prozent von Hartz-IV-Empfängern. Die haben damit Einkünfte über denen arbeitender Geringverdiener.“

„Kindergärten brauchen wie Schulen und Universitäten eine eigene Kapitalbasis. Da müssen Eltern und Ehemalige eben entsprechend einzahlen, wenn sie die Qualität sichern und erhalten wollen.“

„160 Länder weltweit dürfen sich Sozialstaaten nennen, wir gehören zu den vieren, die lebenslang für Arbeitslosigkeit zahlen“^[48]

Merz kritisierte die „steilen Thesen“ der Fridays-for-Future-Aktivist:innen, bezeichnet Greta Thunberg als „krank“ und diffamiert die Protestierenden im Dannenröder Wald als gewalttätige „illegale Besetzerszene“.

Merz warnt zugleich vor einer Zerstörung der „freiheitlichen Lebensweise“ und „marktwirtschaftlichen Ordnung“ durch mehr Klimaschutz. Er warnt außerdem vor „Verboten, Bevormundungen und staatlichen Vorgaben“ und einem frühzeitigen Ende von Verbrennungsmotoren.

== Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus ==

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Was Friedrich Merz bei Blackrock macht](#), sz.de vom 30.10.2018, abgerufen am 28.04.2020

2. ↑ [Vizepräsident im Wirtschaftsrat](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 28.04.2020
3. ↑ [15. Bundesmittelstandtag](#), mit-bund.de vom 11.12.2021, abgerufen am 23.12.2021
4. ↑ [Armin Peter](#), linkedin.com, abgerufen am 05.04.2022
5. ↑ [Peter ist Pressesprecher des CDU-Vorsitzenden Merz](#), politik-kommunikation vom 28.02.2022, abgerufen am 05.04.2022
6. ↑ [Sektionsvorstand](#), wirtschaftsrat.de, abgerufen am 20.07.2023
7. ↑ [Merz Vorsitzender der Atlantik-Brücke](#), atlantik-bruecke.de vom 28.03.2019, archiviert auf archive.org abgerufen am 28.04.2020
8. ↑ [Redner](#), bankenverband.de, vom 6.09.2018, archiviert auf web.archive.org, abgerufen am 14.04.2020
9. ↑ [Friedrich Merz Tätigkeit bei Mayer Brown](#), mayerbrown.com, abgerufen am 14.04.2020
10. ↑ [Public Policy Regulatory political law](#), mayerbrown.com, abgerufen am 14.04.2020
11. ↑ [Friedrich Merz wird wieder CDU-Finanzexperte](#), zeit.de vom 10.01.2019, abgerufen am 20.04.2020
12. ↑ [Persönliche Erklärung](#), merz.de vom 05.02.2020, abgerufen am 14.04.2020
13. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratsjob auf](#), handelsblatt.com vom 05.02.2020, abgerufen am 24.04.2020
14. ↑ [Friedrich Merz: Da ist er wieder](#), zdf am 22.1.2022, abgerufen am 22.1.2022
15. ↑ [Merz und Röttgen für CDU-Vorsitz nominiert](#), abgerufen am 16.11.2021
16. ↑ [Laschet holt Merz in sein Wahlkampfteam](#) Süddeutsche Zeitung vom 28.04.2021, abgerufen am 29.04.2021
17. ↑ [Regierungsjob für Friedrich Merz](#), sueddeutsche.de vom 07.11.2017, abgerufen am 24.04.2020
18. ↑ <https://www.bild.de/regional/duesseldorf/duesseldorf-aktuell/nrw-land-hat-seit-fast-einem-jahr-keinen-brexit-beauftragten-mehr-74601398.bild.html>
19. ↑ [Mitglieder Politik](#), strukturgesellschaft.de, abgerufen am 13.01.2022
20. ↑ [Veröffentlichungspflichtige Angaben als Mitglied des Deutschen Bundestags](#), werbarchiv.bundestag.de, Datum der Archivierung: 27.04.2010
21. ↑ [Merz will bei Einzug in den Bundestag keine Nebentätigkeiten ausüben](#) Redaktionsnetzwerk Deutschland, abgerufen am 07.07.2021
22. ↑ <https://mobile.twitter.com/realArminPeter>
23. ↑ [Der Wirtschaftsrat der CDU – Mächtiges Lobbyforum und einflussreicher Klimaschutz-Bremser](#) LobbyControl im März 2021, abgerufen am 08.04.2021
24. ↑ ["Hört auch mal zu zwischendurch"](#) Der Spiegel, 06.11.2020, abgerufen am 08.04.2021
25. ↑ [„Ex-Unionsfraktionschef Merz kritisiert Merkels Klimapolitik – und Greta Thunberg“](#) Handelsblatt, 25.09.2019, abgerufen am 08.04.2021
26. ↑ ["#MerzMail 16"](#) vom 23.11.2020, abgerufen am 08.04.2021
27. ↑ [Börsengang von schweizer Unternehmen - Friedrich Merz könnte Millionen scheffeln](#), merkur.de vom 13.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
28. ↑ [Sogar die Mediensprecherin ist jetzt Millionär](#), blick.ch vom 12.04.2019, abgerufen am 14.04.2020
29. ↑ [Merz Vorsitz des Verwaltungsrats](#), about.hsbc.de, Stand Dezember 2019, abgerufen am 28.04.2020
30. ↑ [Merz gibt Aufsichtsratsposten bei HSBC auf](#), spiegel.de, abgerufen am 28.04.2020
31. ↑ [Die vielen Geschäfte des Herrn Merz](#), handelsblatt.com vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
32. ↑ [Steuerfahnder durchsuchen Büros von BlackRock](#), spiegel.de vom 06.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
33. ↑ [Merz bestreitet Interessenkonflikte](#), sueddeutsche.de vom 01.11.2018, abgerufen am 14.04.2020
34. ↑ [Der Gegenspieler Friedrich Merz](#), general-anzeiger-bonn.de vom 30.10.2018, abgerufen am 09.11.2018
35. ↑ [Lehrmonate einer Landesregierung](#), rp-online.de vom 29.11.2007, abgerufen am 09.11.2018
36. ↑ [Merz wird neuer Chef der Atlantik-Brücke](#), Handelsblatt am 30. Juni 2010, abgerufen am 20.04.2020

37. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 20. April 2020.
38. ↑ [Merz steht vor dem Rauswurf beim Netzwerk Atlantik-Brücke](#), Zitiert nach Capital vom 18.05.2010, Artikel archiviert auf archive.org am 11.01.2013, abgerufen am 31.10.2018
39. ↑ [CDU-Altstar Merz gewinnt die Schlammschlacht](#), sueddeutsche.de vom 30. Juni 2010, abgerufen am 14.04.2020.
40. ↑ [Merz gibt Vorsitz von Atlantik-Brücke auf](#), spiegel.de vom 27.02.2020, abgerufen am 24.04.2020.
41. ↑ [Energiepolitischer Appell: 40 Manager greifen Röttgens Politik an](#) FAZ, 21. August 2010, abgerufen am 14. 04.2020
42. ↑ [Abgeordnete klagen gegen transparente Politiker-Gehälter](#), spiegel.de, 14. April 2020
43. ↑ [Streit um Nebeneinkünfte](#), handelsblatt.de, 14. April 2020
44. ↑ [Pressemitteilung des Bundesverfassungsgerichts Nr. 73/2007 vom 4. Juli 2007](#)
45. ↑ [Merz tritt als RAG-Anwalt auf](#), KStA.de, 04.04.2006, abgerufen am 14.04.2020
46. ↑ [Die Nebeneinkünfte des Friedrich Merz](#), manager-magazin.de vom 11.07.2007, abgerufen am 20.04.2020
47. ↑ ["Anden-Pakt" nimmt Friedrich Merz auf](#) Spiegel.de vom 03.11.2005, abgerufen am 14.04.2020
48. ↑ [Friedrich Merz lässt es krachen](#) Der Westen vom 22. Juni 2010, abgerufen am 15. September 2010.

Vernunftkraft

Weiterleitung nach:

- [Bundesinitiative Vernunftkraft](#)

Kerntechnik Deutschland

Kerntechnik Deutschland e. V. (KernD) wurde 1959 als **Deutsches Atomforum** e.V. (DATF) gegründet. 2019 erfolgte eine Verschmelzung mit dem Wirtschaftsverband Kernbrennstoff-Kreislauf und Kerntechnik e.V. (WKK) auf KernD.^[1] Zu den Mitgliedern zählen Organisationen aus allen Sektoren und Anwendungsfeldern der Kerntechnik: Energieversorgungsunternehmen, Hersteller, Zulieferer, Dienstleister, Hochschulen und Forschungsinstitute, Wirtschaftsvereinigungen etc.^[2] Vereinszweck ist laut [Satzung](#) die Förderung der Kompetenz im Bereich der friedlichen Nutzung der Kerntechnik bzw. angrenzender Disziplinen /Technologien in Anwendung, gesellschaftlichem Dialog, regulatorischen Prozessen sowie Forschung und Lehre.

Kerntechnik Deutschland e.V.

Rechtsform	Eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	Förderung der friedlichen Nutzung der Kerntechnik
Gründungsdatum	26. Mai 1959
Hauptsitz	Berliner Str. 80 A, Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadress	kern.de
e	

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbytätigkeit	77
2 Aktivitäten	77
3 Tochtergesellschaft INFORUM	78

4 Geschichte	78
5 Vorstand und Geschäftsführung	79
6 Mitglieder	79
7 Fallstudien und Kritik	79
7.1 Gemeinnützigkeit des Atomforums?	79
7.2 2008-2009: Kampagne zur Laufzeitverlängerung von AKWs	79
7.3 Werbekampagnen und Greenwashing	80
8 Weiterführende Informationen	80
9 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	80
10 Einzelnachweise	81

Lobbytätigkeit

Nach dem Beschluss der Bundesregierung, bis Ende 2022 aus der Kernkraft auszusteigen, hat der Verein seine Aktivitäten auf den Rückbau von Anlagen, die Endlagerung radioaktiver Abfälle und das Abfallmanagement konzentriert. Im September 2022 zeigte sich der Verband enttäuscht über den Vorschlag des Bundeswirtschaftsministeriums, zwei der derzeit noch am Netz verbleibenden deutschen Kernkraftwerke über den gesetzlichen Stilllegungstermin 31. Dezember 2022 hinaus lediglich in Betriebsbereitschaft zu halten und nur bei Bedarf eine Stromproduktion zu gestatten.^[3] Es sei unverständlich, dass die Auswirkung eines mehrjährigen Weiterbetriebs von Kernkraftwerken mit ihrer Erzeugung von 33 Milliarden Kilowattstunden pro Jahr auf die Preisentwicklung in der Entscheidungsfindung der Bundesregierung offensichtlich keine Rolle gespielt habe.

Im deutschen Lobbyregister gibt Kerntechnik Deutschland an, (Stand: 29.06.2023)

- im Jahr 2022 zwischen 70.001 und 80.000 Euro für Lobbyarbeit auszugeben und
- 1 bis 10 Lobbyist:innen zu beschäftigen.^[4]

Laut [EU Transparenzregister](#) ist in Brüssel ein Lobbyist (Vollzeitäquivalent: 0,2) ohne Zugangsberechtigung zum Europäischen Parlament tätig. Die Lobbyausgaben werden mit < 10 Tsd. Euro beziffert. Es gab kein Treffen mit der EU-Kommission. Im Gegensatz zur Vorgängerorganisation Deutsches Atomforum ist KernD kein Mitglied des einflussreichen europäischen Atomforums [FORATOM](#).

Aktivitäten

Der Verein versteht sich als Kompetenzzentrum für den öffentlichen und regulatorischen Dialog im Bereich der Kerntechnik. Inhaltlich beschäftigt sich KernD unter anderem mit den noch im Betrieb befindlichen Kernkraftwerken, dem Rückbau und der Entsorgung, dem Strahlenschutz, dem kerntechnischen Industrie- und Forschungsstandort, speziell in puncto Reaktorsicherheitsforschung, dem Transportwesen und der Kerntechnik im Alltag. Es gibt die folgenden Fachausschüsse: Radioaktive Abfälle (Fragen des Abfallmanagements sowie der Stilllegung und Endlagerung), Spaltmaterialüberwachung und Strahlenschutz.

Die Aktivitäten zu „Politik und Gesellschaft“ (u. a. Wahlspecials, Umfragen, Positionen, internationale Organisationen, Geschichte der Kernenergie, Fakten zur Kernenergie) sind [hier](#) abrufbar. Unter Experten wird neben Experten aus der Branche der Journalist und Leugner/Relativierer des menschengemachten

Klimawandels, [Roland Tichy](#) aufgeführt, der dort die Solar- und Windenergie diffamiert: „Frühe Kämpfer gegen die Kernenergie genießen Heldenstatus wie Soldaten der Roten Armee, die Deutschland befreit haben; Profiteure der Solar- und Windradindustrie gelten nicht als Geschäftemacher und Subventionsjäger, sondern als Innovatoren, Pioniere und Weltverbesserer“. ^[5] Ein weiterer Experte ist Frank Henning, Autor des Buches „Dunkelflaute - oder warum Energie sich nicht wenden lässt“, der die Serie „ABC des Energiewende- und Grünsprech“ online auf „Tichys Einblick“ schreibt. ^[6]

Tochtergesellschaft INFORUM

Die 1987 gegründete INFORUM Verlags- und Verwaltungsgesellschaft mbH ist eine 100-prozentige Tochtergesellschaft von KernD (ehemals DATF), die u.a. in der beruflichen Weiterbildung tätig ist und gemeinsam mit der [Kerntechnischen Gesellschaft](#) (KTG) die KERntechnik organisiert, eine Fachtagung der kerntechnischen Branche. Weiterhin gibt INFORUM das Fachmagazin "atw - International Journal of Nuclear Power" heraus.

Geschichte

Am 26. Mai 1959 wurde das Deutsche Atomforum gegründet. Kurz zuvor war das Atomgesetz der Bundesrepublik beschlossen worden, das die Rechtsgrundlage für den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken schaffte. Präsident des Forums war bis in die siebziger Jahre Karl Winnacker, der während des zweiten Weltkrieges leitende Positionen bei der umstrittenen IG Farben und der Hoechst AG innehatte. Winnacker fasste die Bedeutung des Forums rückblickend so zusammen: *„Hauptaufgabe des Deutschen Atomforums war die Förderung der Kernenergie im Bewusstsein der Öffentlichkeit. (...) Ohne sie wäre die gesamte Arbeit für die Kernenergie, besonders auch die Beschaffung der staatlichen Mittel, gar nicht möglich gewesen.“* ^[7] Zu Beginn zählten Vertreter von öffentlichen Behörden zu den Mitgliedern des Forums, was zur Verschmelzung von Atomwirtschaft, öffentlichen Behörden und Politikern führte. Ende der sechziger Jahre kam der Durchbruch für die Kernenergie in Deutschland. Kurze Zeit später wuchs auch der Widerstand gegen die Atomkraft stark. Das Atomforum versuchte dem entgegenzuwirken, indem es Publikationen und Broschüren veröffentlichte und Veranstaltungen abhielt, welche die Atomkraft anpriesen und Sicherheitsrisiken verharmlosten. Ein Jahr nach dem Reaktorunfall in Tschernobyl wurde die INFORUM Verlags- und Verwaltungsgesellschaft als eine 100-prozentige Tochtergesellschaft des Atomforums gegründet. INFORUM übernahm die Organisation der Veranstaltungen und Publikationen, da nach dem Tschernobyl-Unglück die Werbung für Atomkraft wieder umso wichtiger für die Atomlobby wurde. In den folgenden Jahren konnte sich die Kernenergie in Deutschland bis zum rot-grünen Beschluss aus der Atomkraft auszusteigen im Jahr 2002 etablieren. Ein schneller Ausstieg passierte jedoch nicht, da das Atomforum mit allen möglichen Mitteln versuchte den Ausstieg hinauszuzögern. ^[8] Unter veränderter Regierungskonstellation erreichte die Atomlobby schließlich den Ausstieg aus dem Ausstieg und die Verlängerung der Laufzeiten um durchschnittlich 12 Jahre. Die Ereignisse in Japan im Jahr 2011 trugen dazu bei, dass nun der stufenweise Ausstieg aus der Atomkraft bis 2020 vollzogen werden soll. ^[9] 2019 wurde das Deutsche Atomforum mit dem Wirtschaftsverband Kernbrennstoff-Kreislauf und Kerntechnik e.V. auf Kerntechnik Deutschland e.V. verschmolzen.

Vorstand und Geschäftsführung

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorstandsvorsitzender ist Thomas Seipolt, Managing Director der NUKEM Technologies GmbH (Tätigkeit: Management von radioaktiven Abfällen, Rückbau kerntechnischer Anlagen) sowie Geschäftsführer der NUKEM Technologies Engineering Services GmbH, einer Tochtergesellschaft der NUKEM Technologies GmbH. Letztere gehört zur staatlichen russischen Atomenergiegesellschaft Rosatom, die nicht nur in der zivilen Nutzung der Kernenergie tätig ist, sondern mit 90.000 der insgesamt 275 Tsd. Beschäftigten auch für den Kernwaffenkomplex^[10]

Geschäftsführer ist Thomas Behringer, Mitglied des Beirats der [AiNT GmbH](#).

Pressesprecher mit Zuständigkeit für die EU ist Nicolas Wendler.

Mitglieder

Die 12 Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Fallstudien und Kritik

Gemeinnützigkeit des Atomforums?

Die Gemeinnützigkeit des Vereins und die damit verbundenen Steuererleichterungen waren umstritten. Es bestand Grund zu zweifeln, ob der Verein das Prädikat "gemeinnützig" verdient. Laut §52 der Abgabenordnung zeichnet sich Gemeinnutz nämlich dadurch aus, dass die "Tätigkeit darauf gerichtet ist, die Allgemeinheit auf materiellem, geistigem oder sittlichem Gebiet selbstlos zu fördern."^[11] Das Atomforum hingegen wirkte als Lobby für die Energiewirtschaftsunternehmen mit dem eigennützigen Ziel Atomkraft zu fördern ohne Rücksicht auf Risiken. Bereits vor 2015 hat der Verein auf die Gemeinnützigkeit verzichtet.^[12]

2008-2009: Kampagne zur Laufzeitverlängerung von AKWs

Die taz veröffentlichte im Oktober 2011 interne Dokumente der Kommunikationsagentur [Deekeling Arndt Advisors](#), die 2008 und 2009 für das Deutsche Atomforum tätig war. Diese zeigen, auf wie vielfältige Weise die Atomlobby versuchte, die öffentliche Debatte zu beeinflussen und dabei immer wieder auf die Strategie zurückgriff, vermeintlich unabhängige Instanzen für sich werben zu lassen, damit es glaubwürdiger aussieht. Ein Beispiel war der Verein Women in Nuclear, in dem Frauen für Atomkraft werben. Der Verein veröffentlicht die Herkunft seiner Gelder nicht und bestreitet selbst Teil einer Kampagne zu sein. Aber die Unterlagen von Deekeling Arndt Advisors zeigen, dass die Agentur die Rekrutierung der Mitglieder und die öffentliche Vermarktung des Vereins gezielt unterstützte, um damit die weibliche Zielgruppe anzusprechen und dort Vertrauen in die Atomenergie zu schaffen.

Ein anderes Beispiel: der konservative Historiker Arnulf Baring hielt eine Rede beim 50. Geburtstags des Deutschen Atomforums am 1. Juli 2009 bei einer Feier, an der auch Bundeskanzlerin Angela Merkel teilnahm. Er betont in der Rede, dass er nicht mit den Energiekonzernen verbunden sei und „als unparteiischer, aber leidenschaftlich engagierter Bürger“ rede. Tatsächlich hat die Agentur ihm bei der Rede zugearbeitet und er wurde für den Vortrag bezahlt. Die Agentur sorgt auch dafür, dass Barings Rede als Gastbeitrag in der FAZ abgedruckt wird – auch hier kein Hinweis darauf, dass der Text von der Atomlobby bezahlt und platziert wurde.^[13]

Werbekampagnen und Greenwashing

- Kurz nach dem Reaktorunglück in Tschernobyl erschienen großformatige Zeitungsanzeigen in denen der damalige Präsident der Bundesärztekammer Karsten Vilmar seine Kollegen dazu aufrief ihre Patienten darüber aufzuklären, dass in Deutschland keine gesundheitlichen Schäden durch das Reaktorunglück in Tschernobyl entstanden sind, und somit „unsinnigen Spekulationen, Unsicherheit und Hysterie“ vorzubeugen. Die zehn Millionen DM teure Kampagne bezahlte das Atomforum, gab aber vordergründig an, dass die Vereinigung deutscher Elektrizitätswerke e.V. zahlte, um so die direkte Verbindung zu verschleiern. Der Spiegel deckte damals weitere (versuchte) Einflussnahmen auf die öffentliche Meinung und die Politik auf, u.a. einflussreiche Journalisten zu Konferenzen einzuladen, den [Bundesverband der Deutschen Industrie](#) (BDI) zu überreden eine ähnliche Anzeige zu schalten und die Anliegen der Atomindustrie in einem offenen Brief des BDI-Präsidenten an den Bundespräsidenten vorzutragen.^[14]
- Im Zeitraum 1997 bis 2002 ließ sich die Bundesregierung Öffentlichkeitsarbeit für das Atommüllendlager Asse vom Deutschen Atomforum finanzieren. Dadurch wurden die Kosten für Besucherführungen durch das Endlager gedeckt.^[15]
- 2007 "gewann" das Deutsche Atomforum den **Worst EU Lobbying Award** für die Werbekampagne „Deutschlands ungeliebte Klimaschützer“, in der Atomkraft unverblümt als Klimaschutz dargestellt wird.^[16] Die Webseite [Klimaschuetzer.de](#) leitet einen noch immer auf die Seite des Atomforums weiter.
- Eine weitere Werbekampagne startete das Deutsche Atomforum Ende 2010. Per Fotomontage wurden Windkraftanlagen zusammen mit Kernkraftwerken auf Werbeplakaten und in Zeitungsanzeigen dargestellt. Der irreführende Slogan dazu hieß „Klimaschützer unter sich“ und „Kernkraftwerk und Windenergie: CO₂-Ausstoß = Null.“ Im Dezember 2010 erreichte die Betreiberin der abgebildeten Windkraftanlagen eine einstweilige Verfügung gegen die Nutzung von Bildmaterial ihrer Windräder für Werbekampagnen des Deutschen Atomforums. Die Begründung des Gerichts, das am 5. Mai 2011 die einstweilige Verfügung bestätigte, lautete folgendermaßen: „Die Werbung ist irreführend, weil sie durch ihre Gesamtgestaltung (...) den unzutreffenden Eindruck erweckt, Kernkraftwerke stünden in Zusammenhang mit Windkraftanlagen und hätten ähnliche gute Umwelteigenschaften.“^[17] Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, da das Atomforum Berufung eingelegt hat.

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Key Note Speech 2019](#), kern.de, abgerufen am 23.01.2022
- ↑ [Über uns](#), kernd.de, abgerufen am 19.01.2020
- ↑ [Habecks Vorschlag zum KKW-Weiterbetrieb](#), kern.de vom 06.09.2022, abgerufen am 26.09.2022
- ↑ [Eintrag im Lobbyregister](#), lobbyregister.bundestag.de, abgerufen am 11.10.2023
- ↑ [Roland Tichy im Interview](#), kernd.de, abgerufen am 19.01.2022
- ↑ [Frank Hennig](#), tichyseinblick.de, abgerufen am 19.01.2022
- ↑ Winnacker, K. & Wirtz, K. (1988). Das unverstandene Wunder. Kernenergie in Deutschland, München: Econ Verlag
- ↑ Simmert, C. (2002). Die Lobby regiert das Land, Argon Verlag
- ↑ [Eine starke Lobby - Das deutsche Atomforum und die Entwicklung der Kernenergie](#) Deutschlandradio vom 16. März 2011, abgerufen am 10.04.2017
- ↑ [Analyse der Rosatom-Aktivitäten bzw. Rosatom-Verflechtungen für das österreichische Umweltbundesamtes, Wien 2022](#), umweltbundesamt.at, abgerufen am 26.09.2022
- ↑ [§52 AO Gemeinnützige Zwecke](#) abgerufen am 07.04.2017
- ↑ [Gemeiner Nutzen](#), stuttgarter-nachrichten.de vom 31.08.2015, abgerufen am 19.01.2022
- ↑ [Ausgedacht und vorgeführt](#) taz vom 29.10.2011, abgerufen am 07.04.2017
- ↑ [Atomlobby - Ohne einen Pfennig](#) Spiegel Ausgabe 29/1986, Seite 77, abgerufen am 07.04.2017
- ↑ [Atomlobby zahlt für Asse](#) Spiegel Ausgabe 21/2009, Seite 18, abgerufen am 07.04.2017
- ↑ [Die Gewinner der Worst EU Lobbying Awards 2007 sind..](#) LobbyControl-Blog vom 4. Dezember 2007, abgerufen am 07.04.2017
- ↑ [Urteil Landgericht Berlin 91 O 35/11](#) vom 5. Mai 2011, abgerufen am 07.04.2017

Daimler

Weiterleitung nach:

- [Mercedes-Benz](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

Deutsche Post-Stiftung

Stifterin der 1996 gegründeten **Deutschen Post Stiftung** war die [Deutsche Post DHL Group](#), die sich zu laufenden finanziellen Zuwendungen verpflichtet hat, um eine

Deutsche Post Stiftung

[[Bild:<datei>|center]]

Rechts gemeinnützige Stiftung

angemessene finanzielle Ausstattung der Stiftung sicherzustellen.^[1] Vorstand und alleinberechtigter Vertreter der Stiftung ist der ehem. Vorstandsvorsitzende der **Deutsche Post AG**, **Klaus Zumwinkel**, der zugleich Präsident des **Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit** (IZA) ist. Der Vorsitzende des Stiftungskuratoriums ist ein ehem. Vorstandsvorsitzender der **Deutsche Post DHL Group**.

Die Stiftung hat zunächst das **Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit** (IZA) gegründet und später das „Institute on Behavior & Inequality“ (briq) und das „Institute Environment & Sustainability“ (SUN) ins Leben gerufen. Damit unterstützt die Stiftung Forschung auf den Gebieten der Arbeitsmärkte, der Nachhaltigkeit des Wirtschaftens sowie dem Gebiet menschlichen Verhaltens in wirtschaftlichen Situationen und der Ungleichheit.

Deutsche Post Stiftung
form
Tätigke Die Stiftung ist alleinige
itsbere Gesellschafterin des Forschungsinstitut
ich zur Zukunft der Arbeit (IZA)
Gründu 1996
ngsdat
um
Haupts Schaumburg-Lippe-Str. 9, 53113 Bonn
itz
Lobbyb
üro
Lobbyb <text>
üro EU
Webad deutsche-post-stiftung.org
resse

Inhaltsverzeichnis

1 Transparenz	82
2 Organisationsstruktur und Personal	82
2.1 Vorstand und Kuratorium	82
2.2 Wissenschaftlicher Beirat	83
3 Geschäftsführung der von der Post-Stiftung gegründeten Gesellschaften	83
4 Abhängigkeit von der Deutschen Post AG	84
5 Finanzierung	85
6 Weiterführende Informationen	85
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	85
8 Einzelnachweise	85

Transparenz

Über die 1996 gegründete Deutsche Post Stiftung, deren Adresse mit der des IZA übereinstimmt, war lange Zeit wenig bekannt. Sie hatte zunächst keine eigene Webseite und keine gelistete Telefonnummer. Der Stiftungszweck wird im Stiftungsverzeichnis für das Land NRW nichtssagend mit "Wissenschaft und Forschung - allgemein Sonstige Zwecke - allgemein" beschrieben.^[2] Auf der 2015 eingerichteten Webseite wurde eine Telefonnummer genannt, unter der ein Anrufbeantworter mitteilte, man könne sich mit Fragen per E-Mail an eine Officemanagerin wenden.^[3] Zunächst gab es auch keine Angaben über die Finanzen und die Mitglieder des Kuratoriums. Inzwischen zeigt sich die Stiftung erheblich transparenter.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand und Kuratorium

Die Stiftung wird vom Vorstand und dem Kuratorium gesteuert.

Vorstand und alleinberechtigter Vertreter der Stiftung ist **Klaus Zumwinkel**, Präsident des **Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit** (IZA), bis 2008 Vorstandsvorsitzender der **Deutschen Post AG** (Rücktritt nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung)

Mitglieder des Kuratoriums sind (Stand: April 2022)^[4]:

- Hans-Dieter Petram, Vorsitzender, ehem. Vorstandsmitglied **Deutsche Post DHL Group**
- Wilfried Boysen, Finanzinvestor, von 2004-2014 Aufsichtsrat der Deutschen Postbank, die bis 2010 eine Tochtergesellschaft der **Deutsche Post AG** war^{[5][6]}
- Edgar Ernst, Präsident Deutsche Prüfstelle für Rechnungslegung, ehem. Vorstandsmitglied Deutsche Bundespost Postdienst/**Deutsche Post AG**^[7]
- Herbert A. Henzler, Unternehmensberater, langjähriger Chairman von McKinsey Deutschland und McKinsey Europe^[8] Er gehört wie der Stiftungsvorstand, IZA-Präsident und ehem Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post AG, Zumwinkel, dem Karriere-Netzwerk der ehemaligen McKinsey-Mitarbeiter an.^[9]
- Wolfgang Hölters, Rechtsanwalt, jahrelanger Berater **Deutsche Post AG**^[10]

Wissenschaftlicher Beirat

Die Mitglieder des 11-köpfigen Wissenschaftlichen Beirats sind [hier](#) abrufbar sind. Diesem gehören neben Wissenschaftlern an:

- Ida Auken, Abgeordnete der dänischen Sozial-Liberalen Partei und ehemalige Umweltministerin Dänemarks
- Jürgen Kluge, Business Consultant, Senior Advisor bei Bank of America Merrill Lynch, ehem. Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie^[11]
- Thomas von Mitschke-Collande (CSU-Mitglied), Unternehmensberater, ehem. Senior Partner McKinsey
- Frank Weise (CDU-Mitglied), ehem. Leiter der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge

Geschäftsführung der von der Post-Stiftung gegründeten Gesellschaften

Das **Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit** (IZA), das **Institute on Behavior & Inequality** (briq) und das **Institute Environment Sustainability** (SUN) sind von der Post-Stiftung in der Rechtsform gemeinnütziger GmbHs gegründet worden. Geschäftsführer und damit gesetzlicher Vertreter ist in allen drei Instituten **Martin C. Clemens**, der bis zu seinem Wechsel zum IZA im Jahr 2006 in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der **Deutsche Post DHL Group** tätig war.^[12] Auch dies ist ein Hinweis auf die Nähe der Institute zum Post-Konzern.

Geschäftsführer der drei Institute sind:

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)

- Hilmar Schneider, Vorsitzender der Geschäftsführung (Direktor)
- **Martin C. Clemens**, Kaufmännischer Geschäftsführer

Institute on Behavior & Inequality (brig)

- Armin Falk, Vorsitzender der Geschäftsführung.^[13] Falk ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Bonn und leitet das dort angesiedelte Center for Economics and Neuroscience.
- **Martin C. Clemens**, Kaufmännischer Geschäftsführer^[14]

Institute Environment & Sustainability (SUN)

- **Martin C. Clemens**, Geschäftsführer^[15]

Abhängigkeit von der Deutschen Post AG

Stifterin der Deutsche Post Stiftung war die Deutsche Post DHL, die zu den größten deutschen Arbeitgebern zählt.^[16] Gleichwohl bezeichnet sich die Deutsche Post Stiftung als eine selbständige gemeinnützige Stiftung, die „unabhängig von ihrer Stifterin, der Deutsche Post DHL arbeitet“.^[17] Die Stiftung, ihre Organe sowie ihre der Förderung der Allgemeinheit dienende Tätigkeit sei nicht von Unternehmensinteressen gesteuert. Die Unabhängigkeit der Deutsche Post Stiftung sei schon bei der Gründung festgelegt worden.

Die Stiftung ist von der **Deutsche Post AG** unter ihrem damaligen Vorstandsvorsitzenden Klaus Zumwinkel im Frühjahr 1998 gegründet worden, um über diese das **Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit** (IZA) zu schaffen. In der Präambel des Gesellschaftsvertrags des "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" wird die Deutsche Post Stiftung als eine "Stiftung der Deutschen Post AG, des größten Arbeitgebers in Deutschland" bezeichnet.^[18] Bis zum Jahr 2015 bestand die einzige Aktivität der Stiftung in der Gründung und dem Betrieb des IZA. Dieses Projekt war keine Privatidee von Zumwinkel; die Initiative ging vielmehr von der **Deutsche Post AG** aus.^[19] Die für die **Deutsche Post AG** Verantwortlichen haben die Deutsche Post Stiftung gegründet, um sich mit der Entwicklung der Arbeitsmärkte auseinanderzusetzen.^[20]

Seit ihrer Gründung ist Klaus Zumwinkel, der damalige Vorstandsvorsitzende der **Deutsche Post AG**, Vorstand und alleinberechtigter Vertreter der Stiftung. Schon diese Verbindung erlaubt es der **Deutsche Post AG** bei der Stiftung ihren Willen durchzusetzen. Dies gilt zumindest bis zum Rücktritt von Zumwinkel als Vorstandsvorsitzender der **Deutsche Post AG** im Jahre 2008. Beim Zielobjekt der Stiftungsaktivitäten, dem IZA, ist Zumwinkel Präsident. Auch die Besetzung der Führungsposition in allen drei Organisationen durch Post-Chef Zumwinkel weist darauf hin, dass es der **Deutsche Post AG** bei der Gründung der Stiftung und des IZA darauf ankam, eine einheitliche Leitung sicherzustellen. An der grundlegenden Funktion der Stiftung hat sich auch durch den Rücktritt von Zumwinkel als Vorstandsvorsitzender der **Deutsche Post AG** nichts geändert. Sowohl beim IZA als auch bei den später nach dem gleichen Modell gegründeten Instituten brig und SUN ist **Martin C. Clemens**, der in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der **Deutsche Post DHL Group** tätig war, Geschäftsführer.

Bis heute haben die Stiftungsvertreter eine große Nähe zur Deutschen Post. Neben Zumwinkel sind zwei weitere Kuratoriumsmitglieder ehemalige Vorstands- bzw. Aufsichtsratsmitglieder von Unternehmen des Post-Kozerms, ein Mitglied ist ein langjähriger Berater der **Deutsche Post DHL Group** und ein Mitglied ist ein Freund von Klaus Zumwinkel aus gemeinsamen McKinsey-Zeiten.

Auffällig ist daran auch, dass im Stiftungskuratorium nur Unternehmensvertreter sitzen, die Arbeitnehmerseite ist nicht repräsentiert. Dabei unterstützt die Stiftung Forschungen auf dem Gebiet der Arbeitsmärkte, auf denen Arbeitgeber und Arbeitnehmer oft unterschiedliche Interessen vertreten. Bei einer wirklich interessenunabhängigen Förderung der Arbeitsmarktforschung läge es jedoch nahe, Personen in das Stiftungskuratorium zu entsenden, die sowohl die Arbeitgeber- als auch die Arbeitnehmerseite vertreten.

Klaus Zumwinkel vergleicht seine Rolle beim IZA mit der eines Aufsichtsratsvorsitzenden, der sich nur um strategische und grundsätzliche Fragen kümmere und sich nicht in das Tagesgeschäft einmische. Nach Recherchen des Bonner General-Anzeigers ist dagegen aus internen Quellen zu hören, dass sich Zumwinkel tatsächlich stark ins Tagesgeschäft des IZA einmische.^[21]

Die Behauptung, nach der die Unabhängigkeit der Stiftung von der Deutschen Post DHL schon bei der Gründung festgelegt worden ist, wird nicht belegt.

Finanzierung

Das Grundstockvermögen der Stiftung bestand zum Zeitpunkt ihrer Errichtung aus 5 Mio. DM. Sie erhält zusätzlich von der [Deutsche Post DHL Group](#) seit ihrer Errichtung bis zum Jahre 2022 jährliche finanzielle Zuwendungen, die vertraglich in folgender Formel festgelegt sind: „Die Höhe der Spende berechnet sich damit nach dem jeweils höheren Betrag von einem Viertel von einem Promille der Umsatzerlöse oder einem Drittel von einem Promille des Personalaufwandes.“ Im Jahr 2015 betrug der Zufluss an die Stiftung ca. 14 Mio. Euro. Aufgabe der Stiftung ist es, aus den Zuflüssen ein Stiftungskapital aufzubauen und ausreichende Erträge zu erwirtschaften, um auch nach dem Auslaufen der institutionellen Förderung durch die Deutsche Post DHL eine dauerhafte und nachhaltige Stiftungsarbeit zu ermöglichen.

Derzeit wendet die Stiftung rund 93% ihrer Mittel für die Finanzierung ihrer drei Institute auf; 7% fließen in Projekte, die den philanthropischen Zielen der Stiftung entsprechen.

Quelle: Webseite der Stiftung^[22]

Weiterführende Informationen

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Entwicklung](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 04.07.2017
2. ↑ [Stiftungsverzeichnis für das Land NRW, Ordnungsnummer 96/23](#), Webseite abgerufen am 25. 02. 2015
3. ↑ [Norbert Härig: Zumwinkels Post- Stiftung Ein Hauch von Transparenz](#), Handelsblatt online vom 14. Februar 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
4. ↑ [Leitung und Organe](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 03.04.2022
5. ↑ [Wilfried Boysen](#), relationships-science.com, abgerufen am 03.07.2017
6. ↑ [Geschichte der Postbank](#), postbank.de, abgerufen am 03.07.2017
7. ↑ [Lebenslauf](#), frep.info, abgerufen am 02.07.2017
8. ↑ [Erfolge und ihr Geheimnis](#), mci.edu, abgerufen am 03.07.2017
9. ↑ [Wer die Deutschland AG steuert](#), 18.10.2002, manager-magazin.de, abgerufen am 03.07.2017
10. ↑ [Profil](#), jonesday.com.de, abgerufen am 03.07.2017

11. ↑ [Kurzvita](#), juergen-kluge.com, abgerufen am 13.10.2017
12. ↑ [Profil](#), iza.org, abgerufen am 04.01.2018
13. ↑ [Strategische Neuausrichtung des IZA](#), iza.org vom 15.12.2015
14. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
15. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
16. ↑ [Entwicklung](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 05.07.2017
17. ↑ [Leitung und Organe](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 05.07.2017
18. ↑ [Amtsgericht Bonn, HRB 7745](#), abrufbar über Gemeinsames Registerportal der Länder
19. ↑ [15 Jahre IZA, Vorwort](#), Webseite des IZA, abgerufen am 25. 02. 2015
20. ↑ [Entwicklung](#), deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 16.10.2017
21. ↑ [Zumwinkel und seine Bonner Forscher](#), 16.02.2016, general-anzeiger-bonn, abgerufen am 07.07.2017
22. ↑ [Finanzierung](#), deutsche-post-stiftung, abgerufen am 08.07.2017

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit

Das **Institut zur Zukunft der Arbeit GmbH** (IZA) betreibt als privates Wirtschaftsforschungsinstitut nationale und internationale Arbeitsmarktforschung sowie Politikberatung. Gegründet wurde das Institut 1998 auf Initiative der [Deutschen Post](#).^[1] Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#), die im Gesellschaftsvertrag des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG" bezeichnet wird.

Präsident des IZA ist der ehemalige Vorstandsvorsitzende der Deutschen Post, [Klaus Zumwinkel](#). Seit März 2016 ist Hilmar Schneider Direktor des IZA. Sein Vorgänger ist der umstrittene [Klaus F. Zimmermann](#), der als langjähriger Institutsleiter dessen Ausrichtung maßgeblich geprägt hat.

Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA)



Rechtsform	gGmbH
Tätigkeitsbereich	Arbeitsmarktforschung
Gründungsdatum	1998
Hauptsitz	Schaumburg-Lippe-Straße 5 - 9, Bonn
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	www.iza.org

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	87
2 Organisationsstruktur und Personal	87
2.1 Präsident: Klaus Zumwinkel	87
2.2 Geschäftsführung	87
2.3 Wissenschaftlicher Beirat	88
2.4 Policy Fellows	88
3 Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts	88
4 Lobbystrategien und Einfluss	89
5 Fallstudien und Kritik	89
5.1 2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer	89
6 Weiterführende Informationen	90

7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	90
8 Einzelnachweise	90

Kurzdarstellung und Geschichte

Das IZA versteht sich als internationales Forschungsinstitut und Ort der Kommunikation zwischen Wissenschaft, Politik und Praxis. Zahlreiche Ökonomen arbeiten virtuell oder vor Ort im Rahmen konkreter Forschungsvorhaben mit dem IZA zusammen. Darüber hinaus bindet sich das IZA aktiv in internationale Forschungsnetzwerke ein. Es stellt Forschungsergebnisse der Arbeitsökonomie bereit und liefert auf dieser Grundlage handlungsrelevante Erkenntnisse für Politik und Gesellschaft.

Das IZA vertritt wirtschaftsliberale Positionen und war über ihren langjährigen Direktor Zimmermann sowie ihre "Policy Fellows" mit Organisationen der Arbeitgeber und neoliberalen Denkfabriken vernetzt. Die "Policy Fellows" werden auf der IZA-Webseite seit mindestens 2017 nicht mehr erwähnt.

Das IZA erstellt u. a. Studien für die [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft \(INSM\)](#)^[2] und die [Bertelsmann Stiftung](#)^[3]

Organisationsstruktur und Personal

Alleiniger Gesellschafter des Instituts ist die [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese kann lt. Gesellschaftervertrag den Geschäftsführer des Instituts (= den Direktor) bestellen und abberufen. Die Stiftung kann die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen.^[4]

Präsident: Klaus Zumwinkel

Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender der [Deutschen Post AG](#) und ehem. Mitglied des Aufsichtsrats zahlreicher Großunternehmen (z. B. [Deutsche Telekom](#), [Allianz](#), [Lufthansa](#), [Arcandor](#)). Nach Ermittlungen wegen Steuerhinterziehung trat Zumwinkel im Februar 2008 als Postchef zurück. Im Januar 2009 wurde er zu einer zur Bewährung ausgesetzten Freiheitsstrafe verurteilt. Zumwinkel ließ sich Pensionsansprüche in Höhe von 20 Mio. € auszahlen und kassierte für seine zweimonatige Tätigkeit als Vorstandschef im Jahr 2008 über 700.000€^[5]

(Stand: Januar 2018)

Geschäftsführung

- Hilmar Schneider ist seit März 2016 Vorsitzender der Geschäftsführung (Direktor) des IZA
- **Martin C. Clemens** ist seit März 2016 Kaufmännischer Geschäftsführer des IZA und gleichzeitig Geschäftsführer des SUN Institute Environment Sustainability sowie Kaufmännischer Geschäftsführer des briq Institute on Behavior & Inequality, die - wie das IZA - von der Deutsche Post-Stiftung als alleiniger Gesellschafterin gegründet worden sind.^[6] Clemens war bis zu seinem Wechsel zum IZA im Jahr 2006 in verschiedenen leitenden Funktionen des Personalmanagements der Deutschen Post DHL tätig.^[7]

(Stand: Januar 2018)

Klaus F. Zimmermann war seit der Gründung des IZA bis Februar 2016 dessen Direktor

Wissenschaftlicher Beirat

- Thomas von Mitschke-Collande (CSU-Mitglied), Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats, Unternehmensberater, ehem. Senior Partner McKinsey
- Jürgen Kluge, Unternehmensberater, Senior Advisor bei Bank of America Merrill Lynch, ehem. Vorstandsvorsitzender Franz Haniel & Cie^[8]
- Andrew J. Oswald, Professor an der University of Warwick
- Christopher A. Pissarides, Professor an der London School of Economics, Wirtschaftsnobelpreis 2010
- Frank-Jürgen Weise (CDU-Mitglied), ehemaliger Leiter der Bundesagentur für Arbeit sowie des Bundesamtes für Migration

(Stand: Januar 2018)

Policy Fellows

Das IZA verfügte über einen Kreis von "Policy Fellows" (dt. Politikkollegen), mit denen es in besonderer Weise kooperierte. Die Vernetzung mit einflussreichen Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Medien und Gesellschaft sollte nach eigenen Angaben dazu beitragen, das Beratungsangebot des Instituts entsprechend zu akzentuieren und seine Forschungsergebnisse noch gezielter in die Öffentlichkeit zu vermitteln. Zu dem Netzwerk gehörten zahlreiche Organisationen der Arbeitgeber und neoliberale Denkfabriken.

Finanzielle Abhängigkeit und Ausrichtung des Instituts

Das IZA ist eine Tochtergesellschaft der [Deutsche Post-Stiftung](#). Diese ist alleinige Gesellschafterin des Instituts und kann lt. § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags die Geschäftsführer des Instituts bestellen und abberufen sowie die Gesellschaft in einer Frist von 6 Monaten zum Schluß des Geschäftsjahres kündigen (§§ 5 Abs. 2, 12 Abs. 1 Gesellschaftsvertrag).^[9] Die [Deutsche Post-Stiftung](#) ist laut Gesellschaftsvertrag des IZA (Präambel) ihrerseits eine "Stiftung der Deutsche Post AG". Das IZA bezeichnet sich selbst gleichwohl als unabhängiges Forschungsinstitut^[10]. Gemeint ist wohl, dass der Post-Konzern der Tochtergesellschaft seiner Stiftung faktisch ein unabhängiges Agieren einräumt. Diese Annahme scheint jedoch nicht zuzutreffen. IZA-Präsident Klaus Zumwinkel war Vorstandsvorsitzender des Post-Konzerns und mischt sich laut internen Quellen auch ins Tagesgeschäft des IZA ein.^[11] IZA-Geschäftsführer Martin C. Clemens war leitender Mitarbeiter in Konzernunternehmen der Post. Auch im Kuratorium der [Deutsche Post-Stiftung](#) sitzen Personen aus dem Umfeld der [Deutsche Post DHL Group](#). Die weiteren Verflechtungen zwischen Post-Konzern, Deutsche Post-Stiftung und IZA sind unter [Deutsche Post-Stiftung](#) abrufbar. Neben den dort genannten Anhaltspunkten für eine Abhängigkeit des IZA vom Post-Konzern spielt auch die finanzielle Abhängigkeit vom Post-Konzern eine Rolle, der als einer der größten deutschen Arbeitgeber von der arbeitsmarktpolitischen Forschungs- und Beratungstätigkeit des Instituts selbst betroffen ist.

Das IZA finanziert sich zu etwa 80 % über die [Deutsche Post-Stiftung](#).^[12] Nach anfänglicher Auskunftsverweigerung über die Höhe der Zuwendung hat die Deutsche Post AG bestätigt, dass die Stiftung im Rahmen einer bis 2022 laufenden Schenkungsvereinbarung ein Viertel Promille der Umsatzerlöse oder ein Drittel Promille des Personalaufwands des Post-Konzerns erhält.^[13] Im Jahr 2015 betrug der Zufluss an die Stiftung ca. 14 Mio. Euro, deren einzige Aktivitäten bis 2014 in der Förderung und Finanzierung des IZA bestanden. Ein Wirtschaftsunternehmen wie der Post-Konzern wird ein Arbeitsmarktforschungsinstitut nur

initiiert und in dieser Höhe dauerhaft subventioniert, wenn dessen Ausrichtung seiner Interessenlage als Arbeitgeber gerecht wird. Mit der Einstellung der Finanzierung, die für das IZA existenzgefährdend wäre, verfügt der Post-Konzern außerdem über ein finanzielles Drohpotential, mit dem er das IZA jederzeit "auf Kurs" bringen könnte. Die arbeitsmarktpolitischen Positionen des IZA entsprechen im Wesentlichen denen der Arbeitgeber: Ablehnung des Mindestlohns, Ausweitung des Niedriglohnsektors und Heraufsetzung des Renteneintrittsalters.^[14]

Unter ihrem damaligen Präsidenten [Klaus F. Zimmermann](#) beauftragte das Institut für die Studienreihe "IZA World of Labor" den Mindestlohn-Gegner David Neumark damit, politischen Entscheidungsträgern den Stand der Wissenschaft objektiv zu präsentieren. Die weitaus meisten der Aufsätze oder Bücher, die Neumark in der ZA-Broschüre mit dem Befund negativer Beschäftigungseffekte zitiert, stammen nach einem Bericht im Handelsblatt jedoch von ihm selbst, was kaum erkennbar sei.^[18] Fragwürdig in Sachen neutrale Darstellung sei besonders, dass Neumark selbst das Urteil fälle, dass Studien, die negative Effekte finden, methodisch besser seien; wiederum ohne dass der Leser direkt sehen könnte, dass hier jemand Studien seiner wissenschaftlichen Kontrahenten abqualifiziert. Zimmermann verteidigte den Beitrag laut Handelsblatt kompromisslos: "Den Vorwurf, Herr Neumark sei parteiisch, muss ich zurückweisen".

Lobbystrategien und Einfluss

Das IZA gehört zu einem der führenden internationalen Wirtschaftsforschungsinstitute für Arbeitsmarktpolitik mit einem erheblichen Einfluss auf die Ausgestaltung der Arbeitsmärkte.

In der Monatszeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* kritisierte Werner Rügemer „eine neue Form des Lobbyismus“ und nannte in diesem Zusammenhang auch das IZA. Dessen Direktor Klaus F. Zimmermann verklagte daraufhin Werner Rügemer. Die Pressekommission des Landgerichts Hamburg verkündete am 6. 2. 2015 eine Entscheidung, nach der die Aussage, das IZA betreibe Lobbying unzulässig sei. Zulässig sei dagegen die Aussage (als freie Meinungsäußerung und nicht als Tatsachenbehauptung), das IZA bezeichne sich faktenwidrig als unabhängig und von freier Wissenschaft könne beim besten Willen nicht gesprochen werden.^{[15][16][17]}

Fallstudien und Kritik

2014: IZA verklagt den Publizisten Werner Rügemer

Im Mai 2014 verklagte IZA-Chef [Klaus F. Zimmermann](#) den Publizisten Werner Rügemer sowie Peter Kleinert, Herausgeber der Neuen Rheinischen Zeitung (NRhZ). Grund war ein Artikel über Lobbyismus, den Rügemer im August 2013 veröffentlichte. In dem Artikel wird das IZA als Beispiel dafür herangezogen, wie unter dem Mantel der Wissenschaftlichkeit und Unabhängigkeit Interessen vertreten werden. Das IZA klagte dagegen, dass es als 'nicht unabhängig' bezeichnet werde und keine 'freie Wissenschaft' betreibe.

Aus Sicht von LobbyControl ist die Gründung des IZA im Kontext eines erweiterten Lobbying, dem sog. [deep lobbying](#), zu sehen. Dabei geht es darum, über die Einflussnahme auf Öffentlichkeit oder wissenschaftliche Diskurse indirekt bzw. längerfristig auf die Politik einzuwirken. Es ist recht klar, dass es eine Abhängigkeit des IZA von der [Deutschen Post-Stiftung](#) gibt, die in der Präambel des Gesellschaftsvertrags des IZA als eine "Stiftung der Deutschen Post AG, des größten Arbeitgebers in Deutschland" bezeichnet wird.^[18] Die Stiftung stellt den Großteil der Finanzierung und sie ist laut Handelsregister-Unterlagen die alleinige Gesellschafterin des Instituts.^{[19] [20]}

Weiterführende Informationen

Norbert Häring: Ein Sieg für Deutschlands Arbeitnehmer: Klaus Zimmermann verlässt das IZA, Newsblog Norbert Häring, 16. Dezember 2015

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ IZA (Hrsg.): [15 Jahre IZA: 15 Jahre Arbeitsmarktforschung und Politikberatung](#). 2013. S. 2 (pdf, 13 MB)
2. ↑ z. B. Report No. 20: Bald erstmals weniger als 3 Mio. Arbeitslose in Deutschland, Bonn 2008 und Report No. 15: Die fiskalischen Kosten der SGB-Regelungen zum erleichterten Bezug von Arbeitslosengeld für Ältere, Bonn 2007
3. ↑ Report No. 30: Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Bonn 2010 und Report No. 25: Atypische Beschäftigung und Niedriglohnarbeit, Bonn 2010
4. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
5. ↑ [Hans Leyendecker: Klaus Zumwinkel 20 Millionen Euro Pension, Süddeutsche Zeitung vom 13. März 2009](#), Website SZ, abgerufen am 09.06.2012
6. ↑ [Über uns](#), sun-institute, abgerufen am 04.01.2018
7. ↑ [Profil](#), iza.org, abgerufen am 04.01.2018
8. ↑ [Kurzvita](#), juergen-kluge.com, abgerufen am 13.10.2017
9. ↑ Gesellschaftsvertrag "Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit GmbH" in der Fassung vom 15. Juli 2011, Amtsgericht Bonn, HRB 7745
10. ↑ [Aufgaben und Ziele](#), iza.org, abgerufen am 03.01.2017
11. ↑ [Zumwinkel und seine Bonner Forscher](#), 16.02.2016, general-anzeiger-bonn, abgerufen am 07.07.2017
12. ↑ [Klaus F. Zimmermann - Biographisches, Webseite IZA](#), abgerufen am 20.02.2015
13. ↑ [Finanzierung](#), deutsche-post-stiftung.org, abgerufen am 05.01.2018
14. ↑ [IZA: Neoliberaler Think Tank unter Druck](#), heise.de vom 17.02.2015, abgerufen am 05.01.2018
15. ↑ [Thomas Barth: Neoliberaler Think Tank unter Druck Das Institut für Zukunft der Arbeit und Lobbyismus Vorwürfe](#), Telepolis vom 17. 02. 2015, abgerufen am 19. 02. 2015
16. ↑ [Urteil des Landgerichts Hamburg zum Rügemer-Prozess vom 19. Februar 2015](#), Homepage Klaus F Zimmermann, abgerufen am 20. 02. 2015
17. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden? Ulrich Müller: Institut zur Zukunft der Arbeit verklagt Publizisten](#), 9. Mai 2014, [Webseite Lobbycontrol](#), abgerufen am 20. 02. 2015
18. ↑ Gesellschaftsvertrag in der Fassung vom 15 Juli 2011, Amtsgericht Bonn HRB 7745
19. ↑ [Was darf Lobbying genannt werden?](#) LobbyControl vom 09.05.2014, abgerufen am 12.05.2014
20. ↑ [Unabhängigkeit vor Gericht](#) taz vom 08.05.2014, abgerufen am 12.05.2014

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft

Die **Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft** ist eine Vereinigung zur Förderung von marktradikalen Ideen im Sinne von [Friedrich August von Hayek](#). Sie war bis zum Streit um die Abgrenzung zur AfD im Jahr 2021 eng mit der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) verbunden (diese ist nicht identisch mit der [Friedrich August von Hayek Stiftung](#)). Die Hayek-Gesellschaft spielte lange Zeit eine führende Rolle bei der ideologischen Ausrichtung und Koordinierung einer Vielzahl neoliberaler Denkfabriken und Netzwerke. Im Juli 2015 trat ein großer Teil des wirtschaftsliberalen Flügels aus Protest gegen die zunehmende Ideologisierung und Radikalisierung aus der

Hayek-Gesellschaft aus.^[1] Zu ihnen gehörten auch Repräsentanten der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#) und der [FDP](#). 2017 und 2021 sind weitere Mitglieder aus Protest gegen eine Angleichung an [AfD](#)-Positionen ausgetreten. Die Spaltungstendenzen erklären sich nach Auffassung des Historikers Quinn Slobodian auch daraus, dass Hayek sowohl unter Neoliberalen als auch unter Rechtspopulisten eine Ikone geworden ist.^[2] Die rechtsneoliberale Vorstellung vom »Volkskapital« ordne Ländern Intelligenz-Durchschnittswerte in einer Weise zu, die das Konzept des »Humankapitals« kollektiviere und ihm angeborene, vererbte Qualitäten zuschreibe.

Personelle Verflechtungen gibt es mit den [Mises Instituten](#), dem Verband [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Alternative für Deutschland \(AfD\)](#). Ein prominentes Neu-Mitglied ist Hans-Görg Maaßen, ehem. Präsident des Bundesverfassungsschutzes, der die WerteUnion als Partei gegründet hat. Von der Hayek-Gesellschaft wird Maaßen auf Youtube als "Verfassungsschützer der Freiheit" präsentiert.^[3] Zu den Aktivisten gehört der Jurist Ulrich Vosgerau, der beim Geheimtreffen von rechtssextremistischen Funktionären in Potsdam dabei war.

Friedrich A. von Hayek - Gesellschaft e.V.

Rechtsform	eingetragener Verein
Tätigkeitsbereich	
Gründungsdatum	Mai 1998
Hauptsitz	10117 Berlin, Albrechtstr. 11
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	
Webadresse	hayek.de

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	92
2 Forum Freiheit	92
3 Verleihung der Hayek-Medaille	92
4 Kontroversen und Austritte	93
4.1 Streit 2015	93
4.2 Streit 2017: Abgrenzung zur AfD	93
4.3 Streit 2021: Abgrenzung zur AfD	93
5 Organisationsstruktur und Personal	95
5.1 Vorstand	95
5.2 Aktivisten	96
5.3 Mitglieder	96
6 Finanzen	97
7 Verbindungen	97
7.1 Atlas Network	97
7.2 Alternative für Deutschland (AfD)	98
7.3 Die Familienunternehmer - ASU	98
7.4 Ludwig von Mises Institute	98

7.5 Degussa Goldhandel GmbH	99
7.6 Hayek-Institut	99
7.7 Jenaer Allianz	99
7.8 Liberales Institut Zürich	99
8 Lobbystrategien und Einfluss	99
8.1 Umwelt/Klimaschutz	99
9 Zitat	100
10 Weiterführende Informationen	100
11 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	100
12 Einzelnachweise	100

Aktivitäten

Zweck der im Mai 1998 gegründeten Hayek-Gesellschaft ist u.a. die „Vernetzung“ von Nachwuchswissenschaftlern, Publizisten und Politikern, die Abhaltung von Tagungen und Symposien, die Verleihung einer „Hayek-Medaille“ sowie die Veranstaltung eines Essay-Wettbewerbs.

Forum Freiheit

Das „Forum Freiheit“ ist eine lockere Allianz von verschiedenen Organisationen und Vereinen, deren Ziel eine allgemeine Werbung für die Idee der Freiheit oder für die Realisierung der Freiheit in bestimmten Einzelbereichen (z.B. im Bildungswesen, im Gesundheitswesen) ist.^[4] Das [FORUM FREIHEIT 2022](#) wurde von der Hayek-Gesellschaft veranstaltet und vom [Liberalen Institut Zürich](#) und dem [Institut für Unternehmerische Freiheit](#) unterstützt. Neben Vorstandsmitgliedern der Hayek-Gesellschaft hält Thilo Sarazzin regelmäßig Vorträge auf den Foren und sonstigen Veranstaltungen der Gesellschaft. Als Leiter eines Panels des Forums Freiheit betätigte sich 2022 [Roland Tichy](#), dem 2015 die Hayek-Medaille verliehen wurde.^[5] Auf dem [FORUM Freiheit 2019](#) referierte Michael Limburg, Vizepräsident des Klimaktenleugner-Instituts [EIKE](#) und Mitglied der AfD, zum Thema „Klimasozialismus“.

Verleihung der Hayek-Medaille

Die Hayek-Gesellschaft verleiht jährlich die Hayek-Medaille an „Medaillenträger national“ und „Medaillenträger international“. Die Preisträger sind [hier](#) abrufbar. 2024 wird die Hayek-Medaille an den [libertären argentinischen Präsidenten Javier Milei](#) verliehen, der der Welt ein leuchtendes Beispiel für die Kraft liberaler Ideen in einem demokratischen Gemeinwesen gebe – gerade in Zeiten großer Not.^[6] Der Vorsitzende Stefan Kooths begründete die Entscheidung eingehend in einem [Interview mit dem Handelsblatt](#).

Der [Hayek-Sonderpreis für exzellentes Networking](#) ging 2023 an das AfD-nahe Radio [KONTRAFUNK](#) mit Sitz in der Schweiz. Offizieller Gründer und Chefredakteur von Kontrafunk ist das AfD-Mitglied [Burkard Müller-Ulrich](#).^[7]

Kontroversen und Austritte

Streit 2015

Im Juli 2015 sind die Vorstandsmitglieder [Karen Horn](#) und [Michael Wohlgemuth](#) sowie fünfzig weitere Mitglieder nach Auseinandersetzungen um die politische Ausrichtung aus der Gesellschaft ausgetreten.^{[8][9]} Horn hatte u. a. in einem Artikel im "Schweizer Monat" jene Vulgärliberalen kritisiert, die sich in verantwortungsloser Vereinfachung gesellschaftlicher Fragen daran ergötzen, als Staatshasser den eigenen Beissreflex zu üben und die rechten, reaktionären Kräfte, die sich missverständlich als "wertkonservative Liberale" bezeichneten.^[10] Daraufhin hatten 26 Mitglieder - unter ihnen der frühere FDP-Politiker [Frank Schäffler](#) - in einem offenen Brief den Rücktritt von Frau Horn gefordert. Der Austritt eines großen Teils des wirtschaftsliberalen Flügels, zu dem u.a. Christian Lindner (FDP-Vorsitzender), [Michael Hüther](#) (Direktor des [Institut der deutschen Wirtschaft](#)) und [Lars P. Feld](#) (Vorsitzender des [Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung](#) und Leiter des [Walter Eucken Institut](#)) gehören, hat faktisch zu einer Spaltung der Gesellschaft geführt. In einem Artikel für die die Neue Zürcher Zeitung schilderte Peter Fischer, eines der ausgetretenen Mitglieder, die Ereignisse aus seiner Sicht und sprach von einem "Streit um Abgrenzung gegenüber Rechtskonservativen, Toleranz und zivilisierte Umgangsformen".^[11] 2016 gründeten die Ausgetretenen das Netzwerk [NOUS](#).^[12]

Streit 2017: Abgrenzung zur AfD

Im Juni 2017 sind [Günter Ederer](#) (bis dahin Kuratoriumsmitglied der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)) und [Peer Ederer](#) (bis dahin Vorstandsmitglied der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#)) aus Protest gegen eine zunehmende Angleichung an AfD-Positionen aus der Hayek-Gesellschaft ausgetreten.^[13] Günter Ederer schrieb in einem Brief an die Mitglieder, der Kreis sei zu einem „Mistbeet der AfD“ verkommen. Kritisiert wurde auch, dass in den „Juniorenkreisen Politik“, an deren Organisation der Brüssler Büroleiter von [Beatrix von Storch](#) beteiligt ist, angeblich AfD-Inhalte statt Hayeks Gedanken vermittelt werden.

Streit 2021: Abgrenzung zur AfD

Der ungeklärte Umgang mit der AfD und ihren Mitgliedern hat eine Austrittswelle unter prominenten Mitgliedern der Hayek-Gesellschaft ausgelöst. Dazu gehören zwei Stellvertretende Vorstandsmitglieder (Christoph Zeitler und Frederik C. Roeder) sowie weitere langjährige Mitglieder ([Frank Schäffler](#) und Thomas Mayer). Nach Angaben des Stiftungsrats hat es in der Vergangenheit auffällige Versuche von AfD-Mitgliedern gegeben, die Mitgliedschaft in der Hayek-Gesellschaft zu erwerben. Die Stiftung werde deshalb mit sofortiger Wirkung Veranstaltungen und Projekte weder finanziell noch ideell fördern, an denen AfD-Mitglieder und oder Mitarbeiter von Partei und Fraktionen in welcher Form auch immer teilnehmen. Das nicht bindende Votum sei mit fünf zu eins Stimmen gefallen. In der Hayek-Gesellschaft selbst gibt es laut der Online-Ausgabe des Spiegel keine Mehrheit für eine klare Abgrenzung gegenüber der AfD. Der Vorstandsvorsitzende Stefan Kooths (Direktor der Abteilung für Konjunktur und Wachstum des Instituts für Weltwirtschaft) sehe die Gefahr für liberale Ideen weniger in einer großen Nähe zu Rechten, sondern eher in Angriffen von Linken. Der Vorwurf der AfD-Nähe ist nach Kooths Auffassung zu „einer politischen Kampfvokabel geworden, ähnlich der Nazikeule“. Zur Entschärfung der Debatte ist Alice Weidel, Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, am 1. Februar 2021 aus der Hayek-Gesellschaft ausgetreten.

Quellen: [\[14\]](#)[\[15\]](#)[\[16\]](#)[\[17\]](#)

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Name	Verbindungen
Stephan Kooths (Vorsitzender des Vorstands)	• Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW): Direktor des Forschungszentrums Konjunktur und Wachstum • BSP Business and Law School, Professor für Volkswirtschaftslehre • Mittelstandsnetzwerk Internationaler Wirtschaftssenat: Mitglied des Präsidiums • CDU/CSU-Fraktion: Referent^[18] • Liberales Institut Zürich: Mitglied des Akademischen Beirats • Mises Institute USA: Mitglied • Mont Pelerin Society, Mitglied • FDP, Mitglied
Gerd Habermann (Geschäftsführender Vorstand)	• Die Familienunternehmer - ASU: Mitglied der Ordnungspolitischen Kommission und bis 2010 Direktor des Unternehmerinstituts (UNI) • Deutsche Stiftung Eigentum: Mitglied des Kuratoriums • Ludwig-Erhard-Stiftung: Fördermitglied • Mises Institute Europe: Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats, Ludwig von Mises Institut Deutschland: Autor • Mont Pelerin Society, Mitglied • FDP: Mitglied
Carlos Gebauer (Stellv. Vorsitzender und Kontaktpartner für Presse und Medien)	• Rechtsanwaltskanzlei Lindenau, Prior & Partner: Mitarbeiter^[19] • Property and Freedom Society, Referent bei den Jahrestagungen 2009 und 2014 • Liberales Netzwerk: Berater, bis 2008 Mitglied des Stiftungsrats • Liberaler Aufbruch: Gründungsmitglied • Alternative für Deutschland (AfD): Moderator bei Wahlkampfveranstaltungen^[20] • Mises Institut Deutschland: Interviewpartner • "Die Freie Welt" und "eigentümlich frei": Autor • Ärztemagazin DER KASSENARZT: Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat • FDP Duisburg: Stellv. Kreisvorsitzender^[21]
Thorsten Harke (Stellv. Vorsitzender)	• Präsident der Harke Group, die Veranstaltungen des Mises Instituts Deutschland sponsert^[22] • Die Familienunternehmer - ASU, Stellv. Vorsitzender des Regionalkreises Ruhr • Verband Chemiehandel, Mitglied des Vorstands

- Papke unterstützt Hans-Georg Maaßen, den Parteigründer und ehem. Präsidenten des Bundesverfassungsschutzes, mit dem er in Dresden bei einer Veranstaltung unter dem Titel „Migrationswende“ auftrat.^[23]
- Präsident der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft
- ehem. nordrhein-westfälischer FDP-Wirtschaftspolitiker, der sich als Spitzenpolitiker zurückzog, nachdem es ihm nicht gelungen war, die Partei zu einem nationalliberalen Kurs zu drängen.^[24]

Gerhard Papke
(Schatzmeister)

Lisa Marie Kraul
Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Makroökonomik und internationale Wirtschaft der Universität Herdecke

(Stand: Februar 2024) Quelle: ^[25]

Ehemalige Vorstandsmitglieder:

- (bis 1/2021) Frederik C. Roeder: Vorstandsmitglied von "Students for Liberty" und Geschäftsführer des [Consumer Choice Center](#)
- (bis 1/2021) **Christoph Zeitler**: Professor für Politikwissenschaften an der Evangelischen Hochschule Nürnberg, Mitglied der FDP
- Konrad Hummler: Schweizer Privatbankier, Mitglied der Schweizer FDP und bis 2013 Mitglied des Verwaltungsrats der Neuen Züricher Zeitung
- (bis 7/2015) **Karen Horn**: Mitglied einer Vielzahl von neoliberalen Netzwerken und Denkfabriken, u. a. [Mont Pelerin Society](#) und [Open Europe Berlin](#), [Institut der deutschen Wirtschaft](#): bis Ende März 2012 Berliner Büroleiterin
- (bis 7/2015) **Michael Wohlgemuth**: [Open Europe Berlin](#): Direktor, [Walter Eucken Institut](#): Affiliated Fellow, [Jenaer Allianz](#): Mitbegründer, [Mont Pelerin Society](#): Mitglied, [Konrad-Adenauer-Stiftung](#): Mitglied des "Ordnungspolitischen Beirats"^[26]

Aktivisten

- Ulrich Vosgerau, Privatdozent der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Köln, Mitglied der Hayek-Gesellschaft und der CDU, der die AfD vor dem Bundesverfassungsgericht vertritt, war beim Geheimtreffen von rechtssextremistischen Funktionären in Potsdam dabei.^{[27][28][29]} Auf Einladung der AfD Hamburg schilderte er das Treffen aus seiner Sicht und deutete eine Verschwörung hinter der Veröffentlichung an.^[30] Vosgerau referiert bei Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft, so beim [Forum Freiheit](#) oder als besonderer Ehrengast bei der Jahreskonferenz der Clubleiter der Hayek-Gesellschaft am 14.10.2023 in Fulda.^[31] Er ist - wie der Hayek-Gesellschaft-Vorsitzende Kooths - Dozent der [Akademie der Freiheit](#).

Mitglieder

Mitglieder können - auf Vorschlag zweier Mitglieder der Gesellschaft - namentlich Personen aus den Bereichen Wissenschaft, Unternehmerwirtschaft und Publizistik werden. Prominente Mitglieder sind/waren u. a.:

- Hans-Georg Maaßen, ehem. Präsident des Bundesverfassungsschutzes^[32]
- [Roland Tichy](#)^[33]

- Oliver Geers, Hörgeräte-Hersteller
- Erich Sixt, Vorstandsvorsitzender der Sixt SE
- Theo Müller, Müller-Milch
- Thomas Bentz, Melitta-Erbe
- Hans-Adam II., Fürst von Liechtenstein
- Siegfried von Hohenau, Münchner Unternehmer
- Markus Krall, ehem. Sprecher und Mitglied der Geschäftsführung der Degussa Goldhandel GmbH, Gründer der [Atlas-Initiative](#)
- Thorsten Polleit, Chefökonom der Degussa Goldhandel GmbH, Präsident des [Mises Institut Deutschland](#)
- Gunther Schnabl, Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig, Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#), Autor des [Mises Institut USA](#), Senior Fellow des Flossbach von Storch Research Institute
- Philip Plickert, Wirtschaftsredakteur der FAZ^[34], Mitglied des Kuratoriums von [ECONWATCH](#)
- Heike Göbel, Wirtschaftsredakteurin der FAZ^[35]

Ehemalige Mitglieder

- (bis 1/2021) [Frank Schäffler](#), FDP-Bundestagsabgeordneter, Mitglied der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und des Strategischen Beirats von [Die Familienunternehmer - ASU](#) sowie Mitbegründer der marktliberalen Denkfabrik [Prometheus](#)
- (bis 7/2015) [Christian Lindner](#), Bundesvorsitzender der FDP, Mitglied des Kuratoriums der [Friedrich-Naumann-Stiftung](#)
- (bis 7/2015) [Otmar Issing](#), ehem. Direktoriumsmitglied [Europäischer Zentralbankrat](#)

Quelle: ^[13]

Finanzen

Die Hayek-Gesellschaft finanziert sich über die [Friedrich August von Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft](#) (Stifter: Edmund Radmacher, Stiftungskapital: 3 Mio. Euro), Erträgen der Inge und Edmund Radmacher Stiftung für eine Gesellschaft freier Bürger mit Sitz in Düren (Stiftungskapital: 20 Mio. Euro) und Spenden. Das Budget liegt bei 450 Tsd. Euro. Der verstorbene Stifter Radmacher hat verfügt, dass die Mittel aus der Inge und Edmund Radmacher Stiftung nur so lange fließen wie sein Vertrauter Gerd Habermann, Vorstandsvorsitzender der Stiftung und Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, in der Hayek-Stiftung das Sagen hat.

Quellen: ^{[13][36][37]}

Verbindungen

Atlas Network

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das [Atlas Network](#). Dieses Netzwerk gründet, fördert und koordiniert weltweit neoliberale und libertäre Organisationen. Zu den Sponsoren gehören [ExxonMobile](#), [Philip Morris](#) und die Stiftungen der US-Milliardäre [Charles G. Koch](#) und [David H. Koch](#).

Alternative für Deutschland (AfD)

Folgende AfD-Politiker sind/waren Mitglieder in der Hayek-Gesellschaft:

- (bis 02/2021) **Alice Weidel**, Co-Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, stellv. AfD-Bundessprecherin
- **Beatrix von Storch**, Stellv. Vorsitzende der AfD-Bundestagsfraktion, Beisitzerin im AfD-Bundesvorstand, stellv. AfD-Bundessprecherin
- **Peter Boehringer**, Sprecher des AfD-Bundesfachausschusses „Euro, Geld- und Finanzpolitik“, Vorsitzender im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestags

Quelle: ^[13]

Die Familienunternehmer - ASU

Folgende Mitglieder/Funktionsträger von **Die Familienunternehmer - ASU** sind Mitglieder der Hayek-Gesellschaft oder mit ihr verbundenen Hayek-Stiftung:

- **Gerd Habermann**, ordnungspolitischer Berater der Familienunternehmer, ist Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft^[38]
- Marie-Christine Ostermann (FDP), Geschäftsführende Gesellschafterin bei Rullko Großeinkauf GmbH & Co. KG, Mitglied des Strategischen Beirats der Familienunternehmer und ehem. Bundesvorsitzende der "Jungen Unternehmer" bei den Familienunternehmern, ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft
- Thomas Bentz, Gesellschafter der Melitta Unternehmensgruppe Bentz KG, Kuratoriumsmitglied der Hayek-Stiftung, ist ehem. Vorsitzender der Familienunternehmer
- Volker J. Geers, Mitglied des Aufsichtsrats der Geers Hörakustik AG & Co. KG, Kuratoriumsmitglied der Hayek-Stiftung, ist ehem. Präsident der Familienunternehmer
- Thorsten Harke, Präsident der Harke Group, Stellv. Vorsitzender der Hayek-Gesellschaft, ist Stellv. Vorsitzender des Regionalkreises Ruhr der Familienunternehmer

Ludwig von Mises Institute

Die rechtslibertären **Mises Institute** sind **anarchokapitalistisch** ausgerichtet. Verbindungen gibt es zu den folgenden Instituten:

Ludwig von Mises Institut Deutschland

Thorsten Polleit, Präsident des deutschen Mises-Instituts, ist Mitglied der Hayek-Gesellschaft und hält auf deren Veranstaltungen regelmäßig Vorträge.^[39] Der im April 2012 vom Milliardär **August von Finck** zum Chefökonom von Degussa Goldhandel ernannte Polleit hat im Oktober 2012 das deutsche Mises Institut gegründet, das seinen Sitz in der Residenz von Degussa Goldhandel München hat.^[40] Weiterhin ist er Adjunct Scholar am Ludwig von Mises Institute in Auburn, Alabama.^[41] Laut „Capital“ machte sich der Trump-Fan Polleit unmittelbar nach dem Sturm auf das Capitol für den Versuch rechtsextremer Republikaner stark, die Bestätigung des Wahlsiegers Biden durch die Einrichtung einer „Sonderkommission“ zu verhindern.^[42]

Ludwig von Mises Institute-Europe

Gerd Habermann, Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats des Mises Institute-Europe und Autor des Mises Instituts Deutschland.

Ludwig von Mises Institute Auburn/Alabama

Stephan Kooths, Vorstandsvorsitzender der Hayek-Gesellschaft ist Mitglied des Mises Institute USA.

Degussa Goldhandel GmbH

Die Degussa Goldhandel GmbH ist ein Unternehmen des Milliardärs [August von Finck](#), der in der Vergangenheit mehrfach durch hohe Parteispenden und die Unterstützung rechter oder konservativer Parteien und Organisationen aufgefallen ist. Markus Krall, Sprecher und Mitglied der Geschäftsführung der Degussa Goldhandels GmbH, und Thorsten Polleit, Chefökonom der Degussa Goldhandels GmbH, sind Mitglied der Hayek-Gesellschaft.^[43] Christophe Lüttmann, Leiter der Niederlassung Düsseldorf der Degussa Goldhandel GmbH, ist Vorsitzender des Hayek-Clubs Münsterland.^{[44][45]} Partner des Hayek-Clubs Münsterland sind u.a. das Ludwig von Mises Institut Deutschland und das Mises Institute Auburn/Alabama.

Hayek-Institut

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das österreichische [Hayek Institut](#)

Jenaer Allianz

[Gerd Habermann](#), Geschäftsführender Vorstand der Hayek-Gesellschaft, ist Mitglied der [Jenaer Allianz](#), in der Lobbyorganisationen ([Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#), [Die Familienunternehmer - ASU](#) und der [Bund Katholischer Unternehmer](#)) mit Stiftungen und neoliberalen Denkfabriken kooperieren.

Liberales Institut Zürich

Partner der Hayek-Gesellschaft ist das Liberale Institut Zürich^[46]

Lobbystrategien und Einfluss

Umwelt/Klimaschutz

Beim Thema Klimapolitik vertritt die Hayek-Gesellschaft überwiegend die Positionen der Leugner/Skeptiker des Klimawandels. So heißt es in einem auf der eigenen Webseite veröffentlichten Positionspapier vom 23. Februar 2010 mit dem Titel "Die Klimakatastrophe findet nicht statt":

"Da die Natur das Klima bestimmt, gibt es weder einen Grund, die CO2 Emissionen zu reduzieren noch für andere Zwangsmassnahmen und steuerliche Belastungen und Regulierungen auf nationaler und globaler Ebene".^[47]

Zu den Unterzeichner gehört der wissenschaftlich umstrittene [Fred Singer](#), der nach Einschätzung der ZEIT "Teil eines von der Industrie finanzierten Komplexes von Verbänden und Instituten (ist), der rund um Washington gewachsen ist. Eine Art Potemkinsches Dorf der Wissenschaft, bevölkert von bezahlten Experten, die den Interessen ihrer Auftraggeber dienen".^[48]

Michael Limburg, bekannter Klimaleugner, Vizepräsident des [Europäischen Instituts für Klima und Energie](#) (EIKE) sowie Mitglied der Hayek-Gesellschaft und der AfD, tritt bei Veranstaltungen der Hayek-Gesellschaft als Referent auf. Am 30. Oktober 2019 hielt er auf dem von der Hayek-Gesellschaft organisierten FORUM FREIHEIT 2019 einen Vortrag zum Thema „Klimasozialismus“.^[49] Limburg war der einzige Referent zu diesem Thema; seriöse Klimawissenschaftler waren nicht geladen. Die Moderation übernahm Carlos A. Gebauer, Vorstandsmitglied der Hayek-Gesellschaft, der bereits 2010 in einem bei family.fair gesendeten Interview mit Limburg als dessen Stichwortgeber fungierte.^[50] Am 23. September 2019 referierte Limburg beim Hayek-Club Berlin zum Thema: „Kann unsere Energiewende das Klima retten?“.^[51]

Zitat

Ob in der Hayek-Gesellschaft oder im breiten Diskurs der Öffentlichkeit – ich habe es nie gern gesehen, wenn Leute vor allem danach streben, sich in einem Biotop gleichgesinnter Ideologen zu bewegen, andere hart auf Linientreue zu testen und einander mit einfachen, möglichst scharfen Parolen hochzuschaukeln. Auch waren die Schriften Hayeks für mich nie eine Art Bibel, sondern schlicht ein wissenschaftliches Werk, mit dem sich zu befassen sehr lohnend ist. Ich halte Sektiererei für unwissenschaftlich und gefährlich. Wer ihr verfällt, pflegt häufig eine Opfermentalität; Andersdenkende sieht er als hassenswerte Subjekte und Teil einer fatalen Verschwörung. Vor einem apokalyptisch gemalten Hintergrund radikalisiert er sich, wird dogmatisch, selbstgerecht, gehässig, intolerant und respektlos. Ich halte das für eine ganz und gar nicht liberale Haltung. Sie ist schlicht anmaßend. Sie ist zudem auch wenig zweckmäßig, wenn es darum gehen soll, andere für den Wert der Freiheit zu erwärmen.

[Karen Horn](#), langjährige Vorsitzende der Hayek-Gesellschaft in der Begründung ihres Austritts im Juli 2015^[52]

Weiterführende Informationen

- [Quinn Slobodian: Hayeks Erben 21.07.2021](#)
- [Aktivitäten der Hayek-Stiftung und -Gesellschaft, Stand: September 2011](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Twitter

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ [Austritte aus der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), www.erklaerung-leipzig.de, abgerufen am 04.05.2020
- ↑ [Hayeks Erben](#), jacobin.de vom 21.07.2021, abgerufen am 18.09.2021
- ↑ [Hayek-Tage in Erfurt](#), hayek.de vom 9./10.2023, abgerufen am 03.09.2023
- ↑ [Forum Freiheit](#), hayek.de, abgerufen am 04.09.2023
- ↑ [Hayek-Tage 2015](#), hayek.de, abgerufen am 04.09.2023
- ↑ [Pressemitteilung 22.02.2024](#), hayek.de, abgerufen am 17.03.2024
- ↑ [Ein Heimatsender für die AfD](#), taz.de vom 06.02.2024, abgerufen am 17.03.2024

8. ↑ [Philipp Plickert: Liberaler Verein Austritte erschüttern Hayek-Gesellschaft](#), FAZ vom 14. Juli 2015, abgerufen am 04.05.2020
9. ↑ [Karen Horn verläßt Hayek-Gesellschaft](#), Junge Freiheit, 14. Juli 2015, Webseite abgerufen am 04.05.2020
10. ↑ [Karen Horn: Auf dem rechten Auge blind? Schweizer Monat](#), Juli 2015, Webseite abgerufen am 04.05.2020
11. ↑ [Exodus aus der Hayek-Gesellschaft: Streit unter Liberalen eskaliert](#), NZZ online vom 14. Juli 2015, aufgerufen am 04.05.2020
12. ↑ [„Netzwerk für Ordnungsökonomik und Sozialphilosophie“ tagt erstmals](#), badische-zeitung.de vom 12.07.2016, abgerufen am 04.05.2020
13. ↑ [13,013,113,213,3 Die Hayek-Gesellschaft-„Mistbeet der AfD“?](#), sueddeutsche.de vom 14.07.2017, abgerufen am 04.05.2020
14. ↑ [AfD-Streit zerreißt liberale Hayek-Gesellschaft](#). spiegel.de vom 31.01.2021, abgerufen am 31.01.2021
15. ↑ [Ist Hayek mit der AfD vereinbar?](#), faz.net vom 31.01.2021
16. ↑ [Mitglieder-Rundschreiben vom 30. Januar 2021](#), hayek.de, abgerufen am 01.02.2021
17. ↑ [Alice Weidel verläßt Hayek-Gesellschaft](#), faz.de vom 01.02.2021, abgerufen am 05.08.2021
18. ↑ [Wir hören zu/Gipfel der CDU/CSU-Fraktion](#), cducsu.de, abgerufen am 17.03.2024
19. ↑ [Homepage Gebauer](#), make-love-not-law, abgerufen am 04.05.2020
20. ↑ [Alternative für Deutschland Wahlkampfauftakt in Düsseldorf, eigentümlich frei](#), 3. September 2013, abgerufen am 04.05.2020
21. ↑ [GDP-Kreisverband Duisburg](#), fdp-duisburg, abgerufen am 09.02.2021
22. ↑ [Mises-Seminar 2018: Die Österreichische Schule der Nationalökonomie - von der Theorie in die Praxis](#), mises.de, abgerufen am 01.01.2022
23. ↑ [„Zur Maaßen-Partei? Bleibt lieber, wo ihr seid!“](#), welt.de vom 12.01.2024, abgerufen am 14.02.2024
24. ↑ [Orbans deutsche Stimme?](#), welt.de vom 20.04.2021, abgerufen am 19.09.2021
25. ↑ [Vorstandsmitglieder der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), Webseite Hayek-Gesellschaft, abgerufen am 14.02.2024
26. ↑ [Positionen Michael Wolgemuth](#), eucken.de, aufgerufen am 04.05.2020
27. ↑ [Asta fordert Titel-Entzug von Privatdozenten](#), ksta.de vom 24.01.2024
28. ↑ [Dr. Ulrich Vosgerau](#), vosgerau.legal.de, abgerufen am 18.03.2024
29. ↑ [Wer aus der CDU beim rechtsextremen „Geheimtreffen“ dabei war - und was die Partei dazu sagt](#), rnd.de vom 12.01.2024
30. ↑ [An einem Abend voller Widersprüche sorgt ein CDU-Mann mit bizarren Thesen für Aufsehen](#), focus.de vom 01.03.2024
31. ↑ [Ökosozialismus](#), youtube.com, abgerufen a, 18.03.2024
32. ↑ [Hayek-Tage in Erfurt](#), hayek.de vom 9./10.2023, abgerufen am 03.09.2023
33. ↑ [Hayek-Club Berlin](#), hayek.de vom 10.06.2020, abgerufen am 04.09.2023
34. ↑ [Austritte erschüttern Hayek-Gesellschaft](#), faz.net vom 14.07.2015, abgerufen am 04.05.2020
35. ↑ [Streitbare Geiser der Freiheit](#), faz.net vom 26.06.2015, abgerufen am 04.05.2020
36. ↑ [Langer Marsch von rechts](#), afdwatchafd.wordpress.com vom 18.09.2015, aufgerufen am 04.05.2020
37. ↑ [Nachruf Dr. Edmund Radmacher](#), hayek.de vom 20.05.2016, aufgerufen am 04.05.2020
38. ↑ [Profil](#), misesde.org, abgerufen am 04.05.2020
39. ↑ [Die EZB auf den Spuren der Reichsbank](#), youtube.com vom 09.07.2020, abgerufen am 06.08.2021
40. ↑ [Degussa und Antidemokratie](#), andreaskemper.org vom 05.05.2020, abgerufen am 06.08.2021
41. ↑ [Absolute Eigentumsrechte als ökologischer Imperativ](#), misesde. vom 18.11.2020, abgerufen am 06.08.2021

42. ↑ [Die deutschen Trumpisten haben nichts dazu gelernts](#), capital.de vom 06.08.2021, abgerufen am 06.08.2021
43. ↑ [Was Sie schon immer über Inflation wissen sollten](#), hayek-institut.at vom 14.04.2021, abgerufen am 13.09.2021
44. ↑ [Willkommen beim Hayek-Club Münsterland](#), freiheitswerte.de, abgerufen am 24.08.2021
45. ↑ [Goldankauf boomt](#), degussa-goldhandel vom 04.11.2020, abgerufen am 24.08.2021
46. ↑ [Links](#), libinst.ch, abgerufen am 04.05.2020
47. ↑ [Die Klimakatastrophe findet nicht statt](#), Webseite Hayek-Gesellschaft, abgerufen am 04.05.2020
48. ↑ [Die Klimakrieger. Wie von der Industrie bezahlte PR-Manager der Welt seit Jahren einreden, die Erderwärmung finde nicht statt](#). ZEIT online vom 28. November 2012, abgerufen am 04.05.2020
49. ↑ [FORUM FREIHEIT 2019](#), hayek.de, abgerufen am 04.05.2020
50. ↑ [Michael Limburg im Gespräch mit Carlos A. Gebauer über das Weltklima](#), Gloria.tv vom 24.04.2010, abgerufen am 04.05.2020
51. ↑ [Vergangene Veranstaltung](#), hayek-berlin.de, abgerufen am 04.05.2020
52. ↑ [Austritte aus der Friedrich A. von Hayek-Gesellschaft](#), [www.erkaerung-leipzig.de](#), abgerufen am 04.05.2020